

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofensezer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— M. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 68, Friedrichstraße 5/6. Fernsprecher:
A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postcheckkonto: Berlin 65232.

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten,
Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale.

Ein Reichsarbeitsminister gegen Arbeiterinteressen.

Die Notverordnung der Reichsregierung, die wir an anderer Stelle besprechen, enthält eine Reihe einschneidender Bestimmungen, die das Arbeiterbudget erheblich belasten. Es kommt hinzu, daß man auch nichts mehr hört von einer Preislenkung. Das war ein gelegentliches Aufpuffen, künstlich und mit wenig Liebe entfacht von der Reichsregierung und begrüßt vom Beifall der Arbeiterschaft. Heute ist die mit großer Begeisterung inszenierte Preisabbaubewegung in alle Winde verflohen. In Berlin registriert man 2% Preisabbau. Die Hausfrau spürt davon nichts. Manches ist sogar schon wieder teurer geworden. Herauszuspringen scheint aus der ganzen Aktion nur das eine, daß den Agrariern bessere Verdienste zugeschanzt werden, während den Verbrauchern in keiner Weise das Leben erleichtert wird. Man hat wieder mal versucht, der Arbeiterschaft Sand in die Augen zu streuen.

Desto mehr hört man aber heute vom Lohnabbau. Von der Reichsregierung fast bis zur Selbstaufopferung unterstützt, sind die Unternehmer auf der ganzen Linie am Werke, um der Arbeiter- und Angestelltenschaft Lohnabzüge aufzuzwingen. Und der Reichsarbeitsminister Stegerwald, der sich immer mehr als Minister für Unternehmer- und gegen Arbeiterinteressen entpuppt, hält ihnen bei diesem Vorhaben ebenso galant wie verständnislos die Steigbügel. Wie man die Wirtschaft wieder auf die Beine stellen will, indem man die Kaufkraft noch mehr ruiniert, erscheint uns rätselhaft. Aber die Tatsache liegt vor, und wir haben damit zu rechnen.

Typisch für die geistige Einstellung Stegerwalds, eines Mannes, der einstmal Arbeiter war, jedoch längst vergessen zu haben scheint, wie einem Arbeiter mit kärglichem Einkommen zumute ist, ist ein Vorgang, der sich kürzlich in Berlin abgespielt hat und an dieser Stelle ausführlicher besprochen werden soll. Stegerwald hat am 1. Dezember die Allgemeinverbindlichkeit der Löhne im Berliner Kartoffelgroßhandel außer Kraft gesetzt. Was geht uns das an? So wird mancher Bauarbeiter fragen. O, das geht uns sehr viel an! Denn es zeugt von der geistigen Einstellung dieses Reichsarbeitsministers, und es zeigt uns, was die organisierte Arbeiterschaft noch alles von einem solchen Arbeitsminister zu erwarten hat. Stegerwald begründet nämlich seine Maßnahme damit, daß die Tariflöhne im Berliner Kartoffelgroßhandel „ungewöhnlich hoch“ seien. Diese Löhne betragen 68,— bis 78,— M wöchentlich; während des Saisongeschäftes kommen noch Zuschläge von 7,— M je Woche hinzu. Diese Zuschläge erhalten die Hilfskräfte, die während der zwei Monate Hochsaison eingestellt werden und einen Stundenlohn von 1,60 M beziehen. In seiner Begründung sagt der Reichsarbeitsminister, diese Löhne würden aufgewendet für den Absatz eines Lebensmittels, das eine der wichtigsten Grundlagen der Ernährung des gesamten Volkes darstelle, und er sagt wörtlich: „Die erhebliche Spanne zwischen Erzeugerpreis und Kleinhandelspreis für Kartoffeln ist zweifellos durch die Lohnkosten mitverursacht.“ Das ist eine ganz unglaubliche Begründung. Es zeugt davon, mit welcher primitiven Gedankengängen im Reichsarbeitsministerium gewirtschaftet wird. Mit einer solchen Begründung kann man nämlich bei allen Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen die Lohnkosten senken, denn der Lohn ist immer ein Teil der Gesamtkosten. An die übersehenden Kleinhandelspreise denkt Stegerwald nicht. Und dies, obwohl die Wirtschaftspartei der Reichsregierung die weitere Gefolgschaft versagt. Es erscheint ja viel leichter, die Arbeiterlöhne zu beknabbern...

Aber was wären denn nun die Folgen der Aufhebung dieser Allgemeinverbindlichkeit? Es ist klar, daß die Tariflöhne von den organisierten Unternehmern weitergezahlt werden müssen. Nur die unorganisierten Unternehmer können niedrigere Löhne zahlen, wenn sie zu solchen Löhnen Arbeiter bekommen. Träfe dies zu, so wären die nächsten Folgen, daß die wenigen Kartoffelgroßhändler Berlins, die nicht organisiert sind, einen Extraprofit in ihre Taschen stecken könnten. Das wäre der einzige Erfolg der Außerkräftsetzung dieser Allgemeinverbindlichkeit.

Es kommt jedoch noch mehr in Betracht. Die Tariflöhne im Berliner Kartoffelgroßhandel beruhen auf freier Vereinbarung. Beide Teile haben auch die Allgemeinverbindlichkeit beantragt. Sie wurde ausgesprochen. Und nun kommt Stegerwald daher, pfuscht in diese freiwillige Vereinbarung hinein und trifft eine Maßnahme, die nur unorganisierten Unternehmern etwas nützen und auf den Kartoffelpreis selbst keinerlei Einfluß ausüben kann! Denn der gesamte Lohn der Arbeiter im Kartoffelgroßhandel macht je Pfund nur den Bruchteil eines Pfennigs aus. Selbst wenn es also den Außenseibern gelänge, die Löhne um 10 oder 20% zu senken, so könnten sie auf Grund dieser Verbilligung den Preis für den Zentner Kartoffeln um höchstens einige Pfennige herabsetzen. Daß sich das im Kleinhandel nicht auswirken kann, ist selbstverständlich.

Was bleibt also von der ganzen Aktion Stegerwalds übrig? Eine arbeitserfeindliche Handlung, die unter Umständen nur einigen unorganisierten Kartoffelgroßhändlern einen Nutzen abwerfen könnte. Das ist alles.

Weshalb also diese Maßnahme? Dem Reichsarbeitsminister sind Wochenlöhne von 68,— bis 78,— M zu hoch. Das ist der einzig übrigbleibende Grund. Nun beachte man, daß die Arbeiter im Kartoffelgroßhandel sehr schwer arbeiten und sich dementsprechend reichlich nähren müssen. Ferner kommt in Betracht, daß sich diese schwere Arbeit auf eine kurze Spanne Zeit zusammendrängt. Es ist also wie heute im Baugewerbe eine Gelegenheitsarbeit, die in schwerem Schweiß verrichtet wird. Und da diese Arbeiter keine ständigen Arbeiter sind, haben sie auch keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Nach zwei Monaten verlieren sie ihre Stellung. Sie bekommen auch in den ersten Wochen keine Wohlfahrtsunterstützung. Trotz alledem hält dieser Reichsarbeitsminister gegen Arbeiterinteressen und für Lohnabbau die Löhne solcher Arbeiter für zu hoch!

Stegerwald erklärt damit, daß alle Arbeiterlöhne, die so hoch oder annähernd so hoch sind, ganz gleich, unter welchen Umständen sie erarbeitet werden, „übertrieben hoch“ sind. Damit entpuppt er sich als der Steigbügelhalter scharfmacherischer Unternehmer. Er ist ein Arbeitsminister gegen Arbeiterinteressen. Und von der vollkommen unverständlichen Außerkräftsetzung einer Allgemeinverbindlichkeit bis zur Außerkräftsetzung geltender Lohnsätze überhaupt wäre jetzt nur noch ein Schritt. Vielleicht betrifft der Reichsarbeitsminister auch noch diesen Weg. Wir können ihm aber versichern, daß er, falls es sich dann um die Tarifverträge im Baugewerbe handeln würde, trotz schlechter Zeit sich daran die Zähne ausbeißten würde!

Die Bauunternehmer rüsten!

Der „Vorwärts“ konnte vor einigen Tagen über ein Rundschreiben des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe berichten, das unterzeichnet ist vom Syndikus Dr. Grundmann und datiert vom 21. November. Das an die Bezirksverbände des Bundes gerichtete Rundschreiben trug den zweimal unterstrichenen Vermerk „Vertraulich“. In diesem geheim zu haltenden Rundschreiben empfiehlt der Reichsverband des Deutschen Handwerks die Einführung der Streikschadenversicherung. Dies wäre an und für sich nicht weiter beachtenswert; es ist selbstverständliche Pflicht der Unternehmerorganisationen, dafür einzutreten, daß sich ihre Mitglieder gegen Streikschaden versichern. Die Gewerkschaften fordern ja ebenfalls die Arbeiter zur Streikversicherung auf, indem sie ihnen den Eintritt in die Organisation empfehlen. Erwähnenswerter ist schon der Gedanke, der jedenfalls dem höchsten Herrn Dr. Grundmanns entsprungen ist und der in der Milchmädchenrechnung besteht, daß die Gewerkschaften und die Herrn Grundmann besonders verhasste Sozialdemokratie im nächsten Jahre „sturmeif“ sein werden. Dr. Grundmann sagt nämlich, nachdem er über die durch den Reichsverband veranlassete Bildung eines Ausschusses von drei Syndiki zur Prüfung der Frage des Streikschutzes berichtet und sie bejaht hat, in dem im Juristendeutsch gehaltenen Rundschreiben wörtlich:

„Die Tatsache, daß der Reichsverband des Deutschen Handwerks, gedrängt von der Notlage der Mitglieder seiner Körperschaften und der verstärkten Angriffsflut der Arbeitnehmerverbände (Hört! hört! Red.), nunmehr ebenfalls die Streikschadenversicherung nachdrücklich betreibt, sollte unseren Bezirksverbänden, soweit sie dem Deutschen Baustreikschutz noch nicht angeschlossen sind, eine ernsthafte Mahnung sein.“

Das Baugewerbe steht im Zeichen bitterster Not. Der im nächsten Jahre ablaufende Reichstarifvertrag ist mit der hierdurch ebenfalls entfallenden Friedenspflicht nur an-

gefan, dieselbe zu erhöhen. (Mit „dieselbe“ ist nicht etwa die Friedenspflicht, sondern die „bitterste Not“ gemeint. Red.) Das kommende Jahr kann, wenn nicht alle Anzeichen und gewerkschaftlichen Drohungen trügen, ein Kampfsjahr werden, das selbst das Jahr 1925 übertrefft.

Wir sehen uns daher pflichtgemäß veranlaßt, unsere Bezirksverbände nochmals auf die Möglichkeit, ihre Mitglieder beim Deutschen Baustreikschutz e. V. gegen Streikschaden zu sichern, hinzuweisen. Die erschreckende Häufung der Konkurse ist ein Beweis dafür, daß die Mitgliedsfirmen unserer Bezirksverbände die erheblichen Betriebskapitalverluste durch Arbeitskämpfe neben dem geschäftlichen Rückgang nur noch in den seltensten Fällen ertragen können. Wie nie zuvor brauchen wir aber besonders im kommenden Jahre festgefügte und gegen Arbeitskämpfe finanziell gesicherte Verbände. Das nächste Jahr wird sehr wahrscheinlich im Zeichen der Entscheidung darüber stehen, ob die Arbeitgeber oder die Arbeitnehmer in Zukunft die Oberhand in allen sozialpolitischen Fragen erhalten sollen. Der Ausgang dieses Kampfes liegt nicht zuletzt bei der Abwehrkraft unserer Bezirksverbände. Wir bitten diese also nochmals eindringlich, ernstlich zu erwägen, ob es nicht jetzt, besonders im Hinblick auf das kommende Jahr, höchste Zeit wird, sich unserer facheigenen Streikentschädigungsgesellschaft, dem Deutschen Baustreikschutz e. V., anzuschließen.

Wir überlassen es unseren Bezirksverbänden, sich dieserhalb unverzüglich mit dem Deutschen Baustreikschutz unmittelbar in Verbindung zu setzen. Wie unseren Verbänden bekannt sein wird, hat der Reichsverband Industrieller Bauunternehmungen in seinem Verband die Streikschadendeckung bereits seit Oktober 1928 obligatorisch eingeführt.

Wir sagten schon vorher, daß uns das, was hier Dr. Grundmann den Bauunternehmern in der Frage des Streikschutzes empfiehlt, nicht weiter interessiert. Uns interessiert nur, wie er dies empfiehlt. Dr. Grundmann will es im nächsten Jahre zu einem Entscheidungskampf treiben darüber, ob die baugewerblichen Unternehmer oder die baugewerblichen Arbeiter künftig „die Oberhand in allen sozialpolitischen Fragen“ erhalten sollen. Was heißt das? Was heißt, in unser gehalten,

aber immerhin verständlicheres Bauarbeiterdeutsch überseht, daß der Deutsche Arbeitergeberbund für das Baugewerbe und die übrigen baugewerblichen Unternehmerrorganisationen unter Führung des Dr. Grundmann auf Biegen und Brechen einen Kampf wagen wollen nicht nur um die Erniedrigung der Löhne im deutschen Baugewerbe, sondern auch um die Beseitigung aller im Reichstarifvertrag festgelegten sozialpolitischen Errungenschaften der Bauarbeiter! Seit dem großen Bauarbeiterkampf 1925 sind ja bereits über fünf Jahre verfloßen. Man glaubt auf jener Seite, nunmehr wieder die Kraft aufbringen zu können, das Baugewerbe wiederum einem großen Kampf auszuwerfen. Dr. Grundmann ist der Meinung, nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Lage sei für einen solchen Entscheidungskampf besonders günstig. Die politische Lage erscheint ihm insofern besonders günstig, weil die Arbeiterbewegung politisch zerrissen ist, die berühmte AGO. in Gewerkschaftszersplitterung macht, die früheren Mittelparteien des Reichstages ohnmächtig sind und außerdem mehr denn je stark nach rechts neigen, und weil die Reichsregierung mit ihren gesamten Sympathien bei einem solchen Kampfe ebenfalls auf der Seite der Baugewaltigen stehen würde. Die wirtschaftliche Lage hält Dr. Grundmann deshalb zu einem solchen Vorstoß für besonders günstig, weil im nächsten Jahre das Baugewerbe keinen besonderen Antriebs von größerer Lebhaftigkeit erfahren dürfte. In einer solchen Situation deckt er nunmehr die Karten auf, freut sich, daß die „Friedenspflicht“ abläuft, stöhnt gar beweglich über die Not der Bauunternehmer — die Bauarbeiter leben ja bekanntlich in Saft und Braut! — und ruft auf zum heiligen Kampfe für vergrößerten Unternehmerprofit. Denn wenn es wirklich gelänge, nach schwerem Kampfe den Bauarbeitern die Löhne zu kürzen, so würde dennoch kein Bau auch nur um einen Pfifferling, soweit es auf die Bauunternehmer ankommt, billiger hergestellt werden. Das hat uns bereits die Lohnabbaukampagne aus dem Jahre 1926 bewiesen. Aber Dr. Grundmann glaubt, daß seine „Gründe“ heutzutage auch in der Reichsregierung und vor allem bei Dr. Stegerwald starke Beachtung finden dürften, und deshalb möchte er einen solchen Vorstoß riskieren. Schließlich muß er ja doch auch seinen Auftraggebern den Beweis der Nützlichkeit unternehmerbesessener Syndikate erbringen. Vielleicht ist es gar möglich, daß das „Vertraulich“ in seinem Rundschreiben nur ein Gemächts ist und die Hoffnung bestand, daß dieses Schreiben über die „große Notlage“ der Bauunternehmer schon jetzt in der Presse Beachtung finden möge.

Dem sei nun, wie ihm wolle. Jedenfalls erfahren auf diese Weise die deutschen Bauarbeiter, was im nächsten Jahre gespielt werden soll. Wir haben weder Lust noch Ursache, uns im Vorstadium dieser Angelegenheit schon jetzt in langen Ausführungen dazu äußern zu wollen. Wir wollen unsere Kollegen nur darauf aufmerksam machen, daß sie alle Ursache haben, die baugewerblichen Arbeiterorganisationen heil und intakt durch den Winter zu bringen, um auf alle Fälle im Frühjahr stark gerüstet dazustehen. Wir fürchten das Bauunternehmertum nicht. Und dem Dr. Grundmann sei schon heute versichert: Die deutschen Bauarbeiter haben in diesen Zeiten der größten Not hungern gelernt. Sie werden es aber nie lernen, bedingungs- und kampfslos vor dem deutschen Bauunternehmertum zu Kriechen zu kriechen. Will der Herr Syndikus ein Länglein wagen, so mag er's sagen; wir spielen auf!

Von Notverordnung zu Notverordnung.

Die Reichstagswahlen am 14. September haben weder der Regierung Brüning die gewünschten Mehrheitsverhältnisse, noch der Sozialdemokratie die erforderliche politische Macht gebracht, die zu einer guten Funktion des Reichsparlamentes notwendig wäre. Entgegen allen staatspolitischen Erfordernissen sind die radikalen Flügelparteien, die nicht wollen, daß es aufwärts, sondern daß es drunter und drüber geht, so sehr gestärkt worden, daß sie ihr Ziel, die Labmung des parlamentarischen Systems, im weitesten Umfang erreichen. Die Regierung Brüning hat seinerzeit den Reichstag aufgelöst, weil er die Aufhebung der Juli-Notverordnungen beschloß. Sie kehrte mit neuen Notverordnungen wieder, da nach Auffassung der Reichsregierung die politische und finanzielle Lage des Reiches schnelles Handeln erforderlich machte, was nicht möglich sei, wenn die für die Sanierung vorgesehenen Gesetze den üblichen parlamentarischen Weg der Beratung gehen würden. Diese Veränderung der politischen und parlamentarischen Verhältnisse haben eine solche Lage geschaffen, daß es für den verantwortungsbewußtesten Republikaner nicht möglich war, durch Zustimmung zum nationalsozialistischen-kommunistischen Antrag die Notverordnungen aufzuheben, so den Sturz der jetzigen Reichsregierung und dadurch eine faschistisch geführte Regierung herbeizuführen. Die Notverordnungen waren bereits vor Zusammentritt des Reichstags am 3. Dezember in Kraft gesetzt worden. Der 1. Dezember 1930 wird in der Geschichte der deutschen Republik für alle Zeiten eine besondere Bedeutung haben; sind doch an diesem Tage nicht weniger als 25 Gesetze auf Grund Artikel 48 der Reichsverfassung verkündet worden. Der Reichstag wurde bewußt vor eine vollendete Tatsache gestellt, als er seine Beratungen wieder aufnahm. Von Beratungen im parlamentarischen Sinne, mit dem Ziel, schöpferisch gesetzgebend tätig zu sein, konnte man nicht reden.

In politischen Kreisen redet man trotzdem nicht von Diktatur, sondern ist auf die Erhaltung der Staatsform bedacht und spricht von einem verfassungsrechtlichen Akt, da diese Gesetze auf Grund eines Verfassungsartikels verkündet worden sind. Und das sei nicht Diktatur. Wir wollen uns in diesen Verfassungsrechtskreisen nicht einmischen. Jedenfalls erscheint diese „Diktatur“ gegenüber der Gefahr des Faschismus als das kleinere Übel. Zumal in der Politik nicht nur politische Grundsätze gelten, sondern auch faktische Grundsätze in der Politik von sehr hohem Wert sind. Man muß unwillkürlich an das Wort des alten Liebknecht denken, daß man bereit sein müsse, wenn es die politischen Verhältnisse erfordern, seine Taktik innerhalb 24 Stunden 24mal zu ändern. Dieselbe Sozialdemokratie, die die Juli-Notverordnungen aufhob, mußte nun aus faktischen Erwägungen, um ein faschistisches Regime zu verhindern, ihre Zustimmung zur Aufhebung der durch ihre Mitarbeit überdies verbesserten Notverordnungen verlagern in der Erwartung, daß die Reichsregierung den Artikel 48 benutzte, um mit diktatorischen Mitteln wieder in die Demokratie zu münden. Es ist klar und logisch, daß eine Regierung Hitler-Jugendgen den Artikel 48 anwendet, nicht um die parlamentarische Demokratie wieder herzustellen, sondern um die faschistische Diktatur zu errichten. Zweifellos ist in einem parlamentarischen Staat eine Gesetzgebungsaktion von der Art und von solchem Umfange wie die vom 1. Dezember ein ganz ungewöhnlicher Vorgang. Zweifellos bewegt sich die Regierung auf der Grenze der Vergewaltigung der verfassungsmäßigen Grundlage.

Die Gesetze, die durch die Notverordnung in Kraft gesetzt worden sind, haben zwar die Zustimmung des Reichsrates, also der Körperschaft gefunden, in der die Länder durch ihre jeweils regierenden Persönlichkeiten vertreten sind. Es sind auch umfangreiche Verhandlungen mit den Fraktionsführern im Haushaltsausschuß des Reichstages gepflogen worden. Der Reichsrat hat nach langen Beratungen die von der Regierung Brüning entworfenen Notgesetze teilweise abgeändert und schließlich einstimmig gebilligt. Der außergewöhnliche Schritt der Reichsregierung wurde damit begründet, daß die gegenwärtige Zusammenfassung des Reichstages keineswegs die Annahme der Gesetze verbürge. Obwohl die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen diese Art, auf legalem Wege diktatorisch zu regieren, genau wie bei der alten Notverordnung bestehen, mußte man sich doch mit den nun einmal gegebenen Verhältnissen abfinden. Man nennt den Gesetzgebungsakt: Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen. Er soll dazu dienen, den Kredit des Reiches nach innen und außen zu festigen und die Wirtschaftskrise zu mildern. Mit diesem Mittel will die Reichsregierung auf die Beseitigung der Krise hinarbeiten und um allseitiges Vertrauen zum Aufstieg Deutschlands werben. Man kann in der Tat nicht übersehen, daß der finanzielle und moralische Kredit Deutschlands im In- sowie im Auslande deshalb so stark gesunken ist, weil wir in der letzten Zeit in den Reichsfinanzen eine so starke Unordnung gehabt haben und weil der krisenhafte Zustand der deutschen Wirtschaft es nicht dazu kommen ließ, geordnete, vertrauenerweckende Verhältnisse herzustellen. Eine verantwortungsbewußte Regierung aber hat ganz gewiß die Pflicht, alles zu tun, um diesen Zustand zu beseitigen. Wenn sich für diese große Aufgabe eine Volksvertretung nicht bewährt, wenn sie sich der Mitarbeit entzieht, wenn sie wegen ihrer Zusammenfassung nicht arbeitsfähig ist, dann muß eben die Regierung diese Aufgabe allein erfüllen. Es kommt für uns darauf an, welchen Inhalt solche Notverordnungen haben.

Wenn wir aus den 25 Gesetzen den Kern herausheben, dann ergibt sich, daß die Notverordnung im wesentlichen aus drei Teilen besteht. Sie enthält zunächst entsprechend der Erfahrungen gewisse Änderungen der Notverordnung vom 26. Juli. Geändert wird insbesondere die Krankenversicherung und die Arbeitslosenversicherung. Hinsichtlich der Sanierung der Gemeindefinanzen sind die ursprünglichen Bestimmungen ebenfalls abgeändert worden. Die neue Notverordnung umfaßt ferner den Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung in der Frage der Steueränderungen, des Finanzausgleichs, der Wohnungswirtschaft, der Landwirtschaft usw. — In der Krankenversicherung sind folgende Änderungen vorgenommen worden: 1. Die Arzneigebühr wird völlig aufgehoben; a) sofern die mit der Krankheit verbundene Arbeitsunfähigkeit länger als 10 Tage dauert; b) für sämtliche Arbeitslose (Empfänger von Arbeitslosenunterstützung, Krankenfürsorge und Wohlfahrtsunterstützung); c) für alle Personen, die aus der Invaliden-, Angestelltenversicherung und Unfallversicherung Rente oder Ruhegehalt beziehen; d) das gleiche gilt für Schwerbeschädigte (Kriegsbeschädigte, die nach der Reichsversicherungsordnung Rente beziehen); e) für Tuberkulose und Geschlechtskranke, die von ihrer Fürsorge oder Beratungsstelle eine Bescheinigung beibringen. 2. Für die Krankenkassegebühren gelten dieselben Freibestimmungen wie für die Arzneigebühr. Außerdem kann der Krankenschein nachher geholt werden, insbesondere bei Unfällen oder in dringenden Fällen. 3. Bei Lohn- und Gehaltsempfängern, die neben dem Krankengeld ihr volles Gehalt beziehen, muß künftig der Beitrag zur Krankenversicherung gesenkt werden. Außerdem kann das Krankengeld erhöht werden. Für denselben Personenkreis ist durch eine Änderung des § 63 Abs. 1 des Handelsgesetzbuches, des § 133c Abs. 2 der Gewerbeordnung und § 616 des BGB. bestimmt worden, daß der Anspruch auf Gehalt oder Lohn nicht durch Vertrag ausgeschlossen oder beschränkt werden kann. 4. Das Hausgeld war durch die Notverordnung auf die Hälfte gekürzt worden. Jetzt wird den Krankenkassen das Recht gegeben, das Hausgeld allgemein auf zwei Drittel des Krankengeldes zu erhöhen. Daneben wird für jeden Angehörigen ein Zuschlag von 5% zugelassen. 5. Die Schwerkrankenbeschädigten, die eine Zufahrtene beziehen, sind ebenfalls von der Entrichtung der Gebühr für den Arzneischein und den Krankenschein befreit.

Bei der Arbeitslosenversicherung sind folgende Verbesserungen vorgesehen: 1. Den Jugendlichen zwischen 16 und 17 Jahren soll der ihnen durch die Notverordnung genommene Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung wiedergegeben werden. 2. Der § 105a der Arbeitslosenversicherung, wonach die Unterstützungssätze bei einer unter 52 Wochen liegenden Anwartschaft gekürzt werden, wird dadurch verbessert, daß der Berechnungszeitraum von 18 Monaten auf 24 Monate ausgedehnt wird. 3. In Fällen, in denen die den Versicherten ordnungsgemäß abgezogenen Beiträge durch die Unternehmer nicht abgeführt worden sind, muß trotzdem den Versicherten die Unterstützung in voller Höhe gewährleistet werden.

Die Gesetze über die Krankenversicherung und die Arbeitslosenversicherung sind zweifellos in mancher Hinsicht verbessert worden. Manches Unrecht, das den Kranken und Arbeitslosen durch die alte Notverordnung zugefügt wurde, ist zum Teil wieder gutgemacht worden. Die Verbesserungen sind hauptsächlich den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei zu danken. Es gelang ferner, der berichtigten Bürgersteuer die Giftzähne auszubrechen, steuerfrei sollen sein: Ältere Familienangehörige, Arbeitslose, Kriegsbeschädigte und Sozialrentner. Die Bürgersteuer ist gestaffelt; für Einkommen unter 1200 M gilt der Satz von 3 M, bei höheren Einkommen ist sie wesentlich verschärft worden. Die Verbesserungen in den wichtigsten Gesetzen kann man nicht übersehen, wenngleich auch die Forderungen der Arbeiterchaft in dieser Hinsicht noch bedeutend weitergehen. Die übrigen Gesetze der Notverordnung sind mit Ausnahme der über die 6%ige Kürzung der Beamtengehälter vom 1. Februar für den einzelnen nicht von unmittelbarer persönlicher Bedeutung. Sie beziehen sich auf die Ausgabenbegrenzung der Gemeinden, des Reiches und der Länder, auf die Tabaksteuer, auf Steuervereinfachung und Steuervereinfachung, auf die Vermögenssteuer, die erst bei Vermögen von über 20 000 M erhoben werden soll, ferner auf die Senkung von Real- und Verkehrssteuern. Der fünfte Teil der Notverordnung regelt den vorläufigen Finanzausgleich für die Jahre 1930 und 1931, der sechste den Anteil des Reiches am Reingewinn der Reichsbank, der nach der Notverordnung erhöht wird. Im siebenten Teil wird die Wohnungswirtschaft in der Weise geregelt: Der Kleinwohnungsbauförderung und verbilligt werden durch Uebernahme von Bürgerschaften sowie durch eine Neuordnung der Gemeinnützigkeit von Wohnungsbauunternehmen und schließlich durch die Einleitung des Abbaus und Beendigung der Wohnungszwangswirtschaft. Besonders gegen die letztere Absicht sind unsere Auffassungen bekannt, so daß wir sie heute nicht zu wiederholen brauchen. Mit der Notverordnung will die Reichsregierung eine Veruhigung der deutschen Wirtschaft und die Gesundung der Reichsfinanzen erreichen. Dazu gehört aber auch, und das wird von dieser Regierung leider vergessen, die soziale Regelung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. Gegenwärtig werden heftige Wirtschaftskämpfe zwischen Unternehmer- und Arbeiterchaft ausgefochten. Ueberall, in zahllosen Gewerben und Berufen, geht es um den Abbau der Löhne und Gehälter. An diesen Kämpfen ist der jetzige Reichsarbeitsminister nicht unschuldig. Er hat den Schlichtern die Anweisung gegeben, die Löhne zu senken und hat die so gefällten Schiedsprüche für verbindlich erklärt; er hebt sogar Allgemeinverbindlichkeiten auf, um mit Hilfe des Lohndrucks der Außenleister die Tariflöhne zu drücken. Demgegenüber steht fest, daß durch die Preislenkungsaktion bisher nichts erreicht worden ist. Wir sind überzeugt, daß, wenn die Lohnbewegungen vorüber sind, nicht mehr von Preisabbau geredet werden wird. Es wird so gehen, wie bei dem bekannten Milchlieferanten Bolle in Berlin, der die Milchpreise wieder erhöhte, nachdem die Löhne der Fahrer und des übrigen Personals abgebaut sind.

Mit dem Inkrafttreten der Notverordnung hätte auch verordnet werden müssen, daß jeder Lohn- und Gehaltsabbau solange zu unterbleiben hat, bis auf allen Gebieten eine fühlbare Preislenkung durchgeführt ist. Wenn eine Regierung dies Versprechen nicht geben kann, dann wird es ihr auch nicht gelingen, die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten restlos zu überwinden. Veruhigung und Vertrauen zur Wirtschaft zu schaffen ist ein Ding der Unmöglichkeit, wenn gegen die Verschlechterungsläufe der Unternehmer, die Kämpfe um Lohn und Brot weiter ausgefochten werden müssen. Wir fordern, daß Schluß gemacht wird mit der Verschlechterung des Lebensstandards!

Unternehmerumut über die Gewerkschaftspresse.

In der Zeitung „IndustrieSchutz“, dem offiziellen Organ des Deutschen Industrieclubverbandes, erachtete sich ein Diplomvolkswirt Ludwig Sabel in tiefgründigen Betrachtungen über die Gewerkschaftspresse. Wir finden so etwas immer recht nett. Denn wir erkennen daran, daß die Bedeutung der Gewerkschaftspresse bei unseren Gegnern immer mehr — wenn auch widerwillig — Beachtung und Anerkennung findet. Früher hat man die Gewerkschaftspresse mehr oder weniger ignoriert. Vor allem in den Augen des Unternehmertums waren die Tageszeitungen das Ausdrucksmittel der öffentlichen Meinung. Nunmehr ist ein Umchwung da; auch die Gewerkschaftspresse tritt heute in den Kreis der Betrachtungen unserer Gegner. Dagegen haben wir natürlich nichts einzuwenden.

Interessant ist allerdings, in welcher Weise man auf jener Seite die deutsche Gewerkschaftspresse beurteilt. In seinem Aufsatz „Die Gewerkschaftspresse“ rekapituliert Sabel die Gründung des Fachauschusses für die Gewerkschaftspresse und kennzeichnet deren Aufgaben. Dann sagt er: „Diese neugegründete Institution ist also dazu berufen, eine Art Konzern zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung zu werden. Und sie wird ihrer Aufgabe um so eher gemachsen sein, je weniger sich die Kreise um ihre Tätigkeit kümmern, die eigentlich das größte Interesse daran haben müßten, den Ausbau der Gewerkschaftspresse mit aller nur denkbaren Aufmerksamkeit zu beobachten: die nicht marxistisch eingestellten Parteien und Organisationen. Die Gewerkschaftspresse verfügt nämlich schon heute über eine derartige Anzahl von Blättern und Lesern, daß sich alle sonstigen Partei- oder Interessengruppen nicht entfernt damit messen können.“

Dem Fachauschuß unserer Gewerkschaftspresse liegt ob, einen lebhaften Meinungsaustausch unter den Gewerkschaftsredakteuren zu pflegen und sich gegenseitig über wichtige wirtschaftliche, politische, soziale und rechtswissenschaftliche Fragen zu unterrichten. Das Bestreben des Fachauschusses geht dahin, mit allen möglichen Mitteln die Gewerkschaftspresse zu der Bedeutung und Beachtung zu verhelfen, die sie verdient. Dabei unterhält man sich selbstverständlich auch über den Ausbau der Gewerkschaftspresse. Herr Sabel nennt dies einen Konzern zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung. Nun, einen Konzern bildet die Gewerkschaftspresse allerdings schon solange sie existiert, und zwar einen geistigen Konzern zur Belebung des Gewerkschaftsgebankens, zur Unterhaltung der Leser in allen einschlägigen Fragen auf allen wissenswerten Gebieten. Wenn es also nicht anders geht, wollen wir uns die Bezeichnung „Konzern“ gern gefallen lassen.

Herr Sabel führt dann seinen aufstauenden Lesern die Auflage der gesamten deutschen Gewerkschaftspresse

ziffernmäßig vor Augen und sagt dann zu dem Inhalt der Gewerkschaftszeitungen, er erstrecke sich über so ziemlich alle Gebiete des öffentlichen Lebens, insbesondere der Politik, wirtschafts-, sozial- und kommunalpolitische Fragen, Pädagogik, Kunst und Literatur.

Darin liegt eine schöne Anerkennung der Gewerkschaftspresse. Wenn sie über alle diese Wissensgebiete berichtet und die Gewerkschaftsmitglieder entsprechend schult, so hat sie damit ihre Aufgabe durchaus erfüllt. Es wird ferner mitgeteilt, daß die Ausgaben der dem ADGB angehörenden Gewerkschaften für Verbandszeitschriften rund 9 1/2 Millionen Mark betragen. „Vergegenwärtigt man sich, daß außer diesen rund 10 Millionen auch noch wohlorganisierte Pressekorrespondenzen des ADGB, und der größeren Verbände an der Beeinflussung der öffentlichen Meinung mitarbeiten, daß ferner die Gewerkschaftspresse in ihrer Wirkung noch unterstützt wird durch die Presse der mit dem ADGB im Kartellverhältnis stehenden sozialistischen Angestellten- und Beamtenorganisationen und durch die etwa 200 Zeitschriften der Sozialdemokratischen Partei mit rund 1 1/2 Millionen Lesern, dann wird man sich erst das richtige Bild von der Größe der hier für eine Idee, nämlich für die Idee der Zerstörung unseres jetzigen Wirtschaftssystems, arbeitenden Macht bilden können.“

So sagt Herr Sabel im „Industrieschuß“. Seine Anerkennung ist schmeichelhaft. Schmeichelhaft für unsere Gewerkschaftsbewegung, schmeichelhaft besonders für uns, die wir berufen sind, für unser Teil „hauptamtlich“ an der Hebung der Gewerkschaftspresse und der dadurch repräsentierten proletarischen Geistesmacht mitzuwirken. Der Verfasser sagt, wir wirken für die Idee der Zerstörung unseres jetzigen Wirtschaftssystems. Er hat sich ein wenig grob ausgedrückt. Aber Klingeln gehört zum Handwerk und Herr Sabel muß nachgedrungen der Geistesrichtung im „Industrieschuß“ die nötige Reuerenz erweisen. Aber wir geben gern zu, daß wir das jetzige unheilvolle Wirtschaftssystem und damit das größte menschliche Unrecht aus der Welt und dafür eine bessere, eine gerechtere Gesellschaftsordnung schaffen wollen. Dieses Vorhaben finden wir, im Gegensatz zu Herrn Sabel, sehr nützlich und lobenswert. Und wir freuen uns, daß wir damit öffentliche Beachtung finden. Die Arbeiter aber mögen aus dieser der Gewerkschaftspresse entgegengebrachten Beachtung lernen. Sie mögen den ihrer Presse vom Unternehmertum zugewiesenen Wert erkennen und die ihnen durch die Gewerkschaften zugewiesenen Zeitschriften lesen. Dann wird unsere Gewerkschaftspresse ihren Zweck voll erfüllen, und zwar als befruchtender Segen für die gesamte Arbeiterbewegung!

Der Brief eines Unzufriedenen.

Die Schriftleitung des „Grundstein“ erntet des öfteren für ihre Haltung und Tätigkeit in Mitgliederkreisen mancherlei Anerkennung. Hin und wieder wird sie aber auch beglückt mit einer unrichtigen Zuschrift. In solchen Zuschriften wird der Schriftleitung das ärgste Mißtrauen ausgesprochen und dabei der Inhalt des Schimpfwörterlexikons in schier vollkommener Weise ausgenutzt. Fast immer sind diese Briefe anonym. Die tapferen Verfasser weichen davor zurück, ihre Namen zu nennen.

Solche Zuschriften, immer vollkommen unsachlich gehalten, von falschen Voraussetzungen diktiert und mit saftigen Schimpfereien durchsetzt, überliefern wir mit Gleichmut regelmäßig dem Papierkorb. Aber heute möchten wir einmal eine Ausnahme machen. Es handelt sich in diesem Falle um einen Brief, der uns aus Berlin zugeht und ohne Wohnungsangabe mit Fr. Schulze unterzeichnet ist. Ein solcher Brief wäre ebenfalls als anonym einzuschätzen, denn unter dem Sammelnamen Fr. Schulze gibt es Tausende in Berlin. Aber es sei einmal auf den Inhalt eines solchen Briefes eingegangen, um draußen im Lande zu zeigen, in welcher Weise die Verwirrung in manchen Köpfen Platz gegriffen hat und das kühle und folgerichtige Denken ausschließt.

Dieser Kollege Fr. Schulze gibt uns in seinem Brief zunächst seinen Mißmut zu erkennen über den Leitartikel in unserer Nr. 46, der sich mit dem Berliner Metallarbeiterstreik und seiner Bedeutung für die deutsche Arbeiterchaft beschäftigt. Er behauptet frisch und frei, wir hätten bewußt den ganzen Streik falsch dargestellt. Er klagt uns also der bewußten Fälschung an. Das nimmt weiter nicht wunder, wenn man die übrigen Ausfälle in dem Schreiben in Erwägung zieht, die Fr. Schulze gegen die Gewerkschaftsangehörigen richtet, allerdings nicht in schimpfender Weise, aber doch in stark verdächtigender und hemmungslos herabsetzender Art. Fr. Schulze schildert die Stimmung vor und während des Metallarbeiterstreiks als äußerst günstig, die Wunst der öffentlichen Meinung sei ebenfalls bei den Streikenden gewesen; trotzdem sei der Streik verloren gegangen. Und warum ist es nach Schulze so gekommen? „Weil die Partei und damit auch die Gewerkschaft sich schon vorher der famosen Brüning-Regierung gegenüber gebunden hatte.“ So sagt Schulze. Beweisen kann er das nicht. Es ist auch nicht wahr. Über irgendein der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften übelwollender Bolschewist hat ihm das eingebläsen. Und das glaubt Schulze ohne weiteres, denn es paßt ihm ja in seine „weltanschauliche“ Rechnung, es zeigt ihm die „Verwahrlosung“ der Partei und der Gewerkschaftsführer. Unwirsch sagt Fr. Schulze weiter, der Metallarbeiterführer Ulrich „habe sich bedingungslos an einen neuen Schiedspruch gebunden“, und er fragt: „Warum steht davon kein Wort im „Grundstein“? Dies ist ein Musterbeispiel dafür, in welcher oberflächlichen Weise gelesen und hinterher rationalisiert und „kritisiert“ wird. Wir haben in der ersten Spalte unseres Aufsatzes ausdrücklich geschrieben: „Beide Parteien sollten sich ferner von vornherein verpflichten, sich einem neuen Schiedspruch, gefällig von anderen Personen, zu unterwerfen.“ Wir haben also in dieser Richtung absolut nichts verheimlicht. Aber Fr. Schulze hat das nicht gelesen. Und er fragt in den Nebel hinein: „Glaubt ihr vielleicht, eure Mitglieder wissen das nicht, sie wüßten nicht, was gespielt wird?“ Und dann erzählt Fr. Schulze, tausende Metallarbeiter hätten nunmehr ihren Austritt erklärt. Auch in dieser Richtung folgt er jedenfalls den fortgesetzten marktschreierischen Berichten in der „Roten Fabrik“. Wenn man diesem Revolverblatt glauben würde, so stände es allerdings so, daß der Metallarbeiterverband viele Tausende Mitglieder verloren und die neu aufgemachte Zersplitterungsorganisation der Kommunisten sogar Hunderttausende von Mitgliedern gewonnen hätte. Hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens. In Wirklichkeit sind bisher einige hundert Unorganisierte zu dieser famosen Zersplitter-

organisation gestoßen, von überzeugten Gewerkschaftern des Metallarbeiterverbandes gar keine; im Gegenteil, die Berliner Filiale des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat in der ersten Woche nach dem Streik etwa 1800 Mitglieder gewonnen und etwa 60 verloren.

Aber dann folgt in dem Briefe etwas, was die schloße Verleumdungssucht nicht mehr zu überbieten vermag. Fr. Schulze erklärt frischweg, bei der Berliner Arbeiterschaft sei stark die „Ansiht“ verbreitet, daß Ulrich, Brandes (Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes) und Dr. Singheimer mit einem „schönen dreistelligen Scheck“ von der Verhandlung mit den Unternehmern nach Hause gegangen seien. Vorsichtig sagt Fr. Schulze, er wolle nicht näher untersuchen, ob das wahr sei, aber der ganzen Sachlage nach sei es eben „wahrscheinlich“. Das ist die richtige Art, giftige Verleumdungen zu kolportieren. Man weiß nichts, aber trotzdem wird ohne weiteres behauptet, Gewerkschaftsführer hätten sich durch Unternehmergelder bestechen lassen, um die Bewegung der Metallarbeiter zum Scheitern zu bringen. Das ist der größte und gemeinste Vorwurf, der einem Arbeiterführer gemacht werden kann. Aber so etwas ist nichts Neues. Solche haltlosen und ebenso gemeinen Verdächtigungen sind schon vor 30 Jahren gegen Gewerkschaftsführer erhoben worden, wenn nämlich ein Gewerkschaftskampf nicht den von den Arbeitern erhofften Erfolg hatte. Damals geschah es aus Dummheit, heute sind alle solche jämmerlichen und haltlosen Verleumdungen fast ausnahmslos die Frucht der permanenten bolschewistischen Heße. Auf diese Weise wird Mißtrauen in die Köpfe gesät und gegen die Gewerkschaften gearbeitet. Beweislos wird drauflos verleumdet nach dem Rezept: Verleumde nur, etwas bleibt hängen. Und dann versteht es Fr. Schulze nicht, daß wir den Ruf aufbringen, in unserem Aufsatz zur Stärkung der Organisationen aufzufordern. Als ob gerade der Berliner Metallarbeiterstreik und sein Ausgang nicht bewiesen hätten, daß ohne eine starke Organisation ein Gewerkschaftskampf unmöglich befriedigende Früchte tragen könne. Hier im Berliner Metallarbeiterkampf stand es so, daß über 60% der Streikenden unorganisiert waren und es schon nach Ablauf der ersten Streikwoche zu den heftigsten Zusammenstößen der Unorganisierten mit den Vertretern der kommunistischen Partei und deren RGO gekommen war, weil die ihnen mit großem Lärm von jener Seite versprochene Unterstützung ausgeblieben war und nicht ein Pfennig an sie ausgezahlt wurde. Wo das Geld aus den Sammlungen, die von der RGO vorgenommen worden sind, geblieben ist, weiß heute kein Mensch. Jedenfalls benutzt man dieses Geld zum „Aufstocken“ der bolschewistischen Zersplitterungsorganisationen. Aber gerade der Umstand, daß die Mehrzahl der Streikenden unorganisiert und ohne Unterstützung war, mußte dazu führen, daß der Streik ganz zwangsläufig in für die Arbeiterschaft ungünstiger Weise beendet werden mußte. Aber dann schimpft man auf die Führer und verdächtigt sie in gemeinsamer Weise. Das ist ja so furchtbar bequem. An die eigene Unzulänglichkeit und die damit verbundene Schwäche denkt man nicht. Der Jude wird verbrannt — die Führer haben schuld.

Man hatte sich das auf bolschewistischer Seite anders vorgestellt. Man glaubte, der Schiedspruch werde nach wenigen Streiktagen für verbindlich erklärt, womit dann die Unterstützungsauszahlungen an die Unorganisierten hinfällig geworden wären. Es war anders gekommen. Die Unorganisierten haben auf diese Weise einen neuen Anschauungsunterricht darüber bekommen, wie man sie gerade von radikaler Seite dauernd täuscht und im entscheidenden Augenblick elendiglich verrät. Aber helfen wird das nichts. Als Lehre aus diesem Kampf ergibt sich jedoch ganz selbstverständlich die Aufforderung an die Arbeiter, sich zu organisieren, um für künftig einen solchen negativen Ausgang von Kämpfen zu vermeiden. Und darüber wundernd sich Fr. Schulze. Wir können leider von dem Grundgedanken nicht lassen, daß jeder Lohnkampf ein Machtkampf ist. Fr. Schulze ist anderer Meinung. Er sagt: Auch wenn die Metallarbeiter zu 100% organisiert gewesen wären, dann wäre der Kampf in der gleichen Weise verloren gegangen. Das ist zwar kompletter Unsinn, aber so etwas gehört heute zur großen Mode.

Dann schimpft Fr. Schulze über das Schlichtungsverfahren. Das wäre unser Werk. Wir finden, daß bisher über das Schlichtungsverfahren hauptsächlich nur die Bolschewisten und die — Unternehmer geschimpft haben. Die Bolschewisten deshalb, weil sie darin eine Stütze für die Arbeiter bei Arbeitskämpfen sehen, wodurch ihnen vielfach in den Kram gepußt wurde, und die Unternehmer deshalb, weil ihnen das Schlichtungsverfahren im Wege ist, vor allem in Zeiten der Wirtschaftskrise, wenn sie den Arbeitern hemmungslos den Daumen auf's Auge drücken möchten. Und dann leistet sich Fr. Schulze eine neue Verleumdung. Er fragt: „Wer ist die Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern eingegangen, und wer hat die Fürstenabfindung bewilligt? Wer hat ferner den jetzigen arbeiterfeindlichen Notverordnungen zugestimmt?“ Das Märchen von der Arbeitsgemeinschaft, seit langen Jahren kolportiert von der bolschewistischen Presse, kann nicht aussterben. Es wird uns auch nichts nützen, wenn wir nochmals ausdrücklich feststellen, daß z. B. im Baugewerbe zwischen Unternehmern und Arbeitergewerkschaften niemals und zu keiner Stunde eine Arbeitsgemeinschaft existiert hat. Und wo eine sogenannte Arbeitsgemeinschaft vorhanden war, so doch nur zu dem Zweck, um dadurch die Belange der Arbeiterschaft wirksamer vertreten zu können, nie aber, um sie zu „verraten“. Nun zur Fürstenabfindung. Es sei ausdrücklich festgesetzt, daß die Fürstenabfindung kein Werk von Arbeiterführern gewesen ist. Wegen der Entziehung der deutschen Fürsten hat das deutsche Volk durch Abstimmung entschieden, daß die Fürsten nicht enteignet werden sollen. Und da die Gerichte sich ausnahmslos auf die Seite der abgehalfterten Fürsten bei ihren Entschädigungsansprüchen stellten, wurde von den Regierungen das kleinere Übel gewählt, sie suchten zu retten, was zu retten möglich war, sie einigten sich zu einer Abfindung der Fürsten und retteten damit viele Millionenwerte für das deutsche Volk. Und wie steht es mit den Notverordnungen? An den Notverordnungen ist kein Sozialdemokrat und kein Gewerkschaftsführer schuld. Sie wurden von der Reichsregierung verhängt. Sie heute in Bausch und Bogen zu verwerfen, klingt zwar sehr radikal, es wäre aber unmöglich und unzumutbar, weil damit beispielsweise auch die staatliche Arbeitslosenunterstützung aus Mangel an Mitteln in Fort-

fall käme und Millionen dem Hunger überliefert würden. Aber hemmungslose Kritik, deren Schlagworte man in der kommunistischen Presse und in jeder bolschewistischen Sudelkütze zu Dutzenden vorfindet, ist heute bei vielen Leuten am Plage, die von dem Gang der Dinge wenig wissen, ihn nur oberflächlich verfolgt haben und dann kühn drauflos behaupten und verleumden, ohne einen Beweis für ihre Behauptungen erbringen zu können.

Fr. Schulze behauptet ferner, auf unserer sowohl als auch auf kommunistischer Seite verhinderten die Führer eine Einigung. Fr. Schulze sollte bei seiner Behauptung mehr nach links blicken. Wer verhindert denn diese Einigung und verbannt sie in das Feld der Unmöglichkeit? Das sind die bolschewistischen Führer, die in jeder Versammlung, in jeder Zeitungsnummer die Führer auf unserer Seite als Verräter, als Schufte, als bestochene Lumpen, als Betrüger, als Lakaien des Kapitalismus verunglimpfen. Glaubt denn Fr. Schulze, daß unter solchen Umständen irgendwie Neigung vorhanden sei, sich mit diesen notorischen und gewerkschaftlichen Verleumdern, Schimpf- und Raufbolden zu einigen? Noch dazu, wo man jetzt in großem Maßstabe durch die RGO die Zersplitterung und Lahmlegung der deutschen Gewerkschaftsbewegung mit allen Mitteln durchzuführen versucht, wo man auffordert, allüberall in Gewerkschaftszersplitterung zu machen und „totie“ Verbände zu gründen? Das ist verdammt etwas viel verlangt! Fr. Schulze will, daß die jetzigen Führer der Arbeiterschaft einschließlich der Führer der Bolschewisten samt und sonders von der Bildfläche zu verschwinden haben. Warum? Sie hätten keinen Funken Ehrgefühl im Leibe und verrieten bei jeder Gelegenheit die Arbeiterschaft. Schrumm! Den Beweis bleibt Fr. Schulze schuldig. Aber dann sagt er etwas ganz Merkwürdiges: Er sei alter Gewerkschafter und werde nicht aus dem Bunde gehen, aber das sage er schon heute, daß er den Kampf führen wolle gegen uns und Gegenpropaganda machen wolle gegen uns (d. h. die Gewerkschaftsführer) innerhalb der Organisation. Er sei Katholik, jedoch das Zentrum sei für ihn noch nie in Frage gekommen; aber SPD. wähle er auch nicht mehr, solange nicht, bis er neue Namen auf dem Stimmzettel sehe. Es tut uns leid um Fr. Schulze. Ein Mann, der aller Gewerkschafter zu sein vorgibt, zeigt mit solchen Ausführungen, daß er trotz langer Gewerkschaftszugehörigkeit nichts hinzulernt und jedenfalls auch von früher Geleertem so ungefähr alles vergessen hat. Er ist das Musterbeispiel des ewig Unzufriedenen. Er sieht nicht die Grenzen der gewerkschaftlichen Macht, er sieht nicht die Grenzen, die der proletarischen Kraft gezogen sind durch die derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und durch die Wirrnisse der Gegenwart. Diese Wirrnisse haben auch ihn verwirrt. SPD. wählt er nicht mehr, weil ihm die heutigen Führer nicht passen; er wählt nach seiner Angabe aber haupt nicht mehr. Dadurch erklärt er sich als politisch indifferent. Und obwohl die Gewerkschaftsführer gerade in diesen jämmerlichen Zeiten voller Eifer alles aufbieten, um wie in früheren Zeiten daniederliegender Konjunktur trotz der damit verbundenen Verschönerung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse dennoch für die Arbeiterschaft zu retten, was irgendwie zu retten möglich ist, verkennt der Mann die Führer der Gewerkschaften in jeder Weise, bringt ihnen gehäuften Mißtrauen entgegen, verdächtigt sie als bestochene Subjekte und beneuert immer wieder, die „heuchlerischen“ Führer der Gewerkschaften bekämpfen zu wollen. Alle unsere „Verdrehungen und jehuitischen aufgezogenen Artikel“ könnten die Arbeiter nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihre Führer nicht für sie, sondern gegen sie sind.

Doch zum Schluß kommt Fr. Schulze ein lichter Moment: „Nur durch die Spaltung der Arbeiter durch ihre eigenen Führer war es möglich, daß der Feind heute über uns ist“. Sehr richtig! Wer aber hat gespalten? Wer spaltet im Großformat heute weiter? Das sind die Führer der Bolschewistenpartei und der Hakenkreuzler. Wo ist der Führer irgendeiner freien Gewerkschaft, der irgendwie schon die Spaltung propagiert hätte? Oder rechnet Fr. Schulze es schon als Spaltungsabsicht, wenn unverbesserliche Nörgler, Zersplitterer der Gewerkschaftsarbeit und Verächter der Satzungen der Gewerkschaften aus der Organisation entfernt werden, wenn Leute aus den Verbänden ausgeschlossen werden, die es als oberste Aufgabe betrachtet haben und zum Teil heute noch betrachten, die Gewerkschaftsarbeit lahmzulegen, die Gewerkschaften ohnmächtig zu machen zugunsten des Bolschewismus? Das ist dann Notwehr aus Selbsterhaltungspflicht, das ist weiter nichts, als sich gegen solche zersetzenden Bestrebungen zur Wehr zu setzen! Gegengewerkschaften aufzurichten zur Zersplitterung der Gewerkschaftstätigkeit ist den Bolschewisten und Hakenkreuzlern vorbehalten geblieben!

Wir haben uns einmal ausnahmsweise mit einem solchen Brief öffentlich beschäftigt. Wir wollten unseren Lesern einmal zeigen, welche verwirrenden Gedankengänge heutzutage viele Arbeiter beherrschen, erzeugt vor allem durch die wirtschaftliche Ungunst und geschürt durch die bolschewistische und nationalsozialistische Heßpropaganda, erzeugt durch die Nörgelerei unverbesserlicher Querulanten. Wir glauben nicht daran, daß Fr. Schulze nunmehr Einkehr halten wird, wir halten ihn für zu weit verrannt in die Gedankengänge des Mißtrauens und der Verleumdung. Aber unseren Kollegen im Lande sei an diesem Beispiel gezeigt, in welcher Art und Weise heutzutage die bolschewistische und hakenkreuzlerische Verleumdungskampagne wirkt und in welcher Weise sie dazu beiträgt, auf die Gewerkschaften schwächend zu wirken! Mit Mitgliedern wie Fr. Schulze kann keine Gewerkschaft etwas beginnen, sie wirken in der Bewegung nur als Hemmschuh!

Wie sie schwindeln.

Die sogenannte Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) ist nunmehr eifrig am Werke, rote Gewerkschaften aufzuziehen. Wir haben darüber bereits im vorigen „Grundstein“ berichtet. An dem nachstehenden Beispiel möchten wir nachweisen, in welcher hahnneblichen Art diese RGO nach Leninischem Rezept zu schwindeln vermag. Da lasen wir kürzlich in dem Bolschewistenblatt „Betrieb und Gewerkschaft“ unter der Stichmarke: „RGO“ muß anerkannt werden“ folgendes:

„Der Königsberger Magistrat hat Verhandlungen mit der RGO-Streikleitung über die Beilegung des Fürsorgearbeiterstreiks aufgenommen. Damit ist also die RGO. trotz der starken Gegenarbeit des ADGB. als

Tarifkontrahent anerkannt. Die Verhandlungen wurden nicht zum Abschluß gebracht, da der Magistrat die Forderungen der Streikenden und der RGO nicht völlig anerkannte. In einer großen Anzahl von Baubetrieben wurden Profestrieks durchgeführt mit Entsendung von Delegationen zum Magistrat, um die Anerkennung der Forderungen der Fürsorgearbeiter durchzusetzen. Der Streik steht vollkommen fest.

Gewerkschaftliche Analphabeten dürften nicht erkennen, daß diese Notiz nur als Bluff nach außen hin zu werten ist. Dem Kenner derartiger Stillsübungen fällt natürlich sofort auf, daß da irgend etwas nicht stimmt. Zunächst ist beachtenswert an dem Schrieb, daß die RGO triumphiert, sie sei als „Tarifkontrahent“ anerkannt worden. Wie schnell sich doch auf jener Seite die Begriffe ändern können! Vorher verdammt diese „revolutionäre“ Richtung alle Tarife als „Arbeiterverrat“ in Grund und Boden und nun prahlt sie, sie sei als Tarifkontrahent anerkannt worden! Die dann in der Notiz folgenden Sätze verraten jedoch, daß es mit dieser Anerkennung nicht sehr weit her sein kann. Es wird bemerkt, die Verhandlungen wären „nicht zum Abschluß“ gebracht worden, weil der Magistrat die Forderungen der Streikenden und der RGO „nicht völlig“ anerkannt habe. In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß weder die RGO, mit dem Magistrat verhandelt, noch der Magistrat die RGO anerkannt hat. Richtig ist nur, daß die RGO in Königsberg i. Pr. einen sinnlosen Fürsorgearbeiterstreik entfesselt, und daß dann der Ortsausschuß des DGB eingegriffen hatte, um die in den Streik geheften Fürsorgearbeiter nicht versacken zu lassen. Der Ortsausschuß beendete dann den Streik mit einem Vorteil für die Fürsorgearbeiter; daran hat die RGO keinerlei Verdienst.

Noch interessanter steht es mit der Meldung der RGO, in einer „großen Anzahl von Baubetrieben“ seien zugunsten der Fürsorgearbeiter „Profestrieks“ durchgeführt worden. Diese Meldung ist vollkommen aus der Luft gegriffen. Nirgends ist auf irgendeinem Bau in Königsberg dieser Angelegenheit wegen gestreikt worden. Der ganze „Profest“ der Bauarbeiter in dieser Streikangelegenheit bestand darin, daß von einer bolschewistisch angekränkelten Baustelle eine drei Mann starke „Delegation“ zum Bürgermeister der Stadt Königsberg gelaufen war, um wegen des Streiks zu „interferieren“. Diese „Delegation“ ist vom Bürgermeister erst gar nicht vorgelassen worden.

Die Notiz über die RGO in „Betrieb und Gewerkschaft“ schließt: „Der Streik (der Bauarbeiter) steht vollkommen fest.“ Vollkommen fest steht nur, daß die ganze Notiz aufgelegter Schwindel ist. Die Wahrheit in dieser Angelegenheit haben wir berichtet. Und nun mag die RGO, in der an ihr bekannten Art zur höheren Ehre Moskauer in der Zerpfitterung der Gewerkschaftsbewegung weitermachen und weiterschwindeln . . .

Der Organisationsblock der Bauunternehmer.

In der Nummer 49 des „Grundstein“ veröffentlichten wir einen Aufsatz mit der Überschrift: „Großmacht Unternehmerorganisation.“ Darin versuchten wir nachzuweisen, daß die Organisationsmacht der Unternehmer, was Geschlossenheit und Organisationsfähigkeit anbelangt, weit über die Organisationsverhältnisse der Hand- und Kopparbeiter hinausgeht. Dies trifft besonders auf die Unternehmer für das Baugewerbe zu. Sie verfügen über eine Organisationsfestigkeit wie selten eine Unternehmergruppe.

An der Spitze steht der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, dem der Deutsche Wirtschaftsbund für das Baugewerbe zur Seite steht. Beide Spitzenorganisationen sind in der Mitgliederzahl ungefähr gleich groß. Ersterer hat 15 921, letzterer rund 15 000 Mitglieder. Der Wirtschaftsbund ist die wirtschaftspolitische Organisation, während sich der Arbeitgeberbund in der Hauptsache mit Arbeiter- und Angestelltenfragen beschäftigt. Weitere Reichsverbände von Bedeutung sind: Innungsverband Deutscher Baugewerksmeister, Bund Deutscher Zimmermeister, Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes, Reichsverband industrieller Bauunternehmungen (hervorgegangen aus dem Beton- und Tiefbau-Arbeitgeberverband und dem Beton- und Tiefbau-Wirtschaftsverband); im März 1928 schlossen sich diese Organisationen zusammen, Vereinigung der Nachbaggerunternehmungen, Reichsverband für das Landeskultur-Baugewerbe.

Als Spitzenorganisation von allen kann die Fachgruppe Bauindustrie beim Reichsverband der Deutschen Industrie angesehen werden. Die 26. Fachgruppe im RDV ist dazu berufen, die Interessen der baugewerblichen Unternehmer speziell zu vertreten. Eine Spitzenorganisation sozialpolitischer Art ist der Zementverbraucher-Verband, dem 5 weitere Reichsverbände angeschlossen sind. Im großen und ganzen bauen sich fast alle Verbände auf Ortsverbände oder Innungen und auf Landes- und Bezirksverbände auf. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat 600 Ortsgruppen und 34 Bezirksverbände. Der Reichsverband des Tiefbaugewerbes umfaßt 1200 Mitglieder, 41 Ortsgruppen und 12 Bezirksverbände. Der Wirtschaftsbund hat nur 22 Bezirksverbände als Unterbau. In den obengenannten Reichsverbänden konzentriert sich die gesamte Interessenwahrnehmung der Unternehmer des Baugewerbes. Zwei Streikschußkassen stehen den Unternehmern im Baugewerbe zur Seite. Der Arbeitgeberbund hat den Deutschen Baustreikschuß als Streikgesellschaft gegründet und der Reichsverband industrieller Bauunternehmungen (Ribau) hat 1928 den Ribau-Streikschuß eingerichtet. Derartige Sonderkassen sind bei den übrigen Industrien und Gewerben kaum vorhanden. Neben den oben genannten Reichsverbänden bestehen noch eine Reihe selbständiger Landesverbände. Wir nennen: Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin, Kartell der Arbeitgeberverbände in den Baugewerben Berlins, Ostpreussischer Unternehmerverband für Landes-Kultur- und Tiefbau, Königsberg, und andere.

Recht vielseitig und tief gegliedert sind die Organisationen im Baugewerbe. Es bestehen hier 14 Reichsverbände, von denen zu nennen sind: Verband von Glasrinnungen Deutschlands, Reichsverband des Deutschen Malerhandwerks, Deutscher Stuckgewerbebund, Reichsverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks, Reichsverband für das Deutsche Steinfein-, Plasterer- und Straßenbaugewerbe, Verein zur Wahrung der Interessen der Asphaltindustrie, Reichsverband für das Deutsche Brunnenbau- und Bohrgewerbe, Verband der Arbeiter des Zöpfer- und Ofensefegergewerbes, Deutscher Verband

für Feuerungstechnik usw. Auch die Verbände der Baunebengewerbe stützen sich auf Orts- und Bezirksverbände. Der Unternehmerverband des Zöpfergewerbes z. B. hat 20 Bezirks- und 150 Ortsverbände. Die Dachdeckerorganisation erstreckt sich auf 20 Bezirks-, 179 Ortsverbände und 7793 Mitglieder. Der Verband der Glasrinnungen hat 175 Innungen als Einzelmitglieder. Das sind so einige Beispiele, die da zeigen, daß auch hier eine systematische Organisationsarbeit geleistet wird.

Das Baugewerbe ist, wie kein anderes, verankert in den großen Spitzenorganisationen der Unternehmerverbände. Die Fachgruppe im Reichsverband der Deutschen Industrie erwähnten wir bereits. Außerdem gehören die meisten Reichsverbände und auch einige Landesverbände dem RDV als Einzelmitglieder an. Zur Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gehören der Arbeitgeberbund, der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes sowie der Reichsverband industrieller Bauunternehmungen mit ihren angeschlossenen Landes- und Ortsverbänden. Da das Baugewerbe noch vielfach handwerksmäßig betrieben wird, spielen seine Unternehmerorganisationen auch im Reichsverband des Deutschen Handwerks eine große Rolle. Zu ihm gehört auch der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, wodurch bewiesen wird, daß dieser in beiden Spitzenorganisationen, also sowohl im RDV wie im RWV, tonangebend ist. Ingesamt sind der Spitzenorganisation des Handwerks 11 Bauunternehmerverbände angeschlossen. Hieraus ist zu ersehen, daß die

Die Bundestagsniederschrift kommt!

In einigen Wochen wird die Niederschrift von unserem 3. ordentlichen Bundestag sandtbereit sein. Die Schrift enthält zugleich die Niederschriften der dem Bundestag vorausgegangenen Fachgruppenverbandstage. Die auf diesen Tagungen gegebenen Berichte, die Aussprachen, die Beschlüsse usw. machen diese Schrift zu einem unentbehrlichen Handbuch für alle in der Bundesarbeit mitätigen Bundesmitglieder. Der Bundesvorstand stellt ihnen die Schrift, gut geheftet, zum Preise von 1 Mk. zur Verfügung. An die Bundeshauptkasse ist die Niederschrift mit 80 Pf. je Stück zu bezahlen. Die überschüssenden 20 Pf. kommen der Baugewerkschaftskasse zugute. Für die Baugewerkschaftsbücherei erhalten die Baugewerkschaftsvorstände eine gebundene Niederschrift unentgeltlich zugesandt. Die Bundesmitglieder tun gut, sich schon jetzt eine Niederschrift bei ihrem Baugewerkschaftsvorstand zu bestellen!

Bauunternehmer nicht nur starke Eigenorganisationen gegründet haben, sondern diese auch in den Spitzenorganisationen des gesamten Unternehmertums ihren Rückhalt finden. Daraus dürfte ersichtlich sein, welchem gewaltigen Organisationsblock die baugewerblichen Arbeiterorganisationen gegenüberstehen.

Eine besondere Wahrnehmung ist bei einer Uebersicht der Organisationsverhältnisse im Baugewerbe zu machen. Bei den Unternehmerverbänden im allgemeinen und bei Gewerbegruppen im besonderen ist zu beobachten, daß im und nach dem Kriege die Unternehmerorganisationen durch Neugründungen aufgeblüht wurden. So wurden beispielsweise in der Holzindustrie zwei Drittel der Unternehmerverbände erst nach 1914 errichtet. Im Baugewerbe hat man es teilweise mit alten Organisationen zu tun. Von den 35 bestehenden Organisationen wurden drei während des Krieges und acht nach dem Kriege errichtet. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe trat bereits 1899 ins Leben, der Reichsverband des Tiefbaugewerbes 1900 und der Reichsverband industrieller Bauunternehmungen 1911. Eine der ältesten Unternehmerorganisationen ist der Innungsverband der Deutschen Baugewerksmeister, der 1869 gegründet wurde. Auch der Verband der Glasrinnungen hat bereits eine 50jährige Geschichte hinter sich. Hierdurch wird bewiesen, daß auf dem sozialen Schlachtfelde innerhalb des Baugewerbes schon jahrzehntlang harte Kämpfe ausgefochten werden. Das Alter der Unternehmerorganisationen im Baugewerbe macht sich in der besonderen Festigkeit und der inneren Durchbildung sowohl der einzelnen Verbände als auch der Spitzenverbände bemerkbar. Die Unternehmerverbände des Baugewerbes sind vielfach als Muster in ihrem Aufbau und ihren sonstigen Einrichtungen betrachtet worden. Es mag noch erwähnt werden, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und der Reichsverband des Tiefbaugewerbes eine Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Hoch- und Tiefbaugewerbes eingegangen sind. Der Zweck dieser Arbeitsgemeinschaft ist: Herbeiführung einer gemeinsamen Wirksamkeit in den Arbeiter- und Wirtschaftspragen des Baugewerbes und die Beseitigung des unproduktiven Nebeneinander- und Gegeneinanderarbeitens der Verbände des Baugewerbes.

Was ergibt sich aus den besonderen Verhältnissen, wie sie sich im Baugewerbe seit Jahrzehnten herausgebildet haben? Vor allem: Die Gewerkschaften haben es hier mit Gegnern zu tun, die nicht nur organisatorisch sondern auch finanziell auf das äußerste gewappnet und gerüstet sind. Es besteht eine lückenlose Geschlossenheit und eine vielfache Ueberlagerung. Die Bauarbeiter haben deshalb nicht nur einen innig verachsenen Unternehmerblock vor sich, sondern in ihrer letzten Verastelung das gesamte Unternehmertum. Dies ergibt sich auch daraus, daß die besonderen Streikkassen der Bauunternehmer mit dem „Deutschen Streikschuß“, der Streikentschädigungsgesellschaft der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, bis zum Jahre 1933 eine Rückversicherung eingegangen sind, wodurch die Bauunternehmer im Falle eines Kampfes einen Fonds von vielen Millionen zur Verfügung haben. Die Aufgabenstellung hieraus liegt für unsere Kollegen auf der Hand. Wenn schon die Unternehmer derartig gerüstet sind, so können nur starke, innerlich gefestigte und mit großen Geldmitteln versehene Gewerkschaftsverbände als Gegner der Unternehmer-Uebermacht in Frage kommen. Möge deshalb jeder Bauarbeiter dessen eingedenk und für seine Gewerkschaft unablässig tätig sein!

Das organische Kapital: Der Mensch.

Es ist noch nicht lange her, daß als Erklärung für alle Not und alles Elend die zu schnelle Vermehrung der Bevölkerung herangezogen wurde. Das drohende Gespenst der Ueberbevölkerung spielte in den meisten Bevölkerungslehren der damaligen Zeit eine große Rolle und nicht wenige Bevölkerungspolitiker rechneten bereits für eine nicht allzuferne Zukunft die Zeit aus, wo die Erde so überbevölkert sein werde, daß nicht einmal der Bodenraum ausreichen würde, um alle Menschen zu fassen. Auch heute scheint angesichts der grauenvollen Massenarbeitslosigkeit Menschenüberfluß das Zeichen der Zeit. Noch immer schaffen riesige Reservearmeen von arbeitslosen Proletariern die Grundlagen der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft, ja, wohl zu keiner Zeit wurden umfanglicher Arbeitskräfte freigesetzt als in der gegenwärtigen Periode einer hochgetriebenen Rationalisierung. Aber dennoch besteht ein entscheidender und grundlegender Gegensatz zwischen dem Menschenüberfluß in der Vergangenheit und in der Gegenwart, ein Unterschied, dessen grundsätzliche Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Während der Menschenüberfluß in der Vergangenheit auf die zu hohe Zuwachsraten zurückzuführen war, die die Bevölkerungsvermehrung dieser Jahrzehnte auszeichnete, leiden wir heute an Menschenüberfluß, trotzdem die hohen Geburtenziffern längst einer rückläufigen Bewegung weichen mußten.

Von dieser Gegensätzlichkeit nimmt eine soeben erschienene Broschüre des bekannten Wiener Soziologen Rudolf Goldscheid (Die generative Revolution, eine Studie über den Strukturwandel in der Bevölkerungsökonomie) ihren Ausgang, in der Goldscheid zu der zunächst paradox klingenden Formulierung gelangt: Heute haben wir Menschenüberfluß bei Menschenmangel. Die Ziffern des gewaltigen Bevölkerungsrückganges, der allein für Deutschland gegenüber der Jahrhundertwende eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums um mehr als die Hälfte brachte und der in den nächsten Jahren bereits zu einem absoluten Bevölkerungsrückgang führen wird, sind so allgemein bekannt, daß sie nicht im einzelnen aufgeführt zu werden brauchen. Auch die Ursachen sind häufig genug aufgedeckt worden. Die Kenntnis der aktiven Geburtenkontrolle, bislang allein einer kleinen Oberschicht zugänglich, ist heute Gemeingut aller Gesellschaftsklassen geworden, hat heute nicht nur die Großstädte, sondern ebenfalls auch die Klein- und Mittelstädte und das flache Land ergriffen. Hinzu kommen andere, mehr subjektive Motive, die ebenfalls dem Fortpflanzungswillen starke Hemmungen auferlegen. Gegenüber dem quantitativen überwiegt immer stärker der qualitative Fortpflanzungswille. Man will nicht einfach Kinder in die Welt setzen, sondern man überprüft zunächst, für wieviel Kinder menschenwürdige Bedingungen auch vorhanden sind. Mit Recht formuliert Goldscheid, daß der Mensch der Gegenwart nicht zuerst Kinder in die Welt setzt und sich dann fragt, ob auch Nahrung, Kleidung, Wohnung für sie vorhanden seien, sondern er entschließt sich nur, seine Familie zu vergrößern, wenn für diese äußeren Lebensnotwendigkeiten in ausreichendem Maße gesorgt ist. Der zum Denken erwachte Mensch — und gerade die Fortschritte der Arbeiterbewegung haben den Menschen viel bewußter, überlegter, willensmäßiger gemacht — will nicht mehr Kinder, als er menschenwürdig zu erhalten vermag. Wo äußere Not, Wohnungsmangel, ungenügende Einkommensverhältnisse ihn in einen Konflikt zwischen Selbsterhaltung und Arterhaltung hineinzingeln, behält heute die Sicherung der Selbsterhaltung den Vorrang vor der Sicherung der Arterhaltung. Weder mit Moralpredigten, noch mit Strafgesetzbuchparagrafen wird man diese Entwicklung aufhalten können. Die niedrigen Geburtenziffern sind keine vorübergehende Konjunkturscheinung, sondern stellen einen tiefgehenden Strukturwandel dar, von dem die gesamte gegenwärtige Bevölkerungspolitik ergriffen ist.

Der gewaltige Geburtenüberschuß der früheren Jahre ist für uns nicht mehr erreichbar, aber auch nicht wünschenswert und tragbar. Wir wären gegenwärtig überhaupt nicht in der Lage, die großen Geburtenüberschüsse der früheren Jahre zu finanzieren. Immer trägt der erwerbsfähige Mensch zwei große Lasten auf seinem Buckel. Einmal die Verpflegungslast für die, die noch nicht arbeiten können, zum anderen die Verpflegungslast für jene, die nicht mehr arbeiten können. Unter produktivsten Gesichtspunkten gesehen, besteht das Leben aus drei Perioden, aus der noch nicht produktiven Aufzucht- und Berufsvorbereitungsperiode, aus der eigentlichen produktiven Arbeitsperiode und aus der nicht mehr voll oder überhaupt nicht produktiven Altersperiode, in der der Mensch gleichsam zum abgeschriebenen Wert herabsinkt. Solange die Kinderarbeit, wie es bis in die vierziger und fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts der Fall war, mit 4 bis 5 Jahren einsetzte und solange die erwachsenen Arbeiter durch die unfaule Ausbeutung zur Zeit des Frühkapitalismus in der Regel bald starben, sobald sie ihre Arbeitsstelle aufgaben, spielte diese Verpflegungslast der mittleren Schichten keine große Rolle, brauchten doch damals die Eltern für ihre Kinder nur einen Erhaltungsvoranschlag für vier bis fünf Jahre aufzubringen. Der große soziale Fortschritt des Verbots der Kinderarbeit hat jedoch diese Voraussetzungen gründlich geändert. Die Aufzucht- und Erziehungskosten sind heute, zumal wir gegenwärtig ganz anders für den Beruf vorgebildete Menschen benötigen, sehr viel höher als früher. Verbot der Kinderarbeit vor dem vollendeten 14. Lebensjahr schließt das Verbot allzu hoher Wachstumsziffern ohne weiteres in sich.

Damit aber rückt in den Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit das was Rudolf Goldscheid mit einem glücklichen Wort als Menschenökonomie bezeichnet hat und wofür dieser ausgezeichnete Gelehrte seit mehr als 20 Jahren einen unermüdbaren Kampf führt. Nach Goldscheid ist die Menschenökonomie die notwendige Ergänzung der Güterökonomie, die im Kapitalismus einseitig in den Vordergrund rückte und alle übrigen Werte unterdrückte. Das Ganze der Wirtschaft erfassen wir erst, wenn wir Güter- und Menschenökonomie als Einheit verstehen lernen. Wenn wir die Menschenökonomie der Wirtschaft ebenfalls gründlich in pflichtliche Behandlung nehmen als die Warenseite der Wirtschaft. Dann aber ist Sozialpolitik, die die menschliche Arbeitskraft zu erhalten und zu beschützen versucht, mehr als ein Anhängsel der Wirtschaft, mehr als Mittelmaßregelung und nur ethische Forderung, dann ist Sozialpolitik ein Teil der Produktionspolitik selbst und zweifellos kein unwichtiger.

Je mehr die Geburtenziffern sinken werden, um so mehr wird die Gesellschaft zur Menschenökonomie, d. h. zu sparsamen und ökonomischen Behandlung ihres organischen Kapitals, der Menschen, gezwungen sein. Von der Dauer und dem Ertrag der eigentlichen Produktivitätsperiode hängt es ab, ob die Gesellschaft über die nötigen Mittel verfügt, um für die Erfordernisse der Jugend und des Alters aufkommen zu können. Wird aber die Arbeitskraft nicht pfleglich behandelt, wird durch Überarbeit, Arbeit unter unhygienischen Verhältnissen, Unterernährung oder schlechte Wohnung Raubbau an menschlicher Arbeitskraft getrieben, so wird sie sich allzu schnell verzehren und nicht genügenden Gesamtertrag abwerfen. Von sich aus ohne sozialen Zwang gelangt der Kapitalismus nicht zur Menschenökonomie. Der kapitalistische Unternehmer, der die Arbeitskraft kostenlos auf dem Arbeitsmarkt durch Abschluß eines Arbeitsvertrages anwirbt, hat nur das Interesse, ein Maximum an Arbeitsleistungen aus dem einzelnen herauszupressen, auch wenn ein dadurch bedingtes übergroßes Maß an Ausbeutung mit frühzeitigem Verfall der Lebens- und Arbeitskräfte bezahlt werden muß. Von sich aus vermag der kapitalistische Unternehmer aus solchem Raubbau auch dann noch nicht die nötigen Konsequenzen zu ziehen, wenn sich bereits in den rückläufigen Geburtenziffern die drohende Verknappung der Arbeitskräfte anzeigt, solange nur auf dem Arbeitsmarkt genügend Menschen um Arbeit nachfragen müssen. Noch vermögen wegen der übernormal starken Besetzung der mittleren Altersklassen und der dadurch bedingten vorübergehenden Gunst der Sterblichkeitsverhältnisse die Zahlen der Bevölkerungsbewegung die an sich bereits vorhandene Passivität unserer Bevölkerungsbilanz für einige Zeit zu verdecken, doch schon in den nächsten Jahren dürfte deutlich werden, was Goldscheid in die Worte kleidete: „Durch den Geburtenrückgang erhält der Mensch, der bisher als ein im Ueberfluß vorhandenes und darum wirtschaftlich gering geschätztes Gut angesehen wurde, relativen Seltenheitswert. Und wie man mit allen Gütern erst zu sparen und sie pfleglich zu behandeln anfing, als sie seltener wurden, so wird es auch mit dem Menschen sein. Man befinnt sich auf den ökonomischen Wert des Menschen erst, wenn er nicht mehr von selbst in überreichlichem Maße produziert wird. Dann aber wird gerade die verlangsamt Bevölkerungszunahme der wirksamste Antriebsmotor des Fortschritts werden.“

Unnötige Lohn- und Gehaltsverluste.

Der Sonnenkönig Ludwig XIV. von Frankreich, der prachtliebende Ludwig II. von Bayern, der Graf von Turinburg und andere von gleichem Rang und Würden sind recht leichtsinnig mit ihrem Geld umgegangen. Schlimm war das für die Herrschaften aber nicht, denn die hatten ja genug davon, und wenn keins mehr da war, mußten die getreuen Unterthanen eben neues liefern.

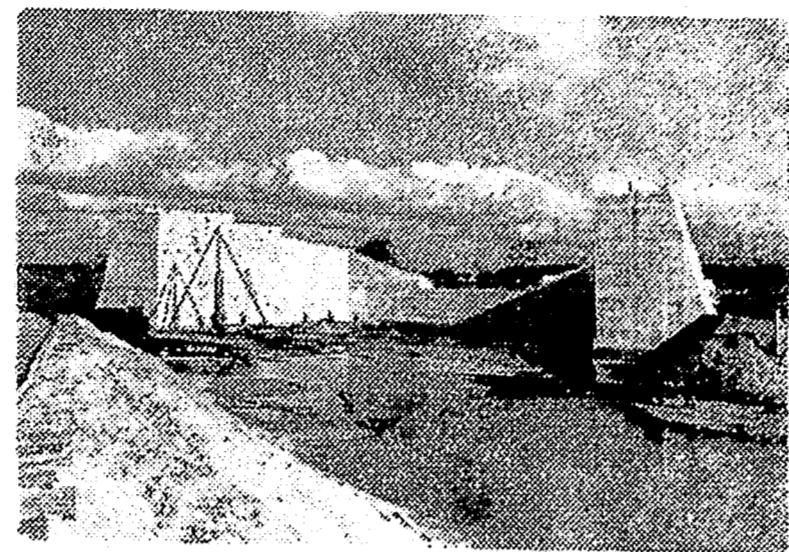
Der gewöhnliche Sterbliche ist gezwungen, haushälterischer zu sein. Nicht nur das, er muß oder sollte auch darauf achten, daß seine knappen und sauer verdienten Gelder nicht von modernen zweibeinigen Ratten mehr oder weniger weggefressen werden. Damit sieht es aber bei dem werktätigen Mann und dessen Frau und auch bei unseren Mitgliedern manchmal nicht besonders gut aus. Immer noch gibt es, trotz aller Warnungen unter den Mitgliedern und deren Frauen recht viele, die den Reisenden auf den Leim gehen, und wenn sie dann hereingefallen sind und ausgemist werden, den Bundesvorstand um Hilfe anrufen. Die Unterschrift auf dem Besellszettel kann aber auch der Bundesvorstand nicht rückgängig machen und so muß denn Lebrgeld gezahlt werden, und zwar noch und noch. Ist das nötig? Gewiß ist jeder Herr seines eigenen Geldes und kann damit machen, was er will, aber wenn wir warnen, so geschieht es, um die Mitglieder vor Schaden zu bewahren und sich nicht ausplündern zu lassen.

Wie die Mitglieder ausgeplündert werden und sich ausplündern lassen, dafür gibt es unzählige Beispiele. — Würden die Abzahlungsreisenden ihre „ganz besonders feine Qualitätsware“ auch an so niedrig Verdienende auf Abzahlung abgeben, die unpflanzbar sind, weil sie unter der Lohnpfändungsgrenze von 195 M monatlich Einkommen haben, so würde der von Tür zu Tür gehende Abzahlungsschwindel sehr bald erledigt sein und in seinen eigenen Verlusten erstickt. Der Schwindel floriert nämlich nur dann, wenn man mit einer Lohn- oder Gehaltspfändung vom Schuldner etwas betreiben kann. Aber abgesehen hiervon ist der Preis für die solcher Art gekaufte Waren in den meisten Fällen — wie gerichtsnotorisch ist — viel, sehr viel zu hoch. Bis zum doppelten und mehr des realen Preises wird gefordert! Deshalb kauft und bestellt nicht bei Abzahlungsreisenden! Dann spart ihr Geld!

Um ein Arbeitsbeschaffungsprogramm im Regierungsbezirk Magdeburg.

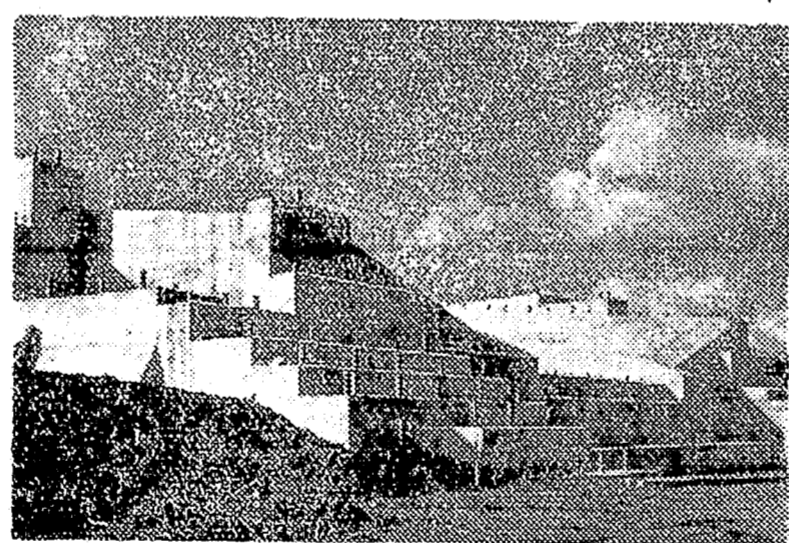
Mit der Frage eines Arbeitsbeschaffungsprogramms im Regierungsbezirk Magdeburg beschäftigte sich am 28. November in Magdeburg eine Zusammenkunft von Regierungs- und Behördenvertretern sowie Parlamentariern. Ueber die verschiedenen Bauvorhaben sprach eine ganze Reihe von Referenten. Fast alle Vortragenden brachten zum Ausdruck, daß die Bauvorhaben nur zur Ausführung kommen könnten, wenn die Finanzierung, insbesondere die Finanzierung durch das Reich, gesichert sei. Provinzialbaumeister Z w a c h, Mühlhausen, sprach über das L a n g e r m ü n d e r B r ü c k e n b a u p r o j e k t. Die Langermünder Brücke, die zur Behebung der Schiffsahrt auf der Elbe notwendig ist, soll eine Länge von 834 Meter bekommen und 24 Öffnungen erhalten, davon 21 Öffnungen für die Flußbrücke. Gleichzeitig mit der Brücke soll eine Kleinbahnlinie Langermünde—Fischbeck errichtet werden. Bei dem Brückenbau werden neben den sonst üblichen Baustoffen u. a. 12 000 Kubikmeter Beton verbraucht, 220 000 Kubikmeter Boden bewegt und 20 000 Quadratmeter Pflasterungen ausgeführt. In Tagewerken würden an der Baustelle an Erdarbeiten 96 000 geleistet, von denen 82 000 von Erwerbslosen geleistet werden könnten. Die Eisenarbeiten erfordern 24 000 Tagewerke, von denen wiederum bei 20 000 Tagewerken Erwerbslose beschäftigt werden können. Insgesamt kommen 120 000 Tagewerke in Betracht, von denen 102 000 Arbeitsmöglichkeiten für Erwerbslose erschließen. Außerdem könne mit rund 125 000 Tagewerken für Arbeiten außerhalb der Baustelle gerechnet werden. Die Baukosten belaufen sich auf 5 486 000 M, die von der Provinz Sachsen, den Städten Stendal und Langermünde sowie den Landkreisen Stendal

und Jericho 2 neben dem Reich und Preußen aufgebracht werden sollen. Preußen habe bereits zugelangt, sich mit 800 000 M zu beteiligen, habe die Zusage jedoch von der Zusage des Reiches abhängig gemacht, die bisher aber noch nicht gegeben ist. — Ueber Kostfandsarbeiten der Stadt Magdeburg sprach Stadtbaurat G ö t s c h, Magdeburg, der sich besonders mit den in Magdeburg angewandten Methoden der Arbeitsbeschaffung für Erwerbslose befaßte. Es sei aber ein unlösbares Rätsel, die in der letzten Zeit stark vertretene Forderung nach rückwärtsloser Ausgabenbeschränkung zu verwirklichen und dabei noch die Möglichkeit zu behalten, Erwerbslose zu beschäftigen. Ein zweites Mittel der Arbeitsbeschaffung für Erwerbslose sei in Magdeburg dadurch erfolgreich durchgeführt worden, daß Fürsorgearbeiten als Unternehmerarbeiten vermittelt öffentlicher Ausdehnung ausgeführt worden seien. Es geht nicht an, in diesen Fragen bürokratisch vorzugehen, vielmehr muß die Produktivität der Arbeit in den



Widerlager der Mittelrandkanalüberführung über die Elbe (Sanaalseite).

Vordergrund gestellt werden. Die kommunale Belastung bei der Durchführung werkschaffender Arbeiten sei ins Unerträgliche gestiegen. Es sei jetzt zur finanziellen Unmöglichkeit geworden, in nennenswertem Umfang Erwerbslose in den Produktionsprozess wieder zu überführen. Deshalb müßte unbedingt wesentliche Erleichterung geschaffen werden. — Regierungsbaurat M o m b e r, Goslar, sprach darauf über die Zillierkassperre, ein Projekt, dessen Verwirklichung vor allem der Stadt Wernigerode und dem dortigen Gebiet eine wesentliche Erleichterung in der Frage der Erwerbslosigkeit verschaffen würde. Ueber die Zillierkassperre selbst haben wir bereits im „Grundstein“ Nr. 20/1930 berichtet. Die Ausführung hängt auch hier von der Finanzierungsfrage ab. Wenn der Staat Preußen die ihm zufallende Rate von 500 000 M zur Verfügung stellt, sei der Bau der Talsperre gesichert. — Der Elbstrombau- und Kanalbau-Direktor Z a n d e r, Magdeburg, sprach über die Bauten am Mittelrandkanal. Im Jahre 1929 sind an dem Elbstrombauverwaltung Magdeburg unterstellten Abschnitt 4 600 Arbeitskräfte beschäftigt gewesen. Diese Zahl ist im Jahre 1930 wegen der verminderten finanziellen Zuschüsse auf 3 600 zurückgegangen. Von den insgesamt 45 Millionen Kubikmeter Erdbewegung seien bisher 21,5 Millionen Kubikmeter Boden bewegt worden, von den 50 Düchern sind 14 vollendet, von den vorgesehenen 13 Eisenbahnbrücken vier fertiggestellt, täglich würde eine Bodenmenge von 45 000 Kubikmeter Boden bewegt. Durch die Kürzung der Baurate wird sich aber die endgültige Fertigstellung des Mittelrandkanals bis zum Jahre 1938 hinauschieben. Wenn man zu den 3 600 Arbeitskräften im Baugelände des Mittelrandkanals selbst noch 3 600 Arbeitskräfte



Widerlager der Mittelrandkanalüberführung über die Elbe (Elbseite).

außerhalb der Arbeitsstätten und die Zahl der Angestellten berücksichtigen, so könne man sagen, daß etwa 8500 Arbeitskräfte Beschäftigung am Mittelrandkanal gefunden hätten. Wenn die veranschlagten Summen verfügbar sind, könnten auch im nächsten Jahre 3 600 Arbeiter beschäftigt werden. Würde der Bau, wie vorgesehen, 1936 fertiggestellt, so wären 253 Mill. Mark erforderlich gewesen. Durch Hinausschiebung des Baujahres auf 1938 entfielen aber 27 Mill. Mark Mehrkosten, also insgesamt 280 Mill. Mark.

In der Aussprache wies Regierungspräsident W e b e r darauf hin, daß der Mittelrandkanal die einzige verzinsbare Wasserstraße Deutschlands sei. Es sei erfreulich, daß entgegen den Stimmen, die sich gegen den Ausbau des Mittelrandkanals wenden, der Reichsrat am Bau des Kanals festhalte. Landeshauptmann Dr. H ü b e n e r bezeichnet den Mittelrandkanal als vorteilhafte Verbindung zwischen Ost und West. — Ueber die B o d e k a s s p e r r e sprach Regierungsbaurat H e l b i g, Quedlinburg. Bei diesem Bau sind 425 000 Kubikmeter Boden zu bewegen und Felsen zu sprengen. Zum Bau werden gebraucht 600 000 Kubikmeter Beton. Außerdem würden 450 000 Kubikmeter Schotter gebraucht und 270 Kubikmeter Boden bewegt; ferner sind 130 Kubikmeter Felsen zu sprengen und 400 Kilometer Forstwege herzustellen. Bei diesen Arbeiten werden insgesamt 2700 Arbeiter beschäftigt. Günstig ist, daß die Stollenarbeiten im Winter durchgeführt werden können. Im ersten Baujahr fanden 3100 Arbeiter Beschäftigung, im Winter betrug die Belegschaft 600 bis 900 Mann. Die Baukosten einschließlich Zinsen belaufen sich auf 51,8 Mill. Mark, wovon 5,1 Mill. Mark als Beihilfe

vom Reich und Staat angelegt sind. Nur unter dieser Voraussetzung ist das Bauwerk ausführbar. 33% der Baukosten werden durch Beihilfen interessierter Stellen aufgebracht, die den Betrag von 16,9 Mill. Mark ausmachen. 1,8 Mill. Mark entfallen auf Bauzinsen. Auch dieser Bau ist abhängig von der Beihilfe von Staat und Provinz. — Längere Ausführungen machte Dr. P e g e l, Magdeburg, über Niedrigwasserregulierung der Elbe und Arbeitsbeschaffung. Er ging davon aus, daß Wasserbaufragen stets einen hervorragenden Platz in der Arbeitsbeschaffung einnehmen, zumal Wasserbauten an natürlichen Flußläufen mindestens 70% Lohnanteil enthalten. Er lege in eingehenden Ausführungen dar, daß es zur Behebung der in Mitteldeutschland gelegenen Industrie notwendig sei, die Niedrigwasserregulierung der Elbe durchzuführen, um auch bei Niedrigwasser eine rentable Schiffsahrt zu ermöglichen. Das werde um so mehr möglich sein, als sich durch den Bau einer Anzahl von Talsperren in der Umgebung des Elbgebietes die Möglichkeit bieten werde, von hier das nötige Zuschußwasser für die Mindestfahrwasserstufen beziehen zu können. Ueber der schon jetzt dafür in Betracht kommenden Talsperre sei der Bau einer zweiten Talsperre bei Hohenwarthe an der Saale in Thüringen notwendig. Durch die Niedrigwasserregulierung der Elbe erschließen sich nicht nur unmittelbare Arbeitsmöglichkeiten, sondern auch mittelbare durch Ansiedlung neuer Industrien, da dann Industrie und Handel in die Lage versetzt seien, mit festen Kahnraumtarifen kalkulieren zu können. Man müsse sich darüber klar sein, daß die Inangriffnahme dieser Arbeiten notgedrungen noch einige Zeit auf sich warten lassen wird; aber sie müssen gemacht werden. Mit der Niedrigwasserregulierung sind auch andere notwendige Bauten verbunden, wie zum Beispiel der Neubau der Strombrücke in Magdeburg und der Straßenbrücke in Torgau, die den neuen Wasserverhältnissen angepaßt werden müssen. Leider ist es bisher nicht möglich gewesen, schon im Jahre 1931 die Gelder für die erste Baurate sicherzustellen.

In der Aussprache wurde von einem Regierungsvertreter erklärt, daß er an zuständiger Stelle wegen Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Erwerbslose vorstellig werden würde. Oberbürgermeister B e i m s beforderte, daß der Bau des Mittelrandkanals auf jeden Fall eine gründliche Reform der Verhältnisse für die Elbschiffahrt zur Folge haben müsse. Verkehrshindernisse der Schiffsahrt, wie vor allem die Budauer Eisenbahnbrücke, müssen von der Reichsbahn beseitigt werden. Jedoch könne der Stadt Magdeburg nicht zugemutet werden, die Baukosten der neuen Strombrücke in Höhe von rund 7 Mill. Mark allein zu tragen. Die Ausgaben für alle diese Bauten könnten überhaupt nicht aus laufenden Staatsmitteln gedeckt werden, sondern müßten auf das Extraordinarium übernommen werden. Es sei ein Übel, die Fortführung des Mittelrandkanalbaus jeweils von parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen abhängig zu machen. Dadurch werde der dringend nötige Bau von der Politik abhängig, die gerade in der Gegenwart sehr launenvoll sei. Der Mittelrandkanal muß fertiggestellt werden aus Anleihemitteln. — Als letzter Redner sprach Oberregierungsbaurat M i e r a u, Magdeburg, über Meliorationsarbeiten im Regierungsbezirk Magdeburg. Er gab einen Ueberblick über Bauvorhaben, bei denen insgesamt 206 000 Tagewerke in Betracht kommen.

Wir schließen uns der wiederholt auch in unserer Zeitung aufgestellten Forderung nach Bereitstellung von Mitteln für die Bauwerke an und unterstreichen sie nachdrücklich. Insbesondere die öffentlichen Auftraggeber, in erster Linie das Reich und die Länder, sollten unverzüglich mit Mitteln für die bereits in Angriff genommenen Bauten herausrücken, da die Stilllegung etwa des Mittelrandkanalbaus einer riesigen Vergeudung von Volksvermögen gleichkäme, weil die hineingebauten Kapitalien dann brachliegen. Arbeitsbeschaffung ist zu keiner Zeit dringlicher gewesen als in der heutigen. Der Staat hat die Pflicht, mit der Beschaffung von Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten voranzugehen.

Eisenbahntarif und Preisabbau.

Die Reichsbahn hat die Preise für Arbeiterwochenkarten, Kurzarbeiter-Wochenkarten, Monats- und Teilmonatskarten sowie Schülermonatskarten herabgesetzt. Im Güterverkehr soll die Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen Lebensmitteln frachtlieh erleichtert werden. Des weiteren wird eine Frachtsenkung für Getreide, Mehl und anderer Lebensmittel vorgenommen. Auch der Tierkart wird gesenkt, um die Fleischversorgung zu verbilligen. Im Kohlenverkehr werden für bestimmte Empfangsgebiete Ermäßigungen durchgeführt. Die Reichsbahn hat damit Maßnahmen zur Durchführung gebracht, die zu begrüßen sind. Trotz alledem wird von bestimmten Industriegruppen eine schärfere Senkung der Frachttarife propagiert, die etwas mißtrauisch stimmen muß. Der Anteil der Fracht bei der Preisbildung wird vielfach überschätzt. Eine mäßige Tarifsenkung, die nur in Frage kommen kann, wirkt sich auf die Preisgestaltung überhaupt nicht aus. Wenn aber die Reichsbahn aus ihrer nicht gerade glänzenden Lage herauskommt und in der glücklichen Lage ist, Ueberflüsse zu machen, so wäre zu empfehlen, diese freierwerbigen Mittel für neue Aufträge zu verwenden. Das würde der Wirtschaft eher zugute kommen als Tarissenkungen. Wenn dann ferner zurückgestellte Bauprojekte der Eisenbahn in Angriff genommen werden, würde damit der Arbeiterlohn mehr gedeckt, als wenn die Tarifermäßigungen mit leeren Versprechungen der Preissenkung auch den Konsumenten schmachhaft gemacht werden. Da die Eisenbahnverwaltung in den ersten neun Monaten dieses Jahres bei der Personalbesoldung 36 Mill. Mark gespart hat, so würde volkswirtschaftlich die Sache bedeutend besser aussehen, wenn dieser Fonds wieder eine Erhöhung erfährt, vor allem durch Mehrreinstellung von Personal und Arbeitern. In inniger Verbindung steht damit die sehr berechtigige Forderung der Gewerkschaften, endlich den Achtfundentag auch bei der Reichsbahn streng durchzuführen. Wenn eine neunstündige Arbeitszeit, wie sie leider noch vielfach üblich ist, muß in einem Reichsbetrieb als ein Skandal bezeichnet werden.

Im übrigen hat leider die Eisenbahn noch keine Ueberflüsse aufzuweisen, denn vorläufig besteht für die ersten neun Monate in diesem Jahr eine Mindereinnahme von 551 Mill. Mark. Aber das macht den Preisenkungsillusionen keinen Abbruch, denn in einem Berliner Blatt wird von Dr. Priester sehr kunstgerecht, nach vielem Hin und Her, festgestellt, daß man durch Gehalts- und Lohnsenkung

120 Mill. Mark sparen könnte. Schließlich rechnet er aus einigen künftigen Poffen, die zur Tariffenkung verwandt werden sollen, aber mehr in seiner Phantasie bestehen, insgesamt einen Betrag von 300 Mill. Mark aus. So wird die Preislenkung zum Schauepränge für die Armen und die Tariffenkung ein Gewinn für kapitalistische Interessengruppen, denen die Lohnsenkung viel begehrtlicher ist als der verdamnte Preisabbau.

Wie im nördlichen Südamerika gebaut wird.

Aus Quito, der Hauptstadt des südamerikanischen Staates Ecuador, geht uns vom Kollegen Rudolf Lindner eine Zuschrift über die Bauweise in Südamerika zu, die wir nachstehend unsern Lesern zur Kenntnis bringen. Der Kollege schreibt:

„Weil mein Aufsatz im „Grundstein“ erscheinen soll, sei eingangs darauf hingewiesen, daß man hier im nördlichen Teil Südamerikas bei 99 von 100 Neubauten überhaupt weder einen Grundstein legt, noch Grundmauern auführt. Ist der zu bebauende Platz einigermaßen geebnet, so röhren Knaben oder Mädchen einen „Mörtel“ aus Wasser und Erde zurecht. Die Erde wird in der Regel in nächster Nähe des Bauplatzes, von der Straße, vom Wege oder von irgendeinem Gang geschürft. Und dann legen die „Maurer“ Ziegel auf Ziegel, die aus derselben Masse gewonnen worden sind. Die Ziegel werden nach Schnur und Lot gelegt, genau wie in Deutschland. So werden die Häuser zurechtgemacht, an denen nur zu bewundern ist, daß sie nicht schon am folgenden Tage wieder zusammenpurzeln. Jedoch ein paar Monate halten diese Häuser schon, bis die Ziegel — Adoves genannt — trocken sind; dann fangen sie an zu bröckeln und gehen mitfam dem „Puñ“ einer raschen Auflösung entgegen. Es wäre gefährlich, sich allzusehr an eine solche Hausmauer zu lehnen; man kann sie mit dem Rücken bequem wieder umlegen. Als Maurer gilt hier jeder, der eine Mauer einigermaßen gerade hochmauern kann. Nach einem Lehrbrief oder einem sonstigen Befähigungsnachweis wird nie gefragt. — Auch mit der Zimmererei ist es hier nicht weit her. Geeignet erscheinende Bäume werden ebenfalls in möglichst größter Nähe des Neubaus geschlagen, etwas zurechtgehägt, kantgeholt und aufgelegt. Dieses zur Verwendung kommende Holz ist natürlich naß, und da der „Zimmermann“ in diesen Regionen auch gleich die Dielen legt, darf der Bauherr schon nach kurzer Zeit mit Wonne feststellen, daß sich Dachbalken und Dielen in wunderbarer Weise verändert haben. Das Dach ist dann wunderschön windschief und die Dielenbretter klaffen in jedem Zimmer fingerdick auseinander, so daß sie sich in ganz kurzer Zeit zu den schönsten Bruchstücken südamerikanischen Ungeziefers ausbilden. — Im allgemeinen ist man im nördlichen Südamerika so unpraktisch wie möglich. Man kann dies am besten bei Ausschachtungsarbeiten beobachten. Nur bei Kanalisationen finden Tiefbauarbeiter Beschäftigung. Jedoch ganz selten sieht man Tiefbauarbeiter, die dem Erdreich mit Spitzhacken oder anderen Hauwerkzeugen auf den Leib rücken. Die meisten dieser Arbeiter benutzen als Handwerkzeug unbenutzene Schaufelspaten mit denkbar kurzen dicken Stielen. So arbeiten sie dauernd in tiefgebückter Stellung, rasen mit der Schaufelschneide gegen die Erde, schwenken wie ein Straten und bringen doch nur wenig voran. Diese Sorte Bauarbeiter ist aufrichtig zu bedauern. Die Hälfte ihrer Kraft vergeuden sie vergeblich.

Da haben es die „Pflasterer“ — es gibt deren männliche und weibliche — bedeutend besser. Sie sitzen im Kreise um ein Stück Straße und klopfen mit einem Käseknopf die zur Verarbeitung verfügbaren anderen Käseknöpfe in den Sand. Das Einstampfen überlassen sie dem Publikum. Jedenfalls ist es eine schwere Pein, auf einem solchen „Pflaster“ laufen zu müssen.

Alle diese „Bauarbeiten“ werden von Indianern ausgeführt, ihre Entlohnung ist die denkbar schlechteste. Mehr als 1 RM. und vielleicht noch eifische Pfennige dazu verdient keiner von ihnen an einem Tage. Vornehmere Bauten werden neuerdings mit etwas besserem Material ausgeführt. An den deutschen Bauarbeiter kommt aber kein anderer heran und das von ihm Geschaffene hat bedeutend mehr Befähigkeit. Das beweisen die unter der Mitarbeit deutscher Arbeitskräfte entstandenen Bauten in Buenos Aires, Rio de Janeiro und Santiago sowie in einigen anderen Städten im südlichen Teil dieses Erdteils. Im nördlichen Südamerika kann, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Bauarbeit nur unter den Begriff „Puñsch“ fallen. Die Frage, ob später vielleicht einmal deutsche Bauarbeiter hier Aussicht auf guten Verdienst haben könnten, ist, an der derzeitigen Sachlage gemessen, glatt zu verneinen.

Leichtsin ist Dummheit!

Eigentlich sollte man meinen, die Mahnung: „Hänge dich nicht an schnellfahrende Fahrzeuge an!“ beziehe sich nur auf unüberlegte dumme Jungens. Leider lehrt aber der Augenschein, daß man alltäglich auf belebten Geschäftsstraßen auch von älteren, ja sogar völlig erwachsenen Personen, die von der Arbeit heimkehren oder sonstwie auf dem Rade unterwegs sind, diese Unsitte bemerken kann.

Die Gefahr liegt nicht nur darin, daß das viel zu leichte Rad durch die gewaltigen Geschwindigkeiten beispielsweise eines Autos oder einer elektrischen Straßenbahn, an die sich der Radfahrer angehängt hat, viel zu stark hin- und hergeschleudert wird. Auch nicht nur an den Kurven, wo starke Schwenkungen gemacht werden, und das Rad mitgerissen wird, besteht höchste Lebensgefahr. Die größte Gefahr ist, daß der angehängte Radfahrer keinen Überblick über die Straße hat. Er weiß daher nicht, wann ihm andere Fahrzeuge entgegenkommen und gefährlich werden können, oder welche Fahrzeuge aus den Seiten-



Unfallverhütungsbild G. m. b. H., Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften.

straßen herauskommen können. Andererseits wissen andere Fahrer, die die Fahrbahn seitlich hinter dem Hauptfahrzeug kreuzen wollen, nicht, daß dort noch ein Anhängsel an dem Fahrzeug ist. Mithin können Zusammenstöße und Unglücksfälle sehr leicht zustande kommen. — Es ist aus- gesprochen Dummheit, wegen ein paar Minuten, oft nur ein paar Sekunden Zeitersparnis, sein Leben aufs Spiel zu setzen!

Deutsche Bauarbeiter in Athen.

Von zwei Kollegen, die das Schicksal der Arbeitslosigkeit nach Griechenlands Hauptstadt Athen verschlagen hat, erhalten wir eine Zuschrift, aus der wir das Wichtigste an dieser Stelle wiedergeben:

Ob man nun zu Hause als Unterstützungsempfänger oder Ausgesteuerter dahinvegetiert, täglich auf Besserung wartend, oder ob man mit Wandertab und Rängel in die Fremde fippelt, das ist ungefähr dasselbe. So dachten wir und beschloßen deshalb, den ungaslichen Staub der Heimat von den Füßen zu schütteln. Wir durchwanderten die

Gefessene Nummern des „Grundstein“ werfe man nicht fort, sondern gebe sie seinem unorganisierten Arbeitskollegen!

Tschechoslowakei, Oesterreich, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien, um schließlich in Griechenlands Hauptstadt Athen, Arbeit zu finden. Trotz aller Strapazen haben wir uns nach hier durchgeschlagen. Wir mußten auf unserer Wanderschaft beobachten, daß auch in anderen Ländern das Gespenst der Arbeitslosigkeit umgeht. Aber außer in Oesterreich gibt es in keinem der hier genannten Länder staatliche Arbeitslosenunterstützung. Das Elend der Arbeitslosen ist in diesen Staaten um so größer.

Nun haben wir in Athen an einer Baustelle Arbeit erhalten. Das ehemalige königliche Schloss wird zum Parlamentsgebäude umgebaut. Ein Teil des kastellförmigen mächtigen Gebäudekomplexes wird abgebrochen, Holz wird durch Betonböden ersetzt und schließlich soll das ganze Gebäude außen und innen neu verkleidet werden. In zwei Jahren soll der Bau fertiggestellt sein; gearbeitet wird daran mit einer Belegschaft von etwa 150 Mann.

Wir sind zunächst der Trägerkolonne zugeteilt worden. Sie muß den Bauschutt in Handbaßbeuteln auf der Schulter oder Hüfte zum Abladeplatz oder zur Schütte tragen. Hier wird der Schutt wieder auf Geschirre verladen und weggefahren. Es ist uns in Aussicht gestellt worden, später in der Betonkolonne als Eisenflechter beschäftigt zu werden. Den Mörtel schafft man hier in Blechbüchsen auf der Schulter an die Verbrauchsstelle; Ziegel werden in den schon genannten Beuteln befördert. Demnach ist die Arbeitsart noch sehr primitiv. Auch die Löhne sind selbst für griechische Verhältnisse äußerst niedrig. Ein Hilfsarbeiter erhält bei täglicher achtstündiger Arbeitszeit 55 Dragma Tagelohn, das sind nach deutschem Gelde ungefähr 2,60 M., ein Maurer verdient bei gleicher Arbeitszeit 3,50 M. Nach einer Gewerkschaftszugehörigkeit fragt hier kein Mensch. Man kennt hier auch keinen Betriebsrat oder Bauvertrauensmann. Jeder ist auf sich selbst angewiesen. Das Ganze ist ein rücksichtsloses Drauflosarbeiten, wobei man alle Gedanken konzentrieren muß, um sich durch die verschiedenen Gefahrenklippen am Bau hindurchzuschlängeln.

Von Bauarbeiterschutz ist hier nichts zu verspüren. Ueber uns arbeitet man am Abbruch der hohen meterdicken Mauern, unmittelbar darunter wird der Schutt schon wieder weggetragen. Einen Meter weiter kann ein Arbeiter, der etwas unvorsichtig ist, durch einen Fehltritt 8 m tief stürzen, da weder Schutzgerüst noch Geländer vorhanden ist. Noch interessanter ist der Weg zur Schütte. Des massenhaft umherliegenden, mit rostigen Nägeln gespickten Holzes kann man sich schließlich durch eine seiliche Fußbewegung erwehren, aber dieses Springen und Jonglieren über dem aufgerissenen Fußboden grenzt schon an Akrobatik. Die Schütte selbst ist nur 2 m lang, 6 m fällt der Schutt frei. Man weiß nicht, wie man den Beutel am besten entleeren kann, weil unter uns die einspännigen Geschirre hängen, um den Schutt wieder einzuschaukeln und wegzufahren. Oft hört man fluchen und schimpfen, wenn dort unten mal ein Schuttstück einen Meter zu weit kollert und sich dabei auf einen menschlichen Fuß verirrt. Eine Baupolizei gibt es nicht. Wäre sie wie in Deutschland vorhanden, dann müßte sie den ganzen Bau absperren, weil keinerlei Schutzvorrichtungen vorhanden sind.

Auch in sozial-sanitärer Hinsicht sieht es hier sehr traurig aus. Eine Kranken- und Unfallversicherung kennt man nicht, Aufenthalts- oder Umkleideräume sind nicht vorhanden, von etwaigem Verbandsgewebe keine Spur. Was einer zu tun hat, wenn er verletzt wird, ist seine persönliche Angelegenheit.

Trotzdem gibt es hier eine Art Bauarbeiterschutz. Das ist übrigens ein verblüffend einfaches Universalmittel und wäre auch unsern nach Rationalisierung strebenden Bauunternehmern in Deutschland zu empfehlen. Bevor die Arbeit an irgendeiner Stelle begonnen wird, wird die Arbeitsstelle vom Popen gesegnet und mit frommen Kreuzen bespinelt. Damit glaubt man genug getan und den bösen Teufel vertrieben zu haben. Man ist der Meinung, nun könne dem Arbeiter keinerlei Unglück zustößen. Na, und wenn mal einer fluchend mit blutiger Hand oder einer Beule herumläuft, so kommt das schließlich ja überall mal vor. Jedenfalls hält man diesen priesterlichen Segen für mindestens ebenso gut wie alle Schutz- oder Vorbeugungsmaßnahmen.

Wie lange wir hier bleiben dürfen, hängt von den Behörden ab. Da es in Deutschland nach wie vor mit der Arbeitslosigkeit trostlos ausieht, müssen wir eben versuchen, unsere zerstückelte Ausrüstung, vor allem die vollständig erschöpfte Reisekasse wieder etwas zu erneuern und aufzufüllen, um dann unsere Weiterreise fortsetzen zu können. Wohin es dann gehen mag, das wissen die Götter!

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 17. November 1930.

Table with columns for districts (Bezirksverband), trades (Beruf), and unemployment counts (Arbeitslos). Includes a summary row (Zusammen) and a comparison row (Vorige Woche).

Aus dem Fach für das Fach

Zur Entwicklung der Isolierplatten-Industrie.

Die ersten Anfänge der Erzeugung von Wandplatten, die im Baugewerbe zur Isolierung gegen Kälte, Wärme, Schall, Erschütterung und Witterungseinflüsse praktische Verwendung finden konnten, reichen bereits in die Vorkriegszeit zurück. Kurz vor dem Weltkrieg machte E. G. Muench in Minneapolis den Versuch, aus den ausfortierten Splittern der Holzschleifereien steife Pappen herzustellen, die sehr bald in den nördlichen Staaten zu Bauzwecken verwendet wurden. Später versuchte man diese Art Pappen im beschränkten Maße auch als Isolierstoff für industrielle Zwecke auszunutzen.

Um E. G. Muench schloß sich nach der Beendigung des Krieges eine ganze Anzahl junger Techniker und Kaufleute, darunter W. G. Dahlberg, L. B. Munroe, J. R. Shaw, M. F. Parson und andere, die nach den Ideen Muenchs und nach eigenen Ideen eine neue Industrie der Herstellung von Isolierplatten ins Leben rufen wollten. Die ersten Vorbereitungsarbeiten hierzu bestanden in zahlreichen Laboratoriumsversuchen mit pflanzlichen Faserstoffen und Abfallprodukten, denn es mußte erst ein geeigneter Rohstoff gefunden werden, der nicht nur in großen Mengen vorhanden war, sondern auch billig beschafft werden konnte. Versuche mit Holzfasern, Maisstengeln, Flachsabfällen, Getreide und Hanfstroh usw. ergaben zwar eine teilweise Eignung des Materials für den vorgesehenen Zweck, jedoch konnte man sich für die meisten Stoffe nicht entscheiden, weil sie entweder anderen Zwecken dienen oder auch weil ihre Verarbeitung nicht ökonomisch genug war. Jedenfalls entschied man sich später für Bagasse, dem Anfall des ausgepreßten Zuckerrohrs, das sowohl in Cuba und Britisch-Indien, in Brasilien und Japan, auf Java und auf den Philippinen in großen Mengen zur Verfügung steht und für das andere Verwendungszwecke bisher nicht vorgesehen waren. Es wurde ermittelt, daß allein in Cuba der Anfall an Bagasse im Jahr etwa fünf Millionen Tonnen ausmacht und in Britisch-Indien, Java usw. ebenfalls drei Millionen Tonnen.

Die Rohstofffrage war somit gelöst, denn Bagasse vereinigte tatsächlich alle Vorzüge, die ein Rohmaterial für den vorgesehenen Zweck haben mußte. Die Faser war vor allem billig zu beschaffen, sie erwies sich auch als stark elastisch, leicht im Gewicht, rein und lang. Im Jahre 1921 wurde mit Hilfe einer einzigen Maschine die Erzeugung von Celotexplatten begonnen, die heute wohl das bekannteste und verbreitetste Erzeugnis dieser Art in den Vereinigten Staaten darstellt. Schon im Jahre 1922 hatte die Celotexerzeugung derartige Fortschritte gemacht, daß rund 18 Millionen Quadratfuß davon hergestellt wurden. Seither ist die Fabrikation in ständiger Zunahme begriffen und in den letzten Jahren wurde auf sieben Maschinen eine Erzeugung von 500 Millionen Quadratfuß ausgewiesen.

Dieser großartige Erfolg der Celotexplatte hat nun in der jüngsten Zeit sowohl in Amerika wie auch bei uns in Europa eine ganze Anzahl Erfinder auf den Plan gerufen, die Erzeugnisse ähnlicher Art auf den Markt brachten. Meist handelt es sich in allen diesen neueren Versuchen um die Ausnützung und Verwertung anderer Rohstoffe oder auch um andere Vorbereitungs- und Verarbeitungsmethoden des Rohmaterials, als sie in der Erzeugung der Celotexplatten angewendet werden. Hergestellt wird die Platte in der Regel auf Langsieb- oder Rundsiebmaschinen, wie sie allgemein in der Pappenerzeugung Verwendung finden. Je nachdem die Platten in verschiedenen Formen und Stärken oder aus verschiedenen Rohstoffen fabriziert werden, erfordert deren Trocknung verschiedene Verfahren. So wird zum Beispiel Celotex in endloser Bahn durch Trockenapparate mit sehr hohen Temperaturen geführt, ähnlich wie Papier getrocknet, während andere Erzeugnisse wieder in geheizten Pressen getrocknet werden, wie sie ähnlich für die Trocknung von Sperrholz gebräuchlich sind.

Von den neueren Erzeugnissen, die in Amerika bekannt geworden sind, wären außer Celotex noch zu erwähnen: Maizewood, das aus Maisstengeln hergestellt wird, Inso Board aus Weizenstroh, sowie Insulite und Masonite, die aus Holzabfällen hergestellt werden. Masonite-Platten haben sich übrigens auch in Europa eingeführt und werden bereits in einer Fabrik in Schweden erzeugt, die so vollbeschäftigt ist, daß kürzlich von der Absicht der Vergrößerung des Betriebes berichtet wurde. Masonite hat sich in der Isolierung vor Kälte, Hitze, Schall und Erschütterung vorzüglich bewährt. Auch Insulitplatten sollen demnächst in Finnland erzeugt werden.

In den nördlichen Ländern Europas wird sich vielleicht überhaupt eine sehr große Industrie von Isolierplatten entwickeln, zumal neben einer Reihe neuer Erzeugnisse, deren Herstellung bereits aufgenommen worden ist, für verschiedene Patente neue Fabriken geplant sind. Ein sehr gutes europäisches Isolierplattenprodukt, das sich sehr rasch bekannt gemacht hat, ist vor allem Ensolit, das von der Enso-Gutzeit O. J. in Enso in Finnland aus Holzabfällen hergestellt wird. Das neue Erzeugnis besitzt nicht allein eine ausgezeichnete Isolierfähigkeit, sondern auch ein festes Gefüge, so daß es als Konstruktionsmaterial für Wände usw. besonders geeignet ist. Ensolit wird in Standardgrößen von 3x1,4 m = 4,2 qm und auch 4 englische Zoll breit (1,22 m) in den Längen von 8, 10, 12, 14 und 16 Fuß hergestellt. Die Plattendicke beträgt etwa 10 mm und das Gewicht 4,6 bis 4,8 kg je qm.

Ein anderes, ebenfalls aus Holzabfällen hergestelltes Erzeugnis mit dem Namen Trecefer, wird von der No & Domsjö Wallboard Co. in Stockholm herausgebracht. Eine neue Fabrik dafür soll demnächst in Dornsköldsövik eröffnet werden. Aus Stroh und Zellstoff werden Platten hergestellt, deren Erfindung dem Ingenieur Henry Ingeberg und dem Architekten Arno Westerdal, Nidnes, in Norwegen zukommt. Auch für dies Erzeugnis, das den Namen Inveff erhalten soll, ist der Bau einer neuen Fabrik geplant. Ein Verfahren, das von J. Jonsson in Stockholm erfunden wurde und nach dem in Rengsjö bereits Jonite-Platten her-

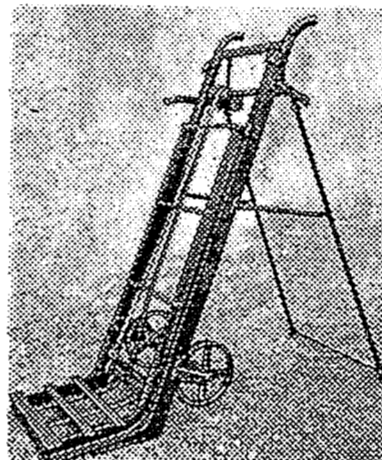
gestellt werden, benötigt als Rohstoff Sägewerksabfälle. Es soll dafür eine zweite Fabrik bei dem Sägewerk Löre in Norrbotten errichtet werden.

Ueber ein neues amerikanisches Verfahren, über das eingehend Ges. M. Seidel in „Industrial and Engineering Chemistry“ kürzlich (Juli 1930) berichtete, sind inzwischen weitere Einzelheiten bekannt geworden. Es handelt sich um das nach seinem Erfinder Antonio Vazquez benannte „Vazcana-Verfahren“, das in der Herstellung von Isolierplatten aus Zuckerrohr insoweit etwas von der Celotexerzeugung abweicht, indem der Faserstoff nicht aus dem ausgepreßtem Zuckerrohr, sondern gleichzeitig mit dem Zuckerast gewonnen wird. Es werden nach der neuen Methode Platten und Pappen hergestellt und schon jetzt soll das Erzeugnis wegen der ausgezeichneten Isoliereigenschaften gegen Wärme und Schall den meisten anderen Erzeugnissen auf dem amerikanischen Markt überlegen sein. Die Pappen finden außerdem in der Herstellung von Möbeln, Kisten, Türen und anderen Dingen eine ausgedehnte Verwendung.

Nachdem die deutsche Holz-, Sägewerks-, Zellstoff- und Papierindustrie über sehr große Mengen Abfälle verfügt, über deren Verwertung man sich häufig schon den Kopf zerbrochen hat, wäre es wohl angebracht, auch in Deutschland die Erzeugung von Isolierplatten nach dem Muster der schwedischen oder finnländischen Fabriken zu erwägen. Die deutsche Bauindustrie, die heute schon sehr viel Isoliermaterial aus dem Ausland bezieht, würde sicher auch für die heimischen Erzeugnisse eine große Verwendung haben.

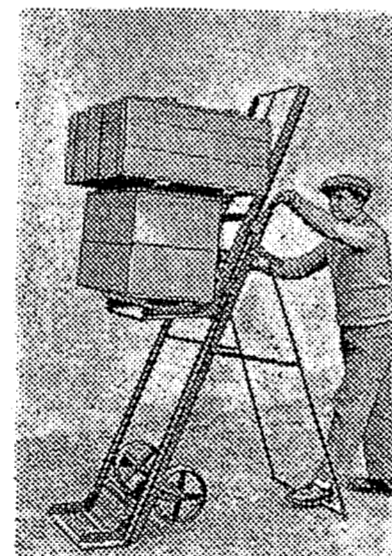
Transportkarren mit Hebevorrichtung.

Die bisher üblichen Hilfsmittel zum Transport von Materialien jeglicher Art haben den Nachteil, daß sie nur der Beförderung dienen, während das Hochheben oder das Auf- und Abladen der Last von Hand geschehen mußte. Nun hat man einen mit Hebevorrichtung ausgestatteten Transportkarren hergestellt. Das Gerät ist auf jedem Untergrund verwendbar; selbst auf schlechtem Boden ist das Fahren sicher, da der Schwerpunkt denkbar niedrig liegt. Ein einziger Mann kann mit Hilfe des Gerätes schwere Lasten heben, transportieren und wieder abladen. Das Gewicht des Karrens samt Hebeplatte beträgt etwa 55 kg. Das Gerät ist somit leichter als ein gewöhnlicher Karren und hat den Vorzug, daß es eine automatische Hebeplatte hat und zugleich zu jeglichem Transportdienst verwendbar ist.



Der erste Transportkarren mit automatischer Hebeplatte.

Das Heben und Senken der Last geschieht durch eine Plattform mit Schliffenaufzug und zwar mittels zweier Stahlbänder, die durch ein gut übersehtes Getriebe an einer Handkurbel mühelos bewegt werden. Der Schliffenaufzug ist auf Rollen und Kugeln leicht beweglich gelagert. Jedes Stahlband wird auf eine Tragfähigkeit von 1850 kg geprüft. Die allgemeine Hubhöhe beträgt 1,35 m, doch lassen sich hinsichtlich von Leistung und Hubhöhe Sonderausführungen machen. Mit dem besonderen Hebel, der sich an der Seite der Hebevorrichtung befindet, kann man mit der größten Leichtigkeit und verhältnismäßig schnell bis zu 500 kg schwere Lasten auf die gewünschte Höhe hochdrehen, wodurch das Abladen — beispielsweise auf einen Lastwagen — leicht durchführbar ist. Der Hubkarren ist verhältnismäßig leicht und läßt sich auf jedem Wagen mitnehmen.



Transportgerät mit Hubplatte.

Natursteinpflaster im Straßenbau.

Durch den neuzeitlichen Straßenbau wird das Steinpflaster, dessen Naturprodukt in Deutschland gewonnen wird, immer mehr zurückgedrängt. Wenn wir die volkswirtschaftliche Seite voranstellen, so müssen wir beobachten, daß der Lohnanteil bei Natursteinpflaster weit größer ist als bei den sogenannten neuzeitlichen Straßenbauweisen. Während das erstere größtenteils in Handarbeit durch deutsche Arbeiter erstellt wird, ist bei der letzteren Art die Maschinenarbeit vorherrschend. Das sollte bei der großen Arbeitslosigkeit zu denken geben.

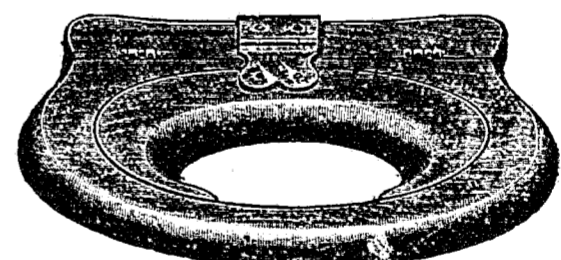
Eine soziale Forderung der Gegenwart soll die Unterbringung von überschüssigen Arbeitskräften sein. Aus diesem Grunde müßte mehr denn je bei allen Straßenbauarbeiten der Straßenbau mit Steinpflaster gefördert werden. Die Ausführung und Unterhaltung desselben ist völlig unabhängig von Witterungs- und Temperatureinflüssen, gegen Frost und Hitze gleich unempfindlich. Selbst Oberpostdirektionen mit ihren weitgehenden Autobus-erfahrungen haben sich für Kleinpflaster als verkehrssicherste Straßenbefestigungsart ausgesprochen. Die Rheinprovinz äußert sich in einer Druckschrift 1928 über Kleinpflaster u. a. wie folgt:

„Kleinpflaster hat sich bei Straßen mit schwerem Verkehr als wirtschaftliche Straßenbefestigung weiser vorzüglich bewährt. Es genügt allen Anforderungen des Verkehrs, der Witterung und der Hygiene. Auch soziale Gründe sprechen für dessen Verwendung, da der Kaufpreis in der Hauptsache aus Arbeitslöhnen besteht, die den Arbeitern in den Steinbruchbetrieben zugute kommen.“

Nach Angaben der Druckschrift kostet 1 Kilometer Teerdecke 30 000 M., 1 Kilometer Kleinsteinpflaster ist aber auch schon mit etwa 37 500 M. herzustellen. Hier ist festzustellen, daß der Preisunterschied kein allzu großer ist, wenn man die größere Unterbringungsmöglichkeit von Arbeitskräften in den Vordergrund stellt. Deshalb sollten auch wir als Bauarbeiter in der Zeit der katastrophalen Arbeitslosigkeit für den Straßenbau mit Steinpflaster eintreten. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß die Asphaltstraßen überflüssig sind, denn eigentliche Asphaltstraßen werden vor wie nach gebaut werden. s. Österr.

Bodenforschung und Bauwesen. In einem Vortrage über Wesen und Ziele der neuen Bodenforschung und Bautechnik behandelte der Statistiker Dr.-Ing. H. F. R. i. w. i. g. von der Technischen Hochschule Charlottenburg im Haus der Technik in Essen am 30. Januar dies bedeutsame Wissensgebiet, das ein Eindringen in die Eigenschaften des Erdbodens in seiner Beziehung zur Verteilung des Druckes irgendeines Bauwerkes gestattet. Schon vor langer Zeit war naturgemäß die Erforschung des Baugrundes ein wichtiges Gebiet für die Berechnung der Stützmauern, für die Art der Druckverteilung im Boden, für die Errichtung hoher Erdämme und dergleichen. Die Theorie hat hier in Verbindung mit experimentellen Forschungen in den letzten Jahren wesentliche Fortschritte gemacht, die sich auf die Plastizität, den Einfluß der Zeit und die Gleitflächen erstrecken. Die heutige Praxis hat ihre wichtigsten Probleme in der Ermittlung der zulässigen Baugrundbelastung, der Festigkeit der bindigen Böden bei verschiedenen Belastungen und Verwendungen, in der Beobachtung der Wirkung der Grundwasserflenkungen und der Erschütterungen und schließlich in den Auftriebserscheinungen. Man sucht diese Probleme heute zu lösen durch die Klassifikation der Bodenarten, durch systematische Sammlung der Erfahrungen und insbesondere durch die Untersuchung des Bodens nach den Verfahren der Materialprüfung der Technik, und zwar statisch wie dynamisch, am Bauort selbst und im Laboratorium. Beim Sand sind Körnung, Porenvolumen, Feuchtigkeitsgrad, Zusammendrückbarkeit unter statischen und dynamischen Wirkungen und bei Wasserentziehung zu prüfen; beim Ton spielen Schlämmanalyse, Konsistenz, Wassergehalt, Lösungs-, Druck- und Schubfestigkeit eine Rolle, wobei praktische Fragen der Benutzung des Tons beim Dammbau oder als Dichtungsmittel usw. auftreten. Das Gebiet der Bodenforschung hat heute in der Zeit strenger Vorschriften für die Sicherheit aller Bauwerke und für die Berücksichtigung erschwerender Umstände bei der Beanspruchung des Bodens auch durch andere Faktoren als durch das Bauwerk selbst die Aussicht einer wesentlichen Erweiterung und Anwendungsmöglichkeit und verlangt unbedingt die Aufmerksamkeit aller am Bauwesen oder an der Verwendung und Beanspruchung des Erdbodens beteiligten Kreise.

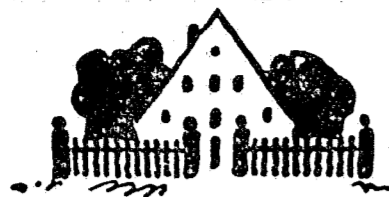
Eine praktische Neuheit. Die nachfolgend beschriebene und abgebildete Neuheit, die kürzlich auf einer hauswirtschaftlichen Ausstellung gezeigt wurde, ist ein



Klosettstuhl für Kinder.

Es ist eigentlich verwunderlich, daß noch niemand bisher auf die Idee gekommen ist, dem normalen Klosett einen kleinen aufklappbaren Extrastuhl für Kinder anzufügen, wie das Bild zeigt. Von Ärzten und Pädagogen ist dieser Mangel längst erkannt, für Schulen, Warteschulen usw. werden deshalb kleine, für Kinder passende Klosetts gebaut. Aber im Hause muß das Kind auf diese Bequemlichkeit verzichten. Das Kleinkind muß sich mit dem unhygienischen Topf behelfen, und wenn endlich die ersehnte Zeit kommt, daß das Kind „schon“ auf dem Klosett „sitzen“ kann, dann ist dieses Sitzen nur ein Hängen. Entweder werden die Gesäßbacken des Kindes viel zu weit auseinandergezogen oder das kleine Kind rückt so weit hinein, daß es in eine höchst unglückliche Stellung gerät. Diese unbequemen Umstände werden beseitigt durch Anwendung des „Hilfsklosetts für Kinder“, D.R.P. 513 314, der die normale Klosettoffnung verkleinert. Bei Benutzung des Klosetts durch Erwachsene wird der Kindersitz hochgeklappt. Durch Anschaffung dieser zeitgemäßen Erfindung (Erfinder H. Schröder, Hamburg, Dreystr. 12) verschafft sich die Mutter manche Erleichterung. Nicht nur in der elterlichen Wohnung sollte er vorhanden sein, sondern auch bei Tante und Großeltern, überall, wo kleine Gäste erwartet werden können.

Notizenkalender 1931 der Deutschen Bauzeitung. Von Professor Dr. Breuß. Verlag Bau-Stein-Verlag, Breslau 2, Frauenstraße 29. In diesem Band als Taschenbuch 4 M. Den zahlreichen Zahlen- und Wertauffstellungen folgt die Behandlung von Maßstäben und Erklärungsstellen. Der wissenschaftliche Teil gibt in seinen sieben Abschnitten reichhaltige Auskunft in Mathematik, Physik und Chemie, Statistik und Festigkeitslehre, Eisenbetonbau, Baustoffe, Bauteile und Ausführung, Baukunde. Besonders im Abschnitt 7, wo Allgemeines behandelt wird, kann der Polier, Schachmeister, Bauaufseher seine Fachkenntnisse für die Praxis ergänzen. Wegen der leicht verständlichen Schriftweise ist dieses Taschen-Buchschlagewerk jedem Aufsichtsführenden und Handwerker auf dem Bau zu empfehlen.



Unterhaltung und Wissen



Er geht an die Front!

Wir veröffentlichen heute eine heitere Szene aus dem im „Büchertreue“, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7-8 erschienenen Roman „Vorher und Hernach“ von Erich Hermann.

Andreas kam mit zum Transport, auch Friß Bruhns und Rechtsanwalt Otto Lewinger, Andreas' Nebenmann im Gliede, ein unverdrossener, immer zu Scherz und Sang aufgelegter Kamerad.

„Nun in die Kantine, marsch, marsch!“ kommandierte Lewinger. „Das muß erst ernsthaft einmal begossen werden. Wir müssen jetzt statt der Unkultur des rauhen und kümmerlichen Ostens die frommen Sitten und Gebräuche der Frontleute im weinschleppenden Frankreich annehmen! Ohne das unverbrüchliche Gelübnis unwandelbarer Waffengefährschaft ist die Zukunft eine Posaune.“

Andreas und Friß wandten ihre fragenden Gesichter dem lustigen Kameraden zu.

„Blech!“ erklärte Lewinger mit Ruhe und setzte hinzu: „Nun aber rasch! Es gibt noch allerhand zu tun: Einkleidung, Waffenempfang, Tornisterpacken, Stammtafel unter-schreiben, bei der Liebsten abmelden, sonstige Verordnungen...“

„Ich hab' keinen Sechser mehr in der Tasche. Das letzte ging gestern im Schweidnitzer Keller drauf. Als ob ich's gehaut hätte,“ gestand Friß Bruhns mit bekümmertem Gesicht ein. „Da war so ein Mädel... Augen hat die gehabt und auch sonst noch so allerhand an sich...“

„Ich habe eingeladen,“ versicherte Lewinger. „Du kommst doch mit, Andreas, du Raubschütze und Schmuggler aus dem unaussprechlichen Grenznest Honolulu...“

„Worowo!“ verbesserte sehr ernst Andreas.

„Da bist du sterblich!“ lenkte Lewinger kleinlaut ein. Sie setzten sich in der Kantine an einen Eckisch.

„Und?“ fragte der Wirt hinter der Theke. „Ehler Barkeeper!“ antwortete Lewinger mit stolzer Geste. „Wir wollen eine fürstliche Henkersmahlzeit genehmigen. Bringen Sie dreimal für fünfundzwanzig Pfennige Polnische, drei frische Semmeln, Mostsch für eine kriegsstarke Gruppe, drei saure Gurken und eine Flasche leib-



„Suerst auf die Front! Zweitens auf unsere Liebsten...“

haftigen Rüdesheimer. Für die Zecher stehe ich gerade. Wenn ich's noch einmal erlebe, bezahlt es mir der nächste Friedenssklient, der in Ehebruchssachen bei mir einzutreten wagt.“

Der Kantinier lachte hinter der Theke. Solche Freuden ausbrüche waren ihm nicht neu. Am Kriegsbeginn zeigten sie sich noch häufiger und hartnäckiger.

„Sie sehen uns doch an, was mit uns los ist?“ begann Otto Lewinger seine Fragen wieder. „He? ... Wir kommen mit drei Wochen Ausbildungszeit in die Front. Es wird ja draußen nicht mit Knallbombens geworfen, aber die Front ist noch immer besser als das Strippen auf dem Kasernenhof oder auf dem Exerzierplatz... Sprung auf! ... Marsch, marsch! Hinlegen und derartige vaterländische Verbeugungen.“

„Ich schreib' inzwischen meinem Alten,“ erklärte Friß Bruhns. „Der hat noch Siebzig mitgemacht. Oller Gewerkschafter, aber bis auf die Knochen patriotisch. Ich wetze, daß er sich heute abend ein Fläschel Haasebier extra kauft, wenn er hört, daß ich in die Front losziehe.“

„Ein guter Gedanke,“ fiel Otto Lewinger dazwischen. „Ich habe auch noch ein halbes Duzend alte Zantzen zu beschreiben. Man muß sich die Mordeln warm halten: Alles Erbanten. Sicher ist, daß sie sich die Karten eintragen lassen und auf's Nachtkästel stellen.“

Er ging zur Theke und holte einen ganzen Schwung Karten auf den Tisch. Das Schreiben begann. Andreas bedachte zuerst Meister Schirmer. Dann überlegte er lange und malte umständlich die Adresse von Lisa Rädlein auf eine zweite Karte. Zwar war das nicht das erste Lebenszeichen, das nach Tremplin flog, seitdem er den Soldatenrock trug, aber weder auf Karten noch auf Briefe war eine Antwort gekommen. Vielleicht besann sich Lisa nun, wenn sie las, daß er zur Front ging.

Otto Lewinger brannte sich eine Zigarette an und sah Andreas verschmüht lächelnd über die Schulter.

„Sieh da! Hier fängt sich eine Karte im Eisen!“ spottete er gutmütig. „Du alter Duckmäuser. In den drei

Adventgedanken.

Advent! Was können wir für uns erwarten Als höchstens Frost?! Der Schnee fällt dicht und dichter; Demnächst wird auch das „Fest der Liebe“ starten Mit Pflichtgeschenken und dem Glanz der Lichter.

Der Arbeitslosen Zahl ist sehr im Steigen, Die Meisten werden hin zum Nachweis trollen; Wird wohl das Stempelgeld zum Hasen reichen Und zu dem vorgeschrieb'nen Weihnachtsstollen?

Wo sind die Zeiten hin, da wir noch harreten, Daß sich das Brausein würd' zum Fest verzinsen. Heut wissen wir: Wir bleiben die Genarnten; Der Kindheitsglaube ging längst in die Binsen.

Doch wollen wir den Kopf nicht ganz verlieren. Es wird schon einmal wieder Frühling geben, Wo wir dann nicht mehr an den Ohren frieren Und auch der Bau erwacht zu neuem Leben!

Max Vollmann.

Wochen, die du neben mir im Gliede marschierst bist oder die du nächstens halb an meinem Soldatenbusen verbracht hast, vernahm ich nicht ein Jota von dir über eine Herz-allerliebste. Mich hast du nach Strich und Faden über alle Amouren ausgehört. Nun kommt es beim Abschied heraus: Lisa Rädlein, bei Apotheker Kriegelach in Tremplin... Gesteh's ein: Ein schmuckes, dralles Dienstmädchen? Andreas nickte.

„Du hast es hinter den Ohren, alter Junge,“ fuhr Lewinger fort. „Laß dir das von mir, einem erfahrenen Gerechtigkeitsapostel und Diener der schielenden Justitia, ruhig sagen. Aber daraus wird nichts. Du bist zu Höherem ausersehen. Es ist eine Schande, daß man dich bis jetzt in deinem Kaff hat verkommen lassen. Du hast viel zu lange im Schatten gestanden. Aus dir mach' ich noch was, wenn wir in einigen Monaten wieder heil daheim sind. Gott! Wenn ich bloß die Hälfte von dem wüßte, was du noch im Schädel hast. Mein alter Professor Wohlauer gäbe mir vor verammeltem Kriegsvolk einen Kuß. In den sonigen Friedenszeiten war sein Urteil über mich stets: Lewinger, für Sie muß ein Beruf noch erfunden werden. Sie machen alles verkehrt... Er hat sich geirrt, der gute, brave Mann! Der Beruf war schon erfunden, der für solche Befähigungen und Anlagen paßt. Ich bin Anwalt geworden... Jetzt kommt unser Stoff! Hurra!... Zuerst auf die Front! Zweitens auf unsere Liebsten, erste bis zehnte Ausgabe und zuletzt auf gute Waffengefährtschaft!“

Er goß ein. Man trank und wurde lustig. Auf die frohen Gesichter stahl sich eine schöne mollige Röte. Im Handumdrehen stand die Flasche leer auf dem Tisch. Lewinger ließ frisch anfahren. Der Kantinier schmunzelte. Solange es noch solche Feldgrauen gab, brauchten das Vaterland und ein emsiger Kantinier nicht verzagen.

Andreas suchte nach einer dritten Karte. Ihm fiel ein, daß er Jachju vergessen hatte. Der würde zwar das Geschriebene nicht lesen können, aber wozu war denn Ruhme Miska Mosch in Worowo?

„Noch eine Liebste?“ fragte Friß Bruhns. Andreas schüttelte lachend den Kopf. Er reichte die Karte zum Unterschriften den beiden Kameraden. „Die Front verschluckt mich!“ stand neben einem Gruß oben.

„Anfimm“, meinte Lewinger. „Nicht verschluckt keine Front. Du bist einer von den Jüngsten. Die müssen nach dem Kriege dem lieben, alten, guten, aber insam rückständigen und arterienverkalkten Deutschland das neue Gesicht prägen. Runter mit den Alten, Abgefakelten, den Schwägern und Leisetretern! Raus die Neuen, Jungen, Frischen, Loberfahrenen! Partei? Bleh! Selbst... hm... selbst der... oberste Kriegsherr kennt sie nicht mehr. Es ist auch nicht schade darum. Neues muß werden. Neues muß kommen. Und du, Andreas, du mußt vorn antreten. Du hast den Kopf voll guten Gedanken!... Prost!“

Wenn man nach Rußland reist.

Der Demokratische Zeitungsdienst berichtete kürzlich: Anlässlich der Jubiläumsfeiern in Moskau beabsichtigte der zur Zeit verbotene Deutsche Rotfrontkämpferbund die Entsendung einer größeren Abordnung zu den Festlichkeiten. Es wurde den Ueberwachungsbehörden bekannt, daß ein Sammeltransport von etwa 150 Personen die Reise antreten sollte, und gleichzeitig, daß für diese Delegation die Uniformen, die in Deutschland verboten sind, mitgeführt werden sollten. Die Gepäckaustieferungen in Berlin wurden überwacht und in den fraglichen Tagen ein Privatlastkraftwagen angehalten, der eine Anzahl von Kisten und Koffern ohne Bezeichnung des Absenders zur Gepäckaufgabe anfuhr. Die Stücke wurden zum Polizeipräsidium gebracht und dort in Gegenwart des Führers des Rotfrontkämpferbundes, des Reichstagsabgeordneten Leow, geöffnet.

Dabei ergab sich, daß einige größere Kisten Musikinstrumente enthielten, der Inhalt des kleineren Gepäcks aber von höchst merkwürdiger Beschaffenheit war. Er bestand zum großen Teil aus Lebensmitteln, Konserven, Kakao, Zucker und ähnlichen Dingen, zum anderen Teil aus Damenkleidern, seidnen Strümpfen, Parfüms und ähnlichem Toilettenbedarf. Diese sonderbare Reiseausrüstung der kommunistischen Abordnung läßt darauf schließen, daß man im Lager der deutschen Kommunisten den Zusicherungen über die durchaus geordneten Verhältnisse in Rußland wohl doch nicht so recht traut und die Dele-

gieren lieber gründlich verproviantiert, ehe man sie in das jublierende Moskau entläßt.

Was die gefuchten Rotfrontkämpferuniformen angeht, so äußerte sich der Abgeordnete Leow bei der Durchsuhung des Gepäcks dahin, daß für derartige Sendungen ein anderer Weg, und zwar der des diplomatischen Gepäcks, zur Verfügung stünde. Auch diese Tafsache ist nicht ohne Reiz.

Eine leider nicht erfundene Episode.

Der Autobus bringt mich aus dem „Frühlichen Weinberg“ der Volksbühne nach meinen heimatlischen Penaten. Auf der Plattform noch drei Männer. Einer von ihnen führt das Wort.

„Ja, da wer'n immer Voordnungen rausgegeben bei de Wakehrjesellschaft, aber se wer'n nich befolcht. Und warum nich? Weil se nich befolcht werden können! Und warum nich? Weil da oben 'n ehemaliger Arbeiter steht!“

Der so Bekehrte nickte sichtlich gezwungen. Doch der, der wahrscheinlich in Glückseligkeit schwelgen würde, wenn „da oben“ ein leibhaftiger Geheimrat stände, läßt nicht locker.

„An ieberhaupt, heite werd'n die Arbeiter vüle mehr jeknechtet als frieber.“

„Also, Wilhelm kehre zurück! Da die Zuhörer stur bleiben, bekennt sich der Redselige zum klassenbewußten Revolutionarismus der Unorganisierten.“

„An ieberhaupt, daran sinn de Jewerkschaften schuld, die de Arbeiter verraten. Wille Arbeiter wehlen ja Kommunisten, kehr'n aber denn 'n Kommunisten wieder 'n Rücken. Friehet, ja, da hatten de Unternehmer Angst vor de Jewerkschaften. Heite nich. Heite treiben de Jewerkschaften ihre Mitglieder zum Streikbruch. Jeberhaupt sind die unorganisierten Arbeiter heute vüle revolutionärer wie de Organisierten.“

Die anderen Beiden schweigen.

Der Redselige wendet sich dann an mich: „Nicht wa Kollege, des stimmt doch?“

„Nein, das stimmt nicht!“

„Ueber diese scharfabweisende Antwort vergeht dem redseligen Stalinanhänger einen Augenblick der Atem. Dann jagt er resigniert:



„Nicht wa Kollege, des stimmt doch?“

„Des konnt ich ma denken, weil Du 'n „Vorwärts“ in de Hand hast.“

„Soll ich vielleicht die Mottenpost lesen? Ich lese seit 30 Jahren den „Vorwärts“.“

„Nun misch' dich der Dritte ein; wendel sich gönnerhaft an mich: „Wenn du seit 30 Jahren den „Vorwärts“ liesst, denn lufte mir aber leid!“

„Ich verzichte auf Ihr Weileid!“

Diese Antwort ließ auch ihn einen Augenblick verstimmen. Dann raffte er sich zur Rettung des Ansehens der Berliner Schnauze auf und schimpfte — als ich aufsteigen mußte — mir etwas nach, was ich nicht verstand. Ich nehme aber an, daß damit nicht nur die Berliner Schnauze, sondern auch das revolutionäre unorganisierte Klassenbewußtsein derer von Moskau gereffet ist.

So sind nun einmal die Leute unter den Sowjetroten Fahnen Stalins. Sie verunglimpfen vor aller Wesentlichkeit die gewerkschaftlichen Organisationen und ihre Führer. Kraft man aber von den rot und revolutionär schillernden Redensarten der Thälmannen den sozialistischen Wortschatz herunter, dann kommt sofort das arbeiterorganisationsfeindliche Gelb zum Vorschein. Sie entsprechen dann allerdings genau den von kommunistischen Zeitungsverlegern eingekleideten Straßen-Zeitungsverkäufern, die in Berlin eine gelbe Mütze mit schmalen rotem Wollstoffrand fragen; was den plastischen Eindruck vermittelt, als hätte jemand vom Mügenkopf das Rot heruntergekrast, damit die wahre Ueberzeugung sichtbar wird. Nur unten ist ein kleiner roter Rand geblieben. Ein ebenso schönes wie wahrheitsgetreues Symbol der KPD. Ihr Kopf ist innen und außen gelb. Sehr wahr!

Anekdote aus dem ersten Jahr der Berliner Volksbühne. Wilhelm Bölsche besaß einen seidenen Regenschirm und hielt viel auf saubere Kleidung. Er galt deshalb manchem als bourgeois Gefinnung verdächtig.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt sind: das Abbruchgeschäft von August Erich, Baustelle Dynamitfabrik bei Geseffacht, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug; die Firma Wenzel Schwalb in Emden wegen Tarifbruch; die Bauausführungen von Bruno Müller, Verwaltungsdirektor Willy Kropf und Edmund Koban in Ehrenberg bei Hohnstein, Baugewerkschaft Pirna, wegen tarifwidrigen Lohnabzugs; für Deckrohrer die Firma Paul Banick in Hannover wegen Nichtanerkennung des Tariflohnes.

Stukkateure und Putzer: Die Stuckfirma Richard Liedtke in Königsberg i. Pr., ist wegen Lohnunterschieden gesperrt.

Fliesenleger: Gesperrt ist in München die Firma Norbert Berger.

Töpfer: Gesperrt sind in Hindenburg die Firma Frau Luzie und Fr. Alma Sochiera wegen Zahlungsunfähigkeit; in Oppeln die Firma Kanziara wegen Nichtanerkennung der Lohnkommission, in Halle/S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Landsberg a. d. W. die Firma Alex Kaczowski wegen Zahlung untertariflicher Löhne, in Magdeburg die Firma Zollweger & Sohn wegen Nichtzahlung des Lohnes, in München die Firma Norbert Berger wegen rückständiger Löhne, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hörnicke und Emil Böhme; in Velfen streiken in den Ofenfabriken die Hilfsarbeiter, die Ofenformer sind dabei in Mitleidenschaft gezogen.

Aus der Sozialgesetzgebung

Zur Krankenversicherung Arbeitsloser. Eine der größten und wichtigsten Notwendigkeiten für den arbeitslosen Volksgenossen ist, daß er während seiner Arbeitslosigkeit die Segnungen der Krankenversicherung genießt. Ist ihm doch dadurch wenigstens bei Erkrankung eine Sorge, nämlich die um die Erhaltung seiner Gesundheit und Arbeitskraft genommen. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz bestimmt ausdrücklich, daß jeder Arbeitslose während des Bezuges der Hauptunterstützung gegen Krankheit versichert ist. Die Kosten dieser Versicherung werden aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung bestritten. Wichtig ist es nun, daß die Versicherung nur während des Bezuges der Unterstützung geschieht. Für die Zeit, die vom Ende der Beschäftigung an bis zum Beginn der Unterstützung vergeht, besteht demnach keine Krankenversicherung. Dauert diese Frist nicht länger als drei Wochen, so hat der Arbeitslose in dieser Zeit noch entsprechend § 214 der Reichsversicherung Ansprüche an seine frühere Krankenkasse. Dieser § 214 bestimmt, daß der Anspruch eines wegen Erwerbslosigkeit aus der Kasse Ausscheidenden auf die Regelleistungen der Kasse noch innerhalb drei Wochen besteht, wenn der Versicherte vorher ein halbes Jahr oder vor Eintritt der Arbeitslosigkeit unmittelbar vorher sechs Wochen gegen Krankheit versichert war. Dauert die Zeit, die zwischen Ende der Arbeit und Beginn der Unterstützung liegt, länger als drei Wochen, so ist der Arbeitslose für die überschüssige Zeit nicht gegen Krankheit versichert. Es ist in derartigen Fällen jedem Arbeitslosen zu empfehlen, sich selbst freiwillig gegen Krankheit zu versichern. — Es mehren sich in letzter Zeit nun die Fälle, daß sich ein Arbeitsloser zwar arbeitslos meldet, aber längere Zeit (oft wochenlang) auf die Zubilligung der Unterstützung warten muß. Diese Zustände sind durch die Notverordnung bedingt, da heute mehr als je die Arbeitsämter langwierige Untersuchungen und Feststellungen darüber anstellen, ob wirklich Anspruch auf Unterstützung besteht. Nach Wochen erhält dann der Versicherte oft die Mitteilung, daß sein Antrag auf Unterstützung abgelehnt ist. Dadurch kommt natürlich auch eine Versicherung bei der Krankenkasse durch das Arbeitsamt nicht in Betracht. Geht nun der Arbeitslose dann zur Kasse, um sich als freiwilliges Mitglied aufnehmen zu lassen, so wird er auch hier oft genug abgelehnt. Es geschieht dies dann, wenn zwischen Ende der Beschäftigung und dem Tage, an dem er die Absicht der freiwilligen Weiterversicherung kundtut, mehr als drei Wochen verstrichen sind. Die Reichsversicherungsordnung bestimmt nämlich ausdrücklich, daß die freiwillige Versicherung innerhalb drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der Beschäftigung zu melden ist. Der Arbeitslose erhält dann weder Unterstützung, noch kann er sich gegen Krankheit versichern. Es ist aus diesem Grunde allen Arbeitslosen, deren Unterstützungsgewährung oder Beginn sich länger als drei Wochen hinzieht, unbedingt zu raten, sich vorläufig freiwillig bei ihrer Krankenkasse zu versichern. Erhalten sie dann später Unterstützung, fällt diese freiwillige Versicherung wieder weg.

Keine Erstattung der Kosten für aus Versehen gewährte Sachleistungen. Es kommt vor, daß den gegen Krankheit Versicherten aus Versehen über den Rahmen der in den Satzungen vorgesehenen Verpflichtungen hinaus Sachleistungen gewährt werden. Die Frage, ob den Kassen für die aus Versehen oder zuviel gewährten Sachleistungen das Rückforderungsrecht an den Versicherten zusteht, muß verneint werden. Im Kommentar von Hahn-Kühne, Handbuch der Krankenversicherung, wird zum Ausdruck gebracht, daß Sachleistungen im allgemeinen nicht wie Geldleistungen zurückgefordert werden können. Denn einmal besteht die Pflicht des Versicherten, sich ärztlich behandeln zu lassen. Er hat kein Recht, ärztliche Maßnahmen zu verweigern. Auch ist ihm eine sachliche Nachprüfung der ärztlichen Anordnungen weder zuzumuten, noch überhaupt möglich. Da der Versicherte außerdem der Krankenordnung unterliegt, handelt es sich bei den Sachleistungen nicht nur um einen Anspruch, also um ein Recht des Versicherten, sondern auch gleichzeitig um dessen Pflicht zur Erfüllung der Vorschriften der Krankenordnung und der Anordnungen des behandelnden Arztes, die durch Ordnungsstrafen erzwungen werden können. Die Sachleistungen sind also nicht einseitig ein Ausfluß des Anspruchs des Versicherten aus Kassenleistungen, sondern beruhen auch gleichzeitig auf dessen Verpflichtung zur Mitwirkung, um den im Interesse der Kasse liegenden raschen und gründlichen Heilerfolg sicherzustellen. Unter diesen Umständen kann von einem Anspruch auf Rück- erstattung des Geldwertes gewährter Sachleistungen nicht

die Rede sein. In diesem Sinne entschied nun auch das Reichsversicherungsamt in seiner Revisionsentscheidung vom 27. Juni 1930 (3827 Amtl. Nachr. S. 376). Sind also einem Versicherten grundlos zuviel Sachleistungen gewährt worden, dann braucht dieser trotzdem nicht diese Leistungen in Geldwert zurückzuerstatten.

Keine Sperrfrist mehr bei Aufgabe der Arbeit zum Zwecke eines Schulbesuches. Entsprechend § 93 Abs. 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat der Verwaltungsrat der Reichsanstalt unter Zustimmung des Reichsarbeitsministers am 5. November 1930 einige schon längst notwendige Richtlinien erlassen, wonach über einen Versicherten, der seine Arbeitsstelle wegen Schulbesuches freiwillig aufgegeben hat, keine Sperrfrist mehr zu verhängen ist, wenn es sich um einen geregelten Ausbildungsgang oder beruflichen oder volkswirtschaftlichen Schulung handelt. Von der Verhängung einer Sperrfrist nach Beendigung der Schulung ist abzusehen, wenn a) der Ausbildungsgang nach seinem Lehr- und Stundenplan die Erhöhung der Verwendbarkeit des Versicherten auf dem Arbeitsmarkt oder eine Vermehrung seiner allgemeinen staatsbürgerlichen Kenntnisse gewährleistet und b) durch entsprechende Bescheinigung des Leiters des Ausbildungsganges der Nachweis eines regelmäßigen Besuches des Ausbildungsganges erbracht wird und c) der Ausbildungsgang erweislich bis zum Abschluß besetzt worden ist. — Von dem Nachweis eines abschließenden Besuches des Ausbildungsganges kann abgesehen werden, wenn der Versicherte durch eine Bescheinigung des Leiters des Ausbildungsganges nachweist, daß er trotz längerer regelmäßiger Teilnahme an der Ausbildung das Ziel des Ausbildungsganges wegen Veränderung in seinen persönlichen Verhältnissen oder wegen mangelnder Beschäftigung nicht erreichen konnte und deshalb den Besuch ohne sein Verschulden vorzeitig beenden mußte. — Die Entscheidung darüber, ob ein geregelter Ausbildungsvorgang zur beruflichen oder volkswirtschaftlichen Schulung vorliegt, darf in keinem Fall von der weltanschaulichen oder politischen

Das Bauwerk

ist das fachwissenschaftliche Organ des Deutschen Bauwerksbundes.

Werbt eifrig Bezieher!

Einstellung des Ausbildungsganges oder der Teilnehmer abhängig gemacht werden. Also über die Besucher der Wirtschaftsschulen und ähnlicher Kurse kann, wenn sie sich nach dem Besuch arbeitslos melden, keine Sperrfrist verhängt werden; ihnen ist vielmehr nach der Zurücklegung der üblichen Wartezeit die Arbeitslosenunterstützung zu gewähren. Die Richtlinien bestimmen weiter, daß, wenn ein Versicherte seine Arbeitsstelle deshalb freiwillig aufgegeben hat, weil sonst der Unternehmer ihn aus einem von dem Verhalten des Versicherten unabhängigen Grunde gekündigt hätte, ebenfalls von der Verhängung der Sperrfrist abzusehen ist, wenn der Versicherte nach Aufgabe der Arbeitsstelle arbeitslos bleibt. Die Richtlinien sind mit dem 1. November in Kraft getreten. Aber auch in den Fällen, in denen der geregelte Ausbildungsgang am 31. Juli 1930 oder später beendet worden ist, ist noch nachträglich von der Verhängung einer Sperrfrist abzusehen. Eine bereits verhängte Sperrfrist ist aufzuheben.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Nürnberg. (Konferenz am 16. November in Rördlingen.) Bezirksleiter Merkel begrüßte zunächst die Anwesenden und bedauerte, daß die Dettlinger Kollegen trotz zweimaliger Einladung nicht erschienen sind. Zu dem Thema: „Die Wirtschaftslage und die Notverordnungen und ihre Folgen für die Bauarbeiter“ erklärte er, daß auch das Notprogramm die Krise nicht beheben könne. Die Ausgaben für Unterstützungen im Bunde waren im ersten halben Jahr höher als die Einnahmen. Sodann behandelte er das Lohn- und Tarifabkommen, das im März 1931 abläuft. Merkel forderte zum Schluß auf, stets die Lichtbildervorträge, die viel zur geistigen und technischen Aufklärung beitragen können, zu besuchen. Auch an ihrer Ausbildung als Funktionäre sollten die Kollegen arbeiten, um im Kreise ihrer Kollegen aufklärend wirken zu können. — Nach dem Vortrag wurden noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen und hierzu sachlich Stellung genommen. In seinem Schlußwort verwies Kollege Merkel auf die politische Lage: Nur eine einzige, geschlossene Arbeiterkraft kann das erreichen, was in sozialer Hinsicht noch erreicht werden muß!

Aus den Bauwerkstätten

Auerbach-Reichenbach/Vgl. Nachdem der Geschäftsführer unserer Bauwerkstätte, Kollege Gräßer, zum Reichsfachgruppenobmann der Glaser gewählt worden war, griffen die Bauwerkstätten Auerbach und Reichenbach/Vgl. den alten Gedanken einer Verschmelzung der beiden Bauwerkstätten erneut auf. Im Beisein unseres Bezirksleiters, des Kollegen Richter, wurden die Vorarbeiten hierzu erledigt. Am 30. November trafen dann die Vertreter von Auerbach und Reichenbach zunächst in getrennten Vertreterversammlungen in Auerbach zusammen, um die letzten Vorbereitungen zu einer einseitigen 2219 Mitglieder zählenden Bauwerkstätte zu schaffen. Der Zusammenlegung der beiden Bauwerkstätten stimmten die Vertreter von Auerbach einstimmig zu, während die Vertreter von Reichenbach gegen eine Stimme die Verschmelzung gutheißten. Anschließend tagte dann eine gemeinsame außerordentliche Vertreterversammlung der beiden Bauwerkstätten. Unter Leitung der Kollegen Gräßer, Berlin, und Vogel, Reichenbach, wurde die von der Bezirksleitung ausgearbeitete Ortsfassung beraten und mit geringen Änderungen einstimmig angenommen. Otto Treibmann, Reichenbach/Vgl., wurde als Vorsitzender, Engelbert Häring, Falkenstein, als sein Vertreter, Franz

Vogel, Auerbach, als Geschäftsführer und Kassierer gewählt. Auch die übrigen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig gewählt. Die neue Bauwerkstätte führt den Namen Bauwerkstätte Auerbach/Vgl. mit dem Sitz in Auerbach/Vgl., Kaiserstraße 19.

Gelsenkirchen. (Entscheidung.) Die am 16. November abgehaltene Mitgliederversammlung erkennt an, daß die Krisenfürsorge nunmehr auch auf die Bauarbeiter ausgedehnt worden ist. Mit großem Bestreben nimmt sie aber Kenntnis von der ungeheuren Verschlechterung der Krisenfürsorge. Trotz verschiedener Erhöhung der Beiträge sind die Unterstufungsbeträge wesentlich gesenkt und zwar so, daß sie fast allgemein unter den Richtsätzen der Wohlfahrtsämter liegen. Die Bauarbeiter haben seit langem die Einführung der Krisenunterstützung gefordert in der Erwartung, daß an dem bisherigen Bestand nichts verschlechtert, sondern verbessert wird. Die jegige Regelung spricht jedem Gerechtigkeitsgefühl Hohn, weil der größte Teil der Bauarbeiter auch jetzt nicht in den Genuß der Krisenfürsorge kommt. Wir erwarten den besseren Ausbau der Krisenunterstützung!

Königsberg i. Pr. (Emil Duddetot.) Am 3. Dezember verschied nach kurzem schwerem Leiden unser Kollege Duddetot, der sich besondere Verdienste um die Bauarbeiterorganisation in Königsberg i. Pr. erworben hat. Daß der Zentralverband der Maurer in Königsberg im Jahre 1900 gegründet werden konnte, war mit ein hervorragendes Verdienst unseres jetzt toten Kämpen. Infolge eines Unfalles war unser Emil in letzter Zeit gebrechlich, so daß er einer Beschäftigung nicht nachgehen konnte, jedoch hat er bis zuletzt mit ganzem Herzen die Fortentwicklung des von ihm miterbauten Werkes — die Bauwerkstätte Königsberg i. Pr. — mitgefördert und begrüßt. Wir verlieren in unserem Kollegen Duddetot einen treuen, aufrechten und unerschrockenen Kollegen. Sein Andenken lebt bei allen fort, die ihn persönlich kennen und schätzen lernten. Die Bauwerkstätte Königsberg wird stets sein Andenken ehren!

Reiße. Am 29. November feierte unsere Bauwerkstätte, bei gemühtlichem Beisammensein mit Damen, das Jubiläum von 12 Kollegen, die auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Es war ein erhebender Augenblick, als von unserm Jablonki den Jubilaren die Ehrenurkunde des Bundes überreicht wurde. Die Bauwerkstätte hatte für eine schöne Feier gesorgt. Unser Vorsitzender feierte die Jubilare in längerer Rede und beglückwünschte sie im Namen des Bundes. Auch begrüßte er besonders die Frauen der Jubilare, denen er dafür dankte, daß auch sie ein gut Teil dazu beigetragen haben, dem Bund die Treue zu halten. — Ein Längchen beschloß die schöne Feier, die vor allem von den jüngeren Kollegen beherzigt werden soll, damit auch sie einmal in die Reihe der Jubilare kommen. Dank auch unserm Jablonki, der keine Mühe scheute, um den Kollegen und ihren Frauen einen gemühtlichen Abend zu bereiten. Dazu zum Preisabbau: Zwei Wellwürste mit Brot 1,10 M. . . !!

Reutlingen. In unserer Bauwerkstätte hielt Kollege Githner, Urm, eine Reihe von Filmvorträgen. Der Besuch war durchweg gut. Das Vorgebotene wurde mit Interesse verfolgt. Der Film „Unser Jungvolk studiert“ wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Beim Film „Der Bau der Zugspitzbahn“ konnte man neben den herrlichen Alpenbildern aus dem Gezeigten auch sehen, welche hohen Anforderungen an die Arbeiter gestellt wurden. Githner gab noch besonders Aufklärung über die Bauarbeiten, die unter der schwierigsten Verhältnissen ausgeführt werden mußten, und gedachte dabei auch der tödlichen Opfer, die die Baustelle forderte. — Am 23. November wurden die Filme in Tübingen vor vollbesetztem Hause vorgeführt. Mit der Filmvorträge konnten wir die Gedanken unserer Bewegung erneut den Mitgliedern und deren Frauen und ihren Angehörigen nahebringen. Auch in Rübgarten und Gomaringen wurden die Filme gezeigt. Insgesamt wurden acht Vorführungen veranstaltet, und zwar in Hageloch, Hülben, Pliezhäusen, Sondelfingen, Tübingen, Rübgarten, Pfrendorf und Gomaringen. In Pliezhäusen und Sondelfingen hätte der Besuch besser sein müssen. Durchweg kam zum Ausdruck, daß wir bald wieder mit derartigen Vorführungen kommen sollen.

Weißenfels. Am 3. Dezember hielt unsere Bauwerkstätte eine Mitgliederversammlung ab. Der Wiederaufbau unserer Bauwerkstätte fand seinen besonderen Ausdruck in dem außergewöhnlich starken Besuch der Versammlung. Kollege Stephan gab den Geschäftsbericht. Er mahnte die Kollegen, die Bestimmungen des Tarifvertrages einzuhalten, behandelte den Bauarbeiterstreik, verwies die Kollegen darauf, daß die Arbeitszeit weiter verkürzt werden muß, ging auf unsere Jugendbewegung ein und forderte die Kollegen auf der Baustelle auf, sich unserer Jugendkollegen anzunehmen, sie unserem Bund und unseren Bauabenden zuzuführen. Vor allem sei es notwendig, der untertariflichen Bezahlung mit allen nur zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. In letzter Zeit mußten sehr viele Klagen vor den Arbeitsgerichten, der Schlichtungskommission, vor den verschiedenen Spruchkammern und den Versicherungsämtern ausgetragen werden. Eine Klage, betreffend Abbrucharbeiten gegen die Firma Schweigel, ist vom Arbeitsgericht abgewiesen worden, jedoch wurde Berufung zugelassen. Die übrigen Klagen und Streitigkeiten waren von Erfolg. Erwähnt seien die Erfolge in der Klage gegen Suth mit über 309 M., gegen Kaiser, Gosek mit 275 M. und gegen die Ortskrankenkasse Merseburg, betreffend den Kollegen Albin Winnemund, mit 160 M. Der Wiederaufbau der Bauwerkstätte hat weitere Fortschritte gemacht. Auch der Mitgliederbestand ist durch Neuaufnahmen, Uebertritte aus anderen Verbänden weiter gestiegen. Ebenfalls sind wieder Kollegen von der „Opposition“ zu uns übergetreten. Zu erwähnen ist noch, daß künftig weder Fröhner, noch irgendein anderer Beauftragter der „Opposition“ als Prozeßvertreter vor dem Arbeitsgericht zugelassen wird. Ein Artikel in Nr. 265 des „Klassenkampfes“ trift zunächst nochmals den Fall Schwarz bei der Dewag auf, um im weiteren wegen der Nichtanerkennung vor dem Arbeitsgericht nicht bloß gegen den Angestellten, sondern auch gegen unsere Mitglieder Stellung zu nehmen um ihnen den härtesten Kampf anzukündigen. — In der Aussprache ergänzte Kollege Koch, Maadeburg, die Ausführungen über die wirtschaftliche und politische Lage. Die sehr ausgiebige Aussprache ergab, daß unsere Kollegen mit der Tätigkeit des Kollegen Stephan zufrieden sind. Ihm wurde das Vertrauen ausgesprochen.

Aus den Fachgruppen X

Glaser.

Leipzig. Am 22. November hielt unsere Fachgruppe ihre Monatsversammlung ab. Der Obmann berichtete über die Betriebsversammlung bei der Firma Degner. Es wurde dort beschlossen, das Anfinnen der Firma Degner zurückzuweisen und nicht im Prämienystem zu arbeiten, sondern im Stundenlohn und nach dem Tarifvertrag. Die Kollegen aus diesem Betriebe werden nochmals aufgefordert, nicht nach dem Minutenystem zu arbeiten; nur die tariflichen Abmachungen haben Gültigkeit. Die Handlungsweise der Firma Degner wurde verurteilt. Besonders bei Vergabe von Arbeiten aus Arbeiterinstituten sollten solche Firmen, die die tariflichen Abmachungen nicht einhalten, nicht mit Aufträgen bedacht werden. Ein diesbezüglicher Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. — Die am 27. Dezember fällige Versammlung fällt wegen des Weihnachtstages aus. Die nächste Gruppenversammlung wird am 24. Januar 1931 abgehalten. In dieser spricht unser Reichsfachgruppenobmann, Kollege Clemens Gräfer, über die Aufgaben der Fachgruppen. Sorgt für einen guten Besuch dieser Versammlung!

Zeitz. In unserer letzten Versammlung sprach Kollege Leipzig, Dresden, über den verflochtenen Verbandstag und ging dann über zu unserem Bezirksarif. Dabei konnte er feststellen, daß in Sachen Lohnunterbietungen vorgekommen sind. In der Aussprache kam zum Ausdruck, den Bezirksarif in allen Bestimmungen hochzuhalten und an seinem weiteren Ausbau zu arbeiten. — Allgemeine Anerkennung fand die vom Kollegen Leipzig gezeigte Lichtbildserie für unseren Beruf. Diese soll in nächster Zeit den Kollegen gezeigt werden. Kollege R o d a t s c h e l berichtete von der letzten Vertreterversammlung. Danach sind bis jetzt 30 % Verwaltungsbeitrag von unterstützungsberechtigten Kollegen zu erheben. — Obwohl die Lehrlinge und alle Kollegen zu dieser Verhandlung schriftlich eingeladen sind, muß immer wieder das Fehlen der jungen Kollegen festgestellt werden. In jedem zweiten Sonnabend im Monat ist eine Versammlung im Restaurant Wegner, abends 7½ Uhr. Junggefellern, kommt und holt euch Aufklärung!

Töpfer und Fliesenleger.

Bochum. (Fliesenleger.) Unser Fachgruppenobmann erhielt dieser Tage von einem Mitglied des Christlichen Bauarbeiterverbandes folgenden, vom 21. November datierten, für sich selbst sprechenden Brief: „Werter Kollege! Wie Du schon wissen wirst, wird in Alteneßen eine große Plattenarbeit ausgeführt im Konsumverein Wohlfahrt von der Baugenossenschaft Genobau, Bochum-Essen. Es arbeiten dort 5 Kollegen von unserer christlichen Sektion mit Namen Josef Klein, vom Genobau als Schieber (Schwager des ersten Kassierers und Buchhalters) Johann Schröder (Bruder unseres Angestellten in Bochum), Heinrich Rose, Georg Jehn und Kollege Schönehl, alles noch junge Anfänger in unserer Sektion. Die Sache scheint dort nicht zu stimmen, die Kollegen verlangen den Tarif nicht. Ich habe vor 6 Wochen auch im Genobau gearbeitet mit den Kollegen, bin Genosse und Gründer mit, ich habe 2 Tage streiken müssen, um den Tarif zu bekommen. Die Firma Genobau wollte die Nebenpositionen nicht bezahlen; trotzdem wir die Sache schriftlich hatten, daß nach Tarif gearbeitet wird, meinten die Kollegen Klein und Schröder, man müßte es in unseren Betrieben nicht so genau nehmen, sie wollten für Schmiegen, für 2mal anlegen der Flur- und Wandplatten unter 1½ qm und Feriengeld nicht bezahlt haben und sind auch nicht bezahlt worden. Ich habe nach meiner Aufstellung, die ich für mich gemacht habe (eine Abrechnung hat keiner bekommen), noch 57,24 M zu bekommen und habe unseren Angestellten aufgefordert, meine Forderung einzuklagen. Ich habe diese Sache in unserer Monatsversammlung zur Sprache gebracht und sämtliche andere Mißstände vom Genobau vorgebracht, deshalb werde ich als Mitglied nicht wieder eingestellt und unser Angestellter Richard Schröder kümmert sich nicht darum. Die beiden Kollegen Klein und Rose haben in der letzten Zeit von einem Geschäft ins andere Geschäft springen können und zu gleicher Zeit für Doppelfirmen gearbeitet. Da die Arbeit in deiner Nähe liegt, bitte ich dich, die Sache mal näher zu untersuchen, da es doch in unserem Interesse liegt, daß der Tarif hochgehalten wird und die Arbeit liegt ja auch in eurem Tarifgebiet. Ich weiß die Adresse nicht von unserem Vorstehenden in Essen, darum bitte ich dich, lieber Kollege, berichte unserem Vorstehenden in Essen über die Sache und teile mir über den Verlauf der Sache mit. Mit kolleg. Gruß Albert Voß, Bochum, Könsstr. 11.“

Nürnberg. Der am 31. März 1930 abgelaufene Tarifvertrag für das Fliesengewerbe vom 12. Juli 1928 nebst Nachtrag I vom 23. September 1929 ist mit Wirkung vom 30. September 1930 an mit Zustimmung beider Parteien auf ein weiteres Jahr, also bis 30. September 1931 unverändert verlängert worden. Wegen des Lohnabkommens kann nach den vertraglichen Bestimmungen (§ 4 Abs. 6 des Teiles A) gehandelt werden.

Vom Bau

Standgerüste. Seit April d. J. sind von der Bauberufsgenossenschaft einheitliche Unfallverhütungsvorschriften für das gesamte Reichsgebiet herausgegeben. Eine wichtige Bestimmung darin ist der § 46. Er besagt, daß an allen Bauten über 7 Meter Höhe Standgerüste gestellt werden müssen. Die Durchfuhr dieser Bestimmung ist im engeren Industriegebiet Nordwestdeutschlands ein besonderes Problem. Bisher war es hier nicht üblich, daß Standgerüste gestellt wurden. Die Zweckmäßigkeit dieser Vorschrift ist jedem Einsichtigen einleuchtend. Aber in der Art der Anwendung liegt eine große Gefahrenquelle für die ausführenden Arbeiter. Es wird im § 46 ausdrücklich gesagt, daß die Gerüste fortlaufend mit hochzuführen sind. Leider machen die Unternehmer in dieser Richtung allerlei Umgebungsversuche. An den meisten Bauten werden Standgerüste erst angebracht, wenn die Umfassungswände eine Höhe von 7 Meter erreicht haben. Wenn dann der Bau wieder zwei Geschosse höhergeführt ist, wird wieder ein Gerüst angebracht, das gleichzeitig zum Schutze für die Dacharbeiter

dient. Man bedenke, wie schwierig und gefährlich das Aufstellen eines Standgerüsts in 7 Meter Höhe ist. Die Streichstange wird von der Leiter aus befestigt, auch die Sebel werden von der Leiter aus aufgelegt. So haben wir uns die Anwendung des § 46 wahrhaftig nicht gedacht! Soll diese Vorschrift wirklich ihrem Zweck dienen, so muß das Standgerüst von unten hochgeführt und dauernd mitgenommen werden. Wie schwer und gefährlich die Errichtung von Standgerüsten in 7 Meter Höhe ist, wird jeder Kollege bestätigen können. Um diesem Uebel abzuwehren, wäre unbedingt notwendig, daß die berufenen Stellen Vorschriften oder Verordnungen erlassen, die sich mit den Bestimmungen der Bauberufsgenossenschaft decken. Unsere Polizeiverordnungen bieten leider keine Handhabe, um solchen Fregel zu unterbinden. Und die Aufsichtspersonen der Berufsgenossenschaft legen leider ihre Befugnisse nicht mit der nötigen Energie durch. Es wäre angebracht, die polizeilichen Vorschriften für Preußen ähnlich wie im Freistaat Sachsen zumindest provinzial einheitlich zu gestalten. Dahin zielende Bestrebungen sind allerdings im Gange, nur scheint bis zur Verwirklichung ein weiter Weg zu sein. Bereits seit dem Frühjahr warten wir darauf. Währenddessen müssen wir ohnmächtig zusehen, wie an Leben und Gesundheit der Arbeiter gesündigt wird. Es ist ein Gebot der Stunde, schleunigst dafür zu sorgen, daß die neuen Polizeivorschriften baldigt herausgegeben werden. Sie müssen sich decken mit den Vorschriften der Bauberufsgenossenschaft. Dann werden sie von Vorteil sein für alle, zu deren Schutze sie erlassen sind!

Rari Dahms, Baufontrollleur, Dortmund.

Güstrow. (Baufontrolle im 4. Vierteljahr.) Kontrolliert wurden 39 Baustellen. Davon waren 19 Neubauten, 4 Durchbauten und 16 Reparaturstellen. Alle Neubauten und Durchbauten waren versehen mit Verbandkräften, Bau- und Materialbuden, Aborten und Döfen. Die Unfallver-



KOLLEGE!
MUSST DU ERST DURCH
WIRTSCHAFTLICHE NOT
ZUR ERKENNTNIS DES
WERTES EINER STAR-
KEN ORGANISATION
GELANGEN?

hütungsvorschriften hingen überall sichtbar aus. Die Güstrower Bauarbeiter-Schutzkommission kontrolliert ihre Baustellen regelmäßig, sie kann mit Recht sagen: Es ist alles in Ordnung. Kleine Mängel finden sich immer, wurde jedoch darauf hingewiesen, so ist sofort Abhilfe geschaffen worden. Unfälle waren im 4. Vierteljahr 3 zu verzeichnen, sie hatten jedesmal Arbeitsunfähigkeit zur Folge. Leider werden die Unfälle der Kommission nicht gemeldet und eine spätere Prüfung ergibt kein klares Ergebnis. Deshalb ersucht die Bauarbeiter-Schutzkommission alle Kollegen, besonders die Baudelegierten, Unfälle sofort zu melden. Wenn alle Kollegen ihre Pflicht erfüllen, dient dies der guten Sache.

Köln. (Baufontrolle.) Die vielen und groben Mißstände, die wiederum bei dieser Kontrolle festgestellt wurden, veranlassen die Bauarbeiter-Schutzkommission, die in Betracht kommenden Behörden, Unternehmer, Bauauftraggeber erneut auf die Mißstände hinzuweisen. Trotz der vorgeschriebenen Jahreszeit fehlte bei einem Teil der Neubauten der Ofen. Was dies bei der kalten und nassen Witterung für die Arbeiter, die in diesen Räumen sich um- und ankleiden und ihr Essen einnehmen, bedeutet, mögen sich oben genannte Stellen einmal überlegen. Die Unfallverhütungsvorschriften der Rheinisch-Westfälischen Bauberufsgenossenschaft, die am 1. Januar d. J. in Kraft traten, werden nicht beachtet. Sie sind auf vielen Arbeitsplätzen nicht ausgehängt. Ferner fehlen hier und dort die Fenster oder es sind nur noch Fragmente vorhanden. Der Verbandkasten wird vernachlässigt. Sein Inhalt ist nicht vollständig oder mangelhaft. Oft ist er überhaupt nicht vorhanden. Der Leiterring ist auf vielen Baustellen sehr schlecht. Als Zugang zum Leiterring dient sehr oft nur eine Diele, über die der Bauarbeiter mit seiner Last hinüber balanciert. An den Podestgerüsten fehlen die Umwehungen. In halbfertigen Treppenhäusern fehlen die Schutzgeländer. Auf den Bauten, wo Böcke zum Rüsten verwendet werden, wird mitunter der Mittelbock vergessen. Die Balkenlagen, auf denen gearbeitet wird, sind mangelhaft abgedeckt. Besonders trifft dies bei Dachdeckerarbeiten zu, wo die Dachziegel aufgestapelt werden. Ueberhaupt läßt der Schutz bei Dachdeckerarbeiten sehr viel zu wünschen übrig. Die äußeren Standgerüste machen den Unternehmern recht viel Schmerzen. Sie glauben mit ein paar Söllern, die von innen herausgezogen und mit Schalbretern abgedeckt werden, den Anforderungen des Bauarbeiter-Schutzes Genüge geleistet zu haben. Es kommt ihnen auch nicht darauf an, wenn dies in einer Höhe über 7 Meter

hinaus geschieht. Das größte Uebel aber ist, daß dort, wo Verpufer, Fliesenleger, Ofenleger, Schreiner usw. ihre Arbeiten ausführen und die Fenster vom 1. Oktober an verglast oder sonst abgedichtet sein müssen, in 80 % der Fälle dies nicht geschieht. Ferner mangelt es sehr stark an den Schutzvorrichtungen bei Maschinen sowie bei Aufzügen. Vorstehende Werten ohne Schutzkappen, Schwungräder ohne Riemenschutz sind an der Tagesordnung. Auch die Absperrung am Aufzug wird meist „vergessen“. Das Material lagert dicht unter dem Aufzug. — Da in diesem Jahre in unserm Lohngebiet bereits sieben tödliche sowie ein halbes Hundert schwere und leichte Unfälle vorgekommen sind, richten wir erneut den Appell an alle Stellen, nunmehr die Unfallverhütungsvorschriften genauestens zu beachten. Mit den Unfällen, verursacht durch gefahrvolles Verhalten der Unternehmer, muß es nun endlich aufhören!

Allgemeine Rundschau

Polierbund. Der Polierbund versucht in Nummer 49 seiner Zeitung die von uns in Nr. 46 des „Grundstein“ niedriger gehängte „Propaganda“ für die Bauhütten durch erneute Anrempelungen zu rechtfertigen. Bedauerlicherweise merkt er nicht, wie sehr er sich dabei von den Grundsätzen freigewerkschaftlicher Spitzenorganisation und von wirklicher Förderung der Gemeinwirtschaft entfernt. Ein hoffnungsloser Fall!

Nazis und Gewerkschaften. Wer immer noch nicht weiß, was er von den Nazis zu halten hat, kann es aus Heft 10 der „Nationalsozialistischen Briefe“ ersehen, in denen sich der Führer der judendeutschen Nationalsozialisten, Dr. Krebs, über das Thema „Partei und Gewerkschaften“ äußert. In diesem Aufsatz heißt es: „Jeder Mann und jeder Pfennig gehören in die staatliche Angriffsfront. Wir haben keine sozialen Reformen durchzuführen, weder Häuser zu bauen, noch Volkspreise einzurichten. Unser soziales Eramen haben wir erst nach der Machtergreifung abzulegen. . . Mit unzähligen Arbeitslosen kann man auf die Dauer nicht kämpfen. Aber alles dieses darf eben nur Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck sein. Damit ist unsere Stellung zu den Gewerkschaften klar gekennzeichnet. . . Soweit wir zur Führung unseres staatspolitischen Kampfes gewerkschaftlicher Etappenunterstützung bedürfen, müssen wir versuchen, mit den christlich-nationalen Gewerkschaften und dem DSW zu einem Modus vivendi (erträglichen Nebeneinanderleben) zu kommen.“ Die sozialpolitische Arbeit, mit der die Nazis so gern auf Stimmenfang ausgehen, wird also bis nach der Machtergreifung verlagert. Solange sind die Arbeitslosen und ihre Not „Mittel zum Zweck“! Wahrlich eine Politik auf lange Sicht! Mit den christlich-nationalen Gewerkschaften und dem DSW wollen sich die Herren Nazis vertragen. Wir gratulieren zur „Waffenbrüderschaft“. Es fragt sich nur, ob die anderen den Nazi-Blödsinn mitmachen wollen.

Bauf Wohnungen! Bekanntlich bringt das Brünning-Programm mit der Kürzung der Hauszinsfeuerüberweisungen von 800 auf 400 Millionen eine beinahe an Droßelung grenzende Einschränkung des Wohnungsbaus. Nach Berechnungen der Fachkreise dürfte künftig höchstens mit einem jährlichen Zugang von 100—125 000 Neubauwohnungen zu rechnen sein. Die so notwendige Ankerbelugung des Wirtschaftslebens vom Baumarkt her, wofür an sich gegenwärtig infolge der sinkenden Materialpreise die Möglichkeit gegeben wäre, wurde ins Gegenteil verkehrt. Wie falsch die im Regierungsprogramm entwickelte Wohnungspolitik ist, wird ersichtlich, wenn die künftige Entwicklung des Wohnbedarfs in Rechnung gestellt wird. In der „Wirtschaftskurve“ (Heft 3, 1930) behandelt Ernst K a h n die Bevölkerungsbewegung unter dem Gesichtspunkt des Bau- und Wohnungsmarktes. Für das Jahrzehnt 1930/39 berechnet Kahn einen Wohnungsbedarf von 3,9 Millionen Wohnungen gegenüber der amtlichen Schätzung von 3,6 Millionen. Der objektive Wohnungsbedarf würde also für diese Zeit zwischen 360—390 000 Wohnungen im Jahre liegen. Der Schätzung wurde zugrunde gelegt, daß neben den bisher noch Wohnungslosen und den Neuverheirateten auch jene untergebracht werden müssen, die zurzeit in baufälligen und in überfüllten Wohnungen wohnen, und daß darüber hinaus eine Wohnzweckreserve zu schaffen sei. Denn auch die Bildung einer Wohnzweckreserve ist notwendig, da allein dadurch eine Freizügigkeit der Arbeitskräfte gewährleistet wird, was um so wünschenswerter und notwendiger ist, als die Rationalisierung häufig örtliche Umschichtungen und Anpassungen erforderlich macht, die nur bei Vorhandensein einer gewissen Wohnzweckreserve (vor dem Kriege 2 % aller Wohnungen) möglich sind. Auch die Tatsache, daß für spätere Zeiten mit der Auswirkung des Geburtenrückgangs ein Nachlassen des Wohnungsbedarfs zu erwarten ist, kann die Notwendigkeit des Wohnungsbaus nicht aus der Welt schaffen. Einmal wird auch in den Jahrzehnten 1940 bis 1960 ein zwar verringerter, aber doch erheblicher Wohnungsbedarf vorhanden sein (von 1940 bis 1950 jährlich etwa 120 000 Wohnungen), darüber hinaus dürfte dann die Zeit gekommen sein, wo wir daran denken müssen, in großzügiger Weise durch Altstadtsanierungen, Beseitigung von Kellerwohnungen und sonstigen unsanitären Behausungen eine Wohnungsreform vorzunehmen, deren Kosten durch ein Ansteigen der Volksgesundheit und Arbeitsfähigkeit wettgemacht werden würden.

Frankreich-Guthaben ehemaliger Kriegsgefangener. Die Auszahlung der Frankreich-Guthaben an ehemalige Kriegsgefangene, soweit sie den Betrag von 10 M erreichen, ist gegenwärtig im Gange. Die Auszahlung wird nach den amtlichen Mitteilungen eine Reihe von Monaten in Anspruch nehmen. Erst nach Beendigung dieser Auszahlung wird der einzelne Gewißheit haben können, ob er in den Besitz des ihm zustehenden Guthabens gelangt ist. Die ehemaligen Kriegsgefangenen, denen die Auszahlung eines in Frankreich erworbenen Guthabens vorenthalten wird, sollen, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten usw. mitteilt, auch nach einer Entscheidung des Reichsfinanzministers künftig keine Abfindung erhalten, weil die an sich sehr niedrigen Beträge der Hindenburg-Spende zufließen und auf diesem Wege Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsgefangenen zugute kommen sollen. Gewiß ein schlechter Trost für die ehemaligen Kriegsgefangenen, die durch harte Arbeit unter fürchterlichen Verhältnissen einige Reichsmark Guthaben erworben haben.

Abrechnung des Deutschen Baugewerksbundes über das 3. Quartal 1930.

Table with columns for Einnahmen (Contributions, Membership fees, etc.) and Ausgaben (Administrative costs, Printing, etc.). Total revenue: 4,192,581.23 M; Total expenses: 3,144,459.62 M.

Mag Giebler, Kassierer.

Berlin, 6. Dezember 1930.

Vorliegender Rechnungsabschluss ist von uns revidiert und mit den Kassendebiten und Belegen übereinstimmend befunden.

Die Revisoren: C. Hellmuth, Philipp Werner, Aug. Warfenberg, Wilh. Falz.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Beitragsleistung für Wochen der Arbeitslosigkeit unfaktisch! In letzter Zeit geben beim Bundesvorstand Mitgliedsbücher ein, in denen Freimarken oder Verwaltungsbeitragsmarken mit Beitragsmarken überklebt worden sind.

berechtigt sind. Der Bundesvorstand macht die Mitglieder darauf aufmerksam, daß dieser Beschluß, der seit Einführung der Erwerbslosenunterstützung Geltung hat, nunmehr auch in der Bundesfassung (§ 27 Ziffer 1 Abs. 2), die mit dem 1. Januar 1931 in Kraft tritt, Aufnahme gefunden hat.

Ausgeschlossen wurden entsprechend § 16 Ziffer 2 der Bundesfassung vom Bundesvorstand: Engelberth Kopp, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Neue Erzegeb., geb. 3. September 1892 in Böhmen, eingetr. 2. März 1919; Wilhelm Beufel, Eisenschleifer, Baugewerkschaft Dortmund, geb. 18. Juni 1897 zu Deutsch-Haufe, eingetr. 12. März 1922 (267 865); Emil Friescher, Maurer, Baugewerkschaft Dortmund, geb. 26. Juni 1889 zu Zirke, eingetr. 29. März 1914 (157 241); Johann Behrendt, Isolierer, Baugewerkschaft Dortmund, geb. 3. August 1883 zu Speringsdorf, eingetr. 14. Januar 1912 (156 654); Paul Jankowski, Baugewerkschaft Duisburg, geb. 19. November 1890 in Vornburg, eingetr. 27. April 1912 (283 852); Nikolaus Karkosch, Maurer, Baugewerkschaft Duisburg, geb. 6. Dezember 1884 in Ostrowitz, eingetr. 21. September 1924 (746 531); Otto Pallapies, Hilfsarbeiter, Baugewerkschaft Duisburg, geb. 11. Oktober 1899, eingetr. 1. Januar 1921 (719 415); Ernst Deutsch, Baugewerkschaft Halle/Saale; Paul Fausch, Maurer, 3. St. auf Wanderschaft, geb. am 6. August 1904 in Oppeln, eingetr. 9. März 1928 in Gelsenkirchen (561 188); Albert Heerich, Hilfsarbeiter, 3. St. auf Wanderschaft, geb. 28. Mai 1877 in Braunsberg, eingetr. 1. März 1920 in Waldenburg/Schl. (157 022); Eduard Schulz, Maurer, 3. St. auf Wanderschaft, geb. 9. November 1888 in Ugen, eingetr. 9. Juni 1926 in Hamm/Wesf. (673 735).

Gestohlen wurde das Mitgliedsbuch Nr. 440 348 des Kollegen Heinrich Kühne, geb. 7. April 1913, eingetr. 13. Juli 1927 zu Hildesheim; ferner das Mitgliedsbuch Nr. 795 173 des Kollegen Richard Zeising, geboren 10. Dezember 1889 zu Or. Wirsleben, eingetreten 26. April 1929 zu Magdeburg.

Je mehr Mittel, je mehr Kraft!

Für die Woche vom 7. bis 13. Dezember ist der 50. Bundesbeitrag für 1930 zu zahlen.

Vom 27. November bis 3. Dezember haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Hauptkasse gesandt: Aschaffenburg 18,45, Aitern 120, Bergen 200, Weggendorf 250, Gelsenkirchen 3000, Hagenow 200, Loh 67,40, Mainz 390, Michendorf 500, Neustadt a. d. S. 27,50, Nowawes 500, Nordenham 350, Neustadt i. Hofst. 100, Neumünster 700, Oldenburg i. O. 18,60, Potsdam 88,55, Straußberg 300, Schivelbein 47,06, Sülze 70, Trepfow a. d. R. 2, Uckersee 300, Wismar 380.

Kalender: Alfeld 45, Burg b. Magdeb. 24, Brunsbüchel 120, Grevesmühl 21, Hagen 60, Hagenow 9, Hannover 360, Holzkirchen 6, Kempten 18, Lindenberg 6, Neustrelitz 15, Recklinghausen 60, Sülze 9,60, Uelzen 24, Varel 15, Wismar 15.

Bücher u. Schriften

„Das Leben der Marie Szaimeit.“ Roman von Josef Maria Franz. Verlag Der Buchvertrieb, Berlin SW 61. Preis in Ganzleinen 4,80 M. Ein sachlich wie didaktisch außerordentlich packender Frauenroman, der einmal geschrieben werden mußte, weil er fehlte. Ein Buch, das Millionen angeht, weil es die Werte von Millionen in sich umfaßt; ein Buch, das alle Frauen angeht, weil es ihre Sache vertritt, und nicht zuletzt die Männer angeht, weil ihre Sache mit der der Frauen steht und fällt. Es ist ein gutes, tapferes, wichtiges und notwendiges Buch! Und dabei ist es kein trauriger Sentenzroman, sondern ein ehrliches, reines und hohes Kunstwerk, dem eine Riesengeduld nur zu wünschen ist, weil es trotz allem Erschütterndem Leben und Liebe und Mütterlichkeit bejaht.

„Kann ein Sozialist religiös sein?“ Von Hans Weisse. Verlag Bund sozialistischer Freidenker, Leipzig C 1, Reiger Str. 32. Preis 20 S.

Lehrbuch der materialistischen Geschichtsauffassung. Von Dr. Max Adler. (Soziologie des Marxismus.) I. Band: Allgemeine Grundlegung. Kartiert 4 M., Leinen 5,75 M., Orig.-Ausgabe 4,25 M. C. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30, Giesbittschstraße 6. — Max Adler behandelt die allgemeinen Grundlagen der materialistischen Geschichtsauffassung; der zweite Band, der März 1931 erscheinen wird, bringt die Darstellung der besonderen Form- und Entwicklungsbegriffe dieser Lehre. Diese Arbeit gibt nicht nur eine literarisch-kritische Zusammenfassung der zentralen Stellen von Marx und Engels über die materialistische Geschichtsauffassung, sondern der Verfasser arbeitet ihren einheitlichen Sinn im Sinne moderner wissenschaftlicher Arbeit heraus.

Diegen, Brevier für Naturmonisten. Aus den Schriften des Arbeiterphilosophen Josef Diegen. Wort- und sinngetreue Zusammenfassung von Eugen Diegen. Verlag J. S. W. Dieck Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Leinen 5 M. — Der Sohn Josef Diegens hat in seinem „Diegen-Brevier“ die Resultate der weitverbreiteten Lebensarbeit seines Vaters gebracht; aber nicht nur das, er führte auch diese Arbeit selbstständig in seinem Essay „Evolutionärer Materialismus und Marxismus“ fort. Friedrich Engels bezeichnete Diegen als einen selbständigen Forscher, der unabhängig von ihm, Marx und Engel die „materialistische Dialektik“ wiederentdeckt habe. — Auf Vinyappier gedruckt, 408 Seiten stark, wird das Buch seinen Lesern viel Freude und genussreiche Stunden machen.

„Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats in Europa.“ Von Otto Rühl. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8, Wilhelmstr. 48. I. Band. Lexikonformat. Ganzleinen 18 M. Rühl beginnt mit der Einführung des Proletariats in Europa, mit ausführlichem statistischem Material schildert er das namenlose Elend der entmenschten Bauern und Kleinrentner, ihre dumpe Abhängigkeit und Vertriebenheit mit der Kulturwelt der herrschenden Klassen. Wir erfahren, wie sich infolge der Entwicklung der Maschinenwirtschaft das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu regen beginnt und wie schließlich im 19. Jahrhundert das Proletariat, geführt von Karl Marx, Friedrich Engels und den zahllosen übrigen Vorkämpfern, zu einer einheitlichen Klasse wird. Rühl baut in diesem Bande eine durch die Mächtigkeit ihrer Zahlen wie durch die Lebendigkeit ihrer Erzählung erschütternde Darstellung auf. Besondere Beachtung verdienen die Abbildungen. Es ist der Versuch gemacht worden, ein derartiges Werk nicht nur mit möglichst viel unterhaltenden Bildern auszustatten, sondern den ganzen Text so zu illustrieren und durch die Formulierung der Unterschriften so zu unterstützen, daß der Leser durch die Abbildungen nicht abgelenkt, sondern vielmehr geführt wird. Ein so groß angelegtes Werk wird gewiß hier und da auf Einwände stoßen, aber den überwältigenden Gesamteindruck des Buches können sie nicht beeinträchtigen.

Der „Neue Welt-Kalender“ 1931, 55. Jahrgang. Verlag, Querdruck, Samburg 36, Fehlandstr. 11, Preis 60 S., steht im Zeichen der Weltfestigkeit. Von dem, was jeder praktische Kalender für den Tagesbedarf haben muß, bringt er das für Arbeiter besonders Wissensa-

Buchhülle n: Berlin 75, Chemnitz 37,50, Garz auf Rügen 1,50, Greifswald 9, Regenwalde 1,50. Modellsteine: Alfeld 29,40, Burg b. Magdeb. 19,60, Essen 14, Eisenberg 14, Greifswald 7, Jüterbog 29,40, Ludwigslust 7, Lychn 7, Reize 35, Polzin 19,60, Reutlingen 7, Schwerin 14, Wiesbaden 20,29. Bundesnadeln: Celle 7,50, Elbing 3,50, Greifswald 10, Hagen 25, Regenwalde 2,50. Bauabend: Alfeld 7,20, Berlin 16, Daffow 0,20, Goslar 2,80, Greifswald 4, Neubukow 1,20, Wismar 1,40. Bleistifte: Burg b. Magdeb. 4,50, Eisenberg 11,05, Essen 15,40, Gnoien 10,60, Hagen 10, Lorzau 10, Zittau 10, Brunsbüchel, Daffow, Dinkelsbühl, Forst, Füssen, Nordenham, Wismar je 1,30.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

Chemnitz. Carl Anton Gagstädt, Maurer, 71 J. Darmstadt. (Kobdorff) Heinrich Feigk, Maurer, 29 J. Dresden. Max Bornemann, Maurer, 71 Jahre alt. Moritz Breiling, Maurer, 68 Jahre alt. (Wurgwitz) Robert Huhle, Maurer, 66 Jahre alt. (Sadisdorf) Hugo Köhler, Maurer, 27 Jahre alt. (Magen) Oskar Köhler, Maurer, 60 Jahre alt. Gleiwitz. Alex Teister, Maurer, 50 Jahre alt. Hamburg. Moritz Dörfer, Plattenanleger, 65 Jahre. Karl Guhl, Maurer, 67 Jahre alt. Karl Hippe, Stukateur, 56 Jahre alt. Franz Höft, Hilfsarbeiter, 56 Jahre alt. Julius Huse, Maurer, 69 Jahre alt. Robert Kloot, Steinträger, 55 Jahre alt. Karl Lewerenz, Maurer, 70 Jahre alt. Peter Lohse, Maurer, 73 Jahre alt. Joachim Rohls, Maurer, 69 Jahre alt. Friedrich Stark, Maurerpolier, 54 Jahre alt. Hermann Steffens, Isolierer, 49 Jahre alt. Hermann Tietze, Maurer, 70 Jahre alt. Heiner Westphal, gen. Classen, Steinträger, 65 J. Carl Witte, Maurer, 76 Jahre alt.

Hannover. August Finemann, Maurer, 54 Jahre. (Linden) Friedrich Marquardt, Hilfsarb., 65 J. Hof. (Nehau) Nikol Köppel, Maurer, 80 Jahre alt. Insterburg. (Saalau) Richard Bergmann, W., 45 J. Koblenz. (Leutesdorf) Edmund Breidleach, W., 51 J. Königsberg i. Pr. Emil Duda, Maurer, 65 Jahre alt. Leipzig. Max Köhler, Isolierer, 63 Jahre alt. Mannheim. (Oppau) Georg Gönheimer, W., 67 J. Marienwerder. (Marienberg) J. Barhanowitz, S., 22 J. Meissen. Karl Wachs, Maurer, 67 Jahre alt. München. (Grophadern) Fr. Rieger, Hilfsarb., 55 J. Schleswig. (Kappeln) Heinrich Bock, Maurer, 59 J. Schneidemühl. (Kreuz) Karl Schwierke, W., 52 J. Steffin. Fritz Ruhm, Ofenheizer, 52 Jahre alt. Stuttgart. Robert Herzkorn, Zementierer, 60 J. alt. (Wolfschlügen) Friedrich Maier, Gipser, 58 J. alt. (Bernhausen a. F.) Wilh. Stäbler, Hilfsarb., 21 J. Zittau. (Großschönau) Anton Warzel, Maurer, 52 J. Ehre ihrem Andenken!

Aug. Rejsche, geb. am 20. Februar 1909 in Alsum (Msh.), zuletzt abgemeldet bei der Baugewerkschaft Hamburg am 14. Dezember 1929, wird dringend als Zeuge in Hamburg benötigt. Baugewerkschaften, bei denen Rejsche als Mitglied angemeldet ist, ersuchen wir, uns umgehend davon Mitteilung zu machen. Baugewerkschaft Hamburg.

werte. Unter vielem Aufzuge auch Angaben über den Stand der Sozialversicherung, über Bevölkerungsstatistik und dergleichen. Den verstorbenen Genossen Ad. Köster und Paul Levi sind ehrende Nachrufe gewidmet. Reichhaltig und mannigfaltig sind daneben die unterhaltenden Beiträge. Durch die Münchener Seite führt an der Hand farbiger, stimmungsvoller Bilder ein Ausflug; nach dem fernen Epikureus ein gleichfalls illustrierter Reisebericht. Novellen und Essays von Jack London, Walter Runtz, Kapkap, Bauer bereichern den Kalender und bekämpfen erneut seinen seit 35 Jahren bewährten Ruf als Hausbuch aller Werktätigen in Stadt und Land.

„Jedermanns Lexikon.“ Verlagsanstalt Hermann Klemm, Berlin-Grünwald, Capat-Hehn-Str. 14a. Preis in Ganzleinen 6,75 M. — Von diesem Lexikon, das in einem Gesamtumfang von 10 Bänden erscheinen wird, ist nun der siebente Band: Menschen — Natur erschienen. „Jedermanns Lexikon“ wird nach seiner endgültigen Fertigstellung mit über 350, teils farbigen Tafeln, Landkarten und statistischen Darstellungen ausgestattet sein. Auch vom siebenten Band gilt, was wir von den bisherigen Bänden gesagt haben. Er ist umfangreich, enthält eine sehr große Zahl von Stichwörtern und ist neutral in den Dingen gehalten, wo es sich um politische Menschen und Angelegenheiten handelt. Auch hinsichtlich des Preises wird „Jedermanns Lexikon“ wahrscheinlich einzig dastehen. Ein literarisch hochwertiges Ereignis. Der 7. Band bestärkt unsere bisherigen Empfehlungen.

Kalender 1931 des Deutschen Landarbeitervereins. Verlag Deutscher Landarbeiterverein, Berlin SW 48, Endestr. 6. — Dieser Kalender unterscheidet sich von den sonst bei den Gewerkschaften üblichen Kalendern dadurch, daß er antizipiert auf die Kalendertradition der ländlichen Bevölkerung. Er ist kein Arbeits- und auch kein Feiertagskalender, sondern ein Kalender, der e'wa erinnert an den Vos- und Has-Kalender von Fritz Reuter. Neben wichtigen Daten aller Art enthält er selbstverständlich auch ein Kalendarium, das die Möglichkeit zu Notizen gibt, und in erster Linie mit Hinweisen für die Landwirtschaft treibende Bevölkerung ausgestattet ist. Auch der Textteil besteht aus Aufsätzen wissenschaftlichen und unterhaltenden Charakters, wobei wieder auf die Besonderheit der landwirtschaftlichen Bevölkerung Rücksicht genommen worden ist.

„Arbeitsvermittlung als Dienst am Menschen“, von Hermann Jählich, Direktor des Arbeitsamts Oberhausen. 2. Heft der Fortbildungsschriften für das Personal der Arbeitsämter. Verlag: Zentralverband der Angestellten (Otto Urban), Berlin SW 36, Oranien-

straße 40-41. Preis für Mitglieder des BDA 60 S., für Nichtmitglieder 1,20 M. — Nach einem kurzen historischen Überblick über die Entwicklung des Vermittlungswesens kommt Jählich auf die Behandlung des Arbeitsgesuches, des Arbeitsfindens zu sprechen. Zu dem äußeren Aufbau der Hilfsmittel der Arbeitsvermittlung muß der innere Ausbau der menschlichen Hilfsmittel treten. Deswegen unternimmt es Jählich auch, wichtige psychologische Momente in seinem Heft aufzuzeichnen. Den Vorlesenden der Arbeitsämter, den ehrenamtlichen Beisitzern der Verwaltungsausschüsse sei dieses Heft auch empfohlen. Bestellungen sind zu richten an die Ortsgruppen oder direkt an den Verlag des Zentralverbandes der Angestellten (Otto Urban), Berlin SW 36, Oranien-

Es ist neu erschienen: KINDERLAND

1931 Ein Jahrbuch für Arbeiterkinder in Stadt und Land. Reich illustriert. Farbige Bilder beleben das Buch. Sprudelnde Lebensfreude vom ersten bis zum letzten Blatt. Die Kinder haben selbst daran mitgearbeitet. Das Kinderland kostet 1,50 RM. Zu haben in allen Parteiluchhandlungen.

„Die Arbeit“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaft. Herausgeber Theodor Leipart. Schriftleitung Lothar Erdmann. Heft 11, 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S. 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,80 M., für Gewerkschaftsmitglieder 2,80 M. Im 10. Heft der „Arbeit“ hatte sich Dr. Edwin Rameis mit der finanziellen Auswirkung der großen Arbeitslosigkeit in Deutschland auseinandergesetzt. Diese Betrachtungen bilden die Grundlagen für eine Reihe von Vorschlägen, die Dr. Rameis in dem Heftaufsatz des 11. Heftes „Die finanzielle Sicherung der Arbeitslosenunterstützung“ vorlegt. Vorschläge, die sich insbesondere auf eine soziale Reorganisation des Beitragsystems in der Arbeitslosenversicherung, d. h. auf seine progressive Gestaltung, beziehen, außerdem enthält die Novembernummer u. a. Aufsätze über „Probleme der Konjunkturmäßigung“, „Arbeitsbeschaffungspolitik“, „Nationalisierung“, über „Die Reform der Lehrpläne an landwirtschaftlichen Schulen“, „Gewerkschaften und soziale Betriebspolitik“, „Das genossenschaftliche Weltwirtschaftsprogramm“, Clemens Wörpel gibt eine eingehende kritische Uebersicht über wichtiges Schrifttum des Arbeitsrechts.

Der Ausweg aus der Krise. Von Ernst Wiltz, Neumann. Selbstverlag des Verfassers, Berlin N 113, Wilsdorfstr. 19. Preis 0,80 M. — Die Schrift gibt eine lebendige Darstellung der katastrophalen politischen und wirtschaftlichen Zustände in Deutschland und erblüht den Ausweg aus der Krise in der völligen Ueberwindung der herkömmlichen Anschauungen.

Das schöne Deutschland 1931. Wiltz, Ringert Verlag, Dresden-N. 1. Preis 2,50 M. — Mit diesem betannten großen Wochen-Weltkalender macht man eine Bildreise durch Deutschland und hört auch, was Dichter, Denker und andere Wissende über Ort und Gegenstand sagen haben.

Geschichte der Richter, Richter und Richterinnen Deutschlands. Von Heinrich Lange und Albert Regge. Preis für Mitglieder 5 M., im Buchhandel 10 M. Mit dem Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband hat sich der Verband der Richter im Jahre 1924 verschmolzen. Das Richterverhandwerk ist eins der ältesten im Berufsstand. Es liegt deshalb umfangreiches, interessantes und historisches Material vor. Heinrich Lange hat den ersten Teil der Geschichte geschrieben, und als ein besonderer Kenner der historischen Entwicklung des Berufs, der Rufe und der Gesellenorganisationen dieses Material in leicht faßlicher und interessanter Weise behandelt. Er hat dabei besonders die Berufs- und Organisationsverhältnisse der Richter und Gesellen geschildert. Den zweiten Teil hat Regge (Berlin) verfaßt. Regge hat die Organisationsentwicklung der Richter und Richterinnen in den letzten 40 Jahren mit durchlebt und sich praktisch sowohl an den Kämpfen mit den Unternehmern wie auch an den inneren Kämpfen um die Organisationsform und -gestaltung beteiligt. Ausgehend von einer Schilderung über die ersten Anfänge der modernen Gewerkschaftsbewegung schildert der Verfasser die Organisationsgestaltung für die Richter und Richterinnen, welche Wandlungen diese durchgemacht und welche inneren Kämpfe und Auseinandersetzungen damit verbunden waren. Der Verfasser schildert weiter alle Streiks und Vorkämpfe von Bedeutung, die in den letzten Jahrzehnten geführt worden sind.

Kunst und Leben. Ein Kalender mit 53 Zeichnungen und Holzschnitten deutscher Künstler und mit Versen und Sprüchen deutscher Dichter. Verlag Fritz Bender, Berlin-Neukölln, Königsstr. 1. Preis 3,50 M. — Ein auf künstlerischer Höhe stehender, zu empfehlender Weltkalender.

Die Feuchtigkeit im Hochbau. Ihre Ursachen und Schäden, deren Verhütung und Beseitigung. Von Ing. Richard Füllge. Mit 30 Abbildungen und 11 Tabellen. Geh. 6,80 M., in Halbleinwand 7,80 M. Carl Marhold, Verlagsbuchhandlung, Halle a. d. S. — Füllge gibt eine anschauliche Darstellung aller Fragen, die mit dem Begriff „Feuchtigkeit im Bau“ zusammenhängen, wobei er nach offenen Bauweisen, Neubauschichten, Witterungsfeuchtigkeit, Grundfeuchtigkeit, Schweißwasser, Spritzwasser, Panschwasser und Sauschwamm unterscheidet.

Der Bauoffizier. Technisches Auskunftsbuch über die natürlichen und künstlichen Baumaterialien. Zweite, völlig neu bearbeitete Auflage. Herausgegeben von Ing. Erich Probst, Sachverständiger für Baustoffe. Carl Marhold, Verlagsbuchhandlung, Halle a. d. S. — Die 4500 Stichwörter bieten kurz und bündig, zuverlässig und unparteiisch Auskunft und Beratung über Art, Eigenschaften, Herkunft, Zusammenfassung, Verwendungszweck und Verarbeitungsweise aller Baustoffe. Er stellt auf diesem Behufe alle gebräuchlichen, an irgendeinem Ort auftretenden Bezeichnungen, Begriffe, Namen, Fabrikmarken und Warenzeichen zusammen, verleiht sie mit erklärenden Bemerkungen und nennt jeweils die Bezugsquelle der Baustoffe.

Geliebtes Manuskript. Gedichte von Walthar Victor. E. Laubische Verlagsbuchhandlung, Berlin W 30, Kant. 1,50 M. Walthar Victor ist Parteijournalist und Schriftsteller, den hin und wieder der Rausch überfällt, sich in lyrischer Form auszudrücken. Die hier gesammelt vorliegenden Dichtungen sind Dokumente eines geistig und feilsch aktivem Sozialistenlebens. Im Ausklang steht als „Gong vom unbenannten Soldaten der Revolution“ das Sonett vom Kleinen namenlosen Funktionär der Arbeiterbewegung. Freunden der Lyrik ist das fillool ausgestattete, billige Bändchen zu empfehlen.

„Gesundheit“ Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 137. — Weibachten und Silvester und die mit diesen Festen und der winterlichen Jahreszeit verbundenen Krankheitsgefahren bilden den Hauptinhalt der „Gesundheit“, die, ebenso wie ihre Vorgängerinnen, kostenlos an den Schaltern der Ortskrankenkassen ausgegeben wird. Berufsschulung und Berufszugehörigkeit durch die Arbeitergewerkschaften. Von Dr. Günther Meier. Verlag: Carl Sincks, Hofl. Heft Nr. 18 der „Samburger wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Schriften“. Preis 6,50 M. Das Buch enthält eine Zusammenfassung der von den Gewerkschaften geleiteten Berufsbildungsarbeit. Der Verfasser hat mit vieler Mühe und mit großem Geschick das Material zusammengefasst. Wer sich eine Uebersicht über die Tätigkeit der Gewerkschaften in berufsbildnerischer Hinsicht verschaffen will, der laufe das Buch. Die Jugendabteilungen der Gewerkschaften sind die Berufsbildungsarbeit in erster Linie, um den jungen Menschen selbst zu dienen. Aus den Lehrlingen sollen gute Facharbeiter werden, denn dann haben sie für ihre Lebensgestaltung einen guten Untergrund. Der Verfasser hat das auch herausgestellt.

Kalt-Zapfenbuch 1931. Kaltverlag G. m. b. H., Berlin W 62, Kietzstr. 2. Preis 1,25 M., Porto 15 S. — Neben dem Schreibfahrbuch enthält das Zapfenbuch fünf land- und forstwirtschaftliche Beiträge: „Kalt als Grundlage der Waldbodenkultur“, „Sechsböschung“, „Neuere Arbeiten über die Magnesia“, „Auerne, die Königin der Futterpflanzen“ und „Brandt als Stallmist“. Der Bautechnik sind gleichfalls fünf Arbeiten gewidmet: „Baugrund und heute“, „Farbige Buchstaben“, „Maschineller Buch“, „Buchstaben“ und „Sand“, ein wesentlicher Bestandteil des Wärtels.

Die Heilkraft der Kräuter

war schon vor uralten Zeiten bekannt und kann nicht bezweifelt werden. Kein Heilverfahren, dies darf ruhig behauptet werden, ist durchgreifender als das, auf Beobachtungen und Erfahrungen von Naturheilern und Uebersieferungen durch Generationen hindurch aufgebaut, aber auch wissenschaftlich begründete und anerkannte Pflanzenheilverfahren. Heilpflanzen wirken aufsteigend, ausgleichend und blutreinigend, dabei gleichzeitig aufbauend und anregend. Ebenfalls wie man natürliche Nahrungsmittel durch künstliche Nahrungsmittel vollwertig ersetzen kann, wird es auch gelingen, die natürlichen Heilkräfte in den Heilkräutern durch chemische Heilmittel überflüssig zu machen. Sehr häufig zeigt sich bei letzteren eine unangenehme oder schädliche Nebenwirkung. Nicht allein bei Krankheiten in den Anfangsstadien, sondern auch bei chronischen Leiden, z. B. Arterienverhärtung, Asthma, Blasen- und Nierenleiden, Bluthochdruck, Bluthmangel, Blut- und Stoffwechselkrankheiten, Bronchitis und Lungenleiden, Darm- und Magenleiden, Keuchhusten, Gallenleiden, Scharfkrämpfe, Gicht, Rheuma, Nerven, Hämorrhoiden, Herz- und Nervenleiden, Krampf, Drüsenleiden, Skrofuloze, Wechseljahrsbeschwerden, Migräne, Juckreizkrankheit und anderen Leiden wurden mit pflanzlichen Heilmitteln sehr gute Erfolge erzielt! Nur weil man die Kräuter bisher meistens nur als umständlich zubereitende Kräutertees verwenden konnte, wurden sie von vielen nicht angewendet. Heute ist dies anders! Auch die Kräuterheilmittel-Industrie hat sich den Fortschritten der Neuzeit angepasst. Als bekannteste und größte Heilkräuter-Spezial-Firma verfügen wir über reiche Erfahrungen in der Herstellung jeder Art Kräuterheilmittel und stellen jetzt solche sowohl in der altbewährten, als auch in praktischen modernen Verbrauchsformen als: Kräuter-Tees, Kräuter-Pulver, Kräuter-Pulver-Kapseln (mit Kräuterpulver gefüllten, kleinen, leicht einzunehmenden Oblatentafeln), Kräuter-Zabietten sowie auch als aus frischen Heilpflanzen auf kaltem Wege getriebenen Heilpflanzen-Säfte nach altbewährten, eigenen und ärztlichen Rezepten gegen viele Krankheiten her. Jeder Kranke sollte sich von der guten Wirkung dieser Herbaria-Kräuterheilmittel überzeugen! Kaufende Dankschreiben und ärztliche Erfolgsberichte!

Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg 306 (Bad.)



Die Chöre des deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes nur auf **homocord** SCHALL-PLATTEN

Die zwei schönsten Arbeiter-Chorplatten
4-2293: Empor zum Licht / 4-2349: Brüder zur Sonne
In allen einschlägigen Geschäften erhältlich. Bezugsquellen-Nachweis durch **Homophon-Company, GmbH., Berlin SW 68**

Sprech-Apparate von 15,- M.

an sowie sämtliche andere Musikinstrumente nach dem neuesten Katalog von **Roberti Hubers, Neuenrade 115.**

EISU-Betten Stahl-, Holz-, Kinderr-, Polst-, Chaisel-, in jeden Teilzahl-Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

220 verschiedene **Proletarische Platten** darunter viel Neuerscheinungen, sow. Sprechapp., gr. Ausw. Verl. sof. Verz. in gr. Musik-Steinhaus, Weimar-Thür. 530

Maurethosen Zweidraht, jetzt 6 u. 8,00 Mk. Dreidraht 12,50 Mk. Viele freiwillige Anerkennungen. Muster gratis u. franko. **Herbert Fritsche, Niederoderwitz i. S.**

Lest das BAUWERK

Preisabbau Radio-Anoden, fabrikrfrisch, mit Gitter u. langer Lebensdauer 90 Volt 4,90, 100 Volt 5,60, 120 Volt 6,90, 150 Volt 8,80. Netz-anoden f. Gleichstrom 18,50, Wechselstrom 22,50. Gr. Akku 8,50, Versand geg. Nachn. **Ueberland-Radio Hoxter, Berlin-Reinickendorf, Provinzialstr. 120.**

Preisabbau! **Musik Radio Sprechmaschinen** direkt ab Fabrik. **SCHULZ & GUNDLACH** BERLIN C 25/8, MÜNZSTR. 18. Vox-Haus, Potsdamer Str. 4.

Billigste Bezugsquelle! **Reellste Bezugsquelle! Neue Gänsefedern** von der Gans gerupft mit Daunen, dopp. gereinigt, allerbeste Qualität Pfd. 3,-, nur kleine Federn (Halbdauen.) 4,50, Daunen 6,25, gereinigte, gerissene Federn mit Daunen 3,50 u. 4,75, hochpr. 5,75, aller. 7,-. 1a Volldaunen 9,- u. 10,-. Für reelle, staubfr. Ware Garant. — Versand gegen Nachnahme, ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgefall. nehme auf meine Kosten zurück. Sämtliche Qualitäten bürgen für Billigkeit **Willy Manteuffel, Gänsemästerei, gegr. 1852, Neutrebbin 5 b (Oderbr.)** Aeltestes u. größtes Bettfedern-versandgeschäft des Oderbruchs

90 000 zufriedene u. dankbare Kunden! **Edelton**

Die Spitzenleistung der deutsch. Sprechmaschinen-Industrie. Preis ab Fabrik nur 78,- Mk. 1 Jahr Garantie. **Ohne Anzahlung 2,- Mark Wochenrate** Rücksendungsrecht innerh. 8 Tag. **Leo Heinrich Sprechmaschinen-Fabrik „EDELTON“** Berlin N 65, Lyнарstraße 5-6. Schallplatten (Weltmark) gr. Auswahl, bequemste Zahlweise, Prosp. 88 gratis u. franko.

Isländer 10,- M. Zweidraht-Flot. 6,- 8,- 9,- M. Dreidraht 10,- M. Marklose 13,- M. sendet **Höflichkeit**, Dresden-N. 6, Ritter Straße 2.

In 3 Tagen Nichtraucher Auskunft kostenlos! **Sanitas-Depot, Halle a. d. S. 277 P.**

Gummiwaren hygien. Artikel. Preis, G 1 grat. „**Medicus**“ Berlin SW 68, Alte Jacobstr. 8

Arcona-Räder Die Präzisionsmarke. Neueste Modelle mit Ballonbereifung. Fahrrad- u. Motorrad-Zubehörteile. Versand überallhin.

2 Millionen zufriedener Kunden in fast allen Orten Deutschlands. **Pracht-Katalog** stark mit 6500 Abbild. Derselbe enthält alles, was Sie brauchen.

Ernst Machnow Berlin Größtes Fahrradhaus Deutschlands.

Josef Witt, Weiden (Oberpfalz) Aeltestes u. größtes Spezial-Ver-sandhaus der Art Deutschlands mit eigenen Webwaren-Fabriken!

31 472 Spindeln in eigener Spinnerei
1 496 Webstühle in eigenen Webereien
2 000 Arbeiter und Angestellte
400 Eisenbahn-Wagonladungen Webwaren sind im letzten Jahre eingetroffen.

900 000 Nachbestellungen erhielt ich von meinen alten Kunden im letzten Jahre. Diese nachweisbaren Tatsachen sind der natürlichste Beweis meiner enormen Leistungsfähigkeit, sowie der außergewöhnlichen Billigkeit und Güte meiner Waren. Durch einmalige Bestellung sind Sie berechtigt, an meinen verschiedenen Unterpriestangeboten teilzunehmen. Wollen Sie die enormen Vorteile nicht nur anderen überlassen, wollen Sie selbst Nutzen und Ersparnisse, dann schreiben Sie mir heute noch, was Sie wünschen, von folgendem

Ausnahme-Angebot! Gültig nur kurze Zeit!

11 Baumwollgewebe, ungebl., feinfäd., leicht. Sorte, f. einfach. Vorhänge usw., 70 cm br., p. m	0.11	21 Ungebleicht. Baumwolltuch, kräftig, fast unverwüßlich im Gebrauch, f. strapazierb. Bett-tücher geeignet, 160 cm br., p. m	1.35
12 Baumwollgewebe, ungebl., bessere, dichtere Sorte, 78 cm breit, p. m	0.24	22 Damentaschentücher, weiß, Macco-Austrüst., m. Hohlsaum, feinfäd., gut, sehr beliebt Qual. 30x50 cm, p. 1/2 Dtz.	0.84
13 Vorhangstoffe, sog. Gardinen, aus feinen Garnen, mit echt indanthrenfarb. schön. Streifmuster, 70 cm breit, p. m	0.26	23 Wischtücher, gute, beliebte Sorte, sehr strapazierbar, 45x45 cm, p. 1/2 Dtz.	0.94
14 Handtücher, schwere Strapa-zierqualität, 40 cm breit, p. m	0.38	24 Frotteierhandtücher, aus gut Kräuselstoff, mit schönen, ein-gewebten Mustern, Größe 45x100 cm, p. Stck.	0.88
15 Baumwolltuch, ungebl., feinf., haltbare Sorte, 78 cm br., p. m	0.38	30 Schlafdecken, gut verwend-bare Gebrauchstücher, Größe 115x165 cm, p. Stck.	1.30
16 Baumwolltuch, ungebleicht, starke, fast unverwüßl. Spez., Qualität, 78 cm br., p. m	0.58	26 Schlafdecken, kamelhaarfarb., strapazierbare, milde, warme Sorte, mit schöner Bordüre, Größe 130x180 cm, p. Stck.	3.25
17 Hemdentuch, weiß gebleicht, gut, geschloss., mittelfeinf., sehr solide Qualität, 78 cm br., p. m	0.48	Vorübergehendes Sonder-Angebot!	
18 Hemdentuch, rein weiß gebl., mittelstark, dicht geschloss., vorzügliche Qualität, für sehr gute Wäschestücke geeignet, 80 cm br., p. m	0.58	27 Stuhltuch, auch Haustuch ge-nannt, weiß, sehr dicht geschl. starke Qual. für bess. strapa-zierb. Bettüch. usw. verwendb., 150 cm br., p. m Ausnahmepreis	1.45
19 Hemdenflanell, gut, sehr halt-bare, besond. reißf. Qual., echt indanthrenf. gestreift 72 cm br.	0.48	28 Weißes Maccotuch, feinfädig, sehr dicht geschlossen, garant. rein ägyptisch, für besond. feine Hemden und Wäschestücke, 80 cm breit, p. m Ausnahmepr.	0.67
20 Hemdenflanell, echt indanthren-farb. gestr., außerordentl. halt-bare, fast unzerreißbar, kräftig. Qualit., fast unverwüßlich im Gebrauch, 77 cm br., p. m	0.68		

Bis auf weiteres **noch 10% Rabatt** auf diese Preise!

An Stelle d. Rabatt wird auf Wunsch kostenl. beigelegt: 1 gute, halbt. Schlaf-decke, od. 7 m halbt., zurückgeh. Stoffe od. 1 gutgeh. Wand- od. Standuhr. Abgabe von jedem Artikel bis 100 M. bzw. bis 20 Dtz. an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von 10 Mk. an, portofreie Lieferung von 20 Mk. an.

Meine Garantie: Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten, welche trotz der Güte und Billigkeit nicht entsprechen sollte. Zurückzahlung des vollen, ausgelegten Betrages auch dann, wenn Sie nicht die vollste Ueberzeugung haben, daß Sie meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten außer-gewöhnlich günstig erhalten haben.

Josef Witt, Weiden 54 (Oberpf.) Webwarenfabriken Webwarenversand